



Problem » Umweltverschmutzung «.
Ich habe regelrecht Angst.
Ich habe Angst endlich Kinder zu bekommen, ich
Angst das noch mehr
sterben + Pflanzen, daß da
eine Müllkippe wird das
mehr Ho

Wirtschaft und Arbeit in der DDR



Der Beauftragte der Bundesregierung
für die neuen Bundesländer



SACHSEN-ANHALT

KOOPERATIONS- PARTNER



SACHSEN-ANHALT

Landesarchiv



SACHSEN-ANHALT

Landesinstitut für Schulqualität
und Lehrerbildung (LISA)



SACHSEN-ANHALT

Landeszentrale
für politische Bildung

Mit der Reihe **Quellen**  nah präsentiert das Landesarchiv Sachsen-Anhalt Bausteinhefte zur historischen Bildungsarbeit.

Die ersten sechs Hefte führen in eine kritische, multiperspektivische Auseinandersetzung mit den deutschen Diktaturerfahrungen des 20. Jahrhunderts ein.

Diese Bausteinhefte thematisieren Geschichte und Gesellschaft im Nationalsozialismus bzw. in der DDR.

**Heft 1: Repression und Handlungsspielräume im
Nationalsozialismus**

Heft 2: Jugend und Erziehung im Nationalsozialismus

Heft 3: Wirtschaft und Arbeit im Nationalsozialismus

Heft 4: Repression und Handlungsspielräume in der DDR

Heft 5: Jugend und Erziehung in der DDR

Heft 6: Wirtschaft und Arbeit in der DDR

Die Hefte 1 bis 6 werden in Kooperation mit dem Landesinstitut für Schulqualität und Lehrerbildung und der Landeszentrale für politische Bildung veröffentlicht.

Heft 7 wird epochenübergreifende Quellen zur jüdisch-deutschen Geschichte in Sachsen-Anhalt umfassen.

**Digitales
Angebot**

Unter <https://landesarchiv.sachsen-anhalt.de/>

[onlineangebote/quellennah/](https://landesarchiv.sachsen-anhalt.de/onlineangebote/quellennah/) können die Hefte als PDF heruntergeladen werden.



*... oder einfach den
QR-Code scannen.*

Quellen  nah

Heft 6

Till Goßmann

Wirtschaft und Arbeit in der DDR

Magdeburg 2021

Projektförderung aus
Bundeszuweisung



Der Beauftragte der Bundesregierung
für die neuen Bundesländer



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Energie

Gefördert durch:

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Herausgeber

Landesarchiv Sachsen-Anhalt
Brückstraße 2
39114 Magdeburg
Tel.: (0391) 59806-0
Fax: (0391) 59806-600
E-Mail: poststelle@la.sachsen-anhalt.de
Internet: <https://landesarchiv.sachsen-anhalt.de>

Redaktion

Dr. Riccarda Henkel und Dr. Björn Schmalz

Gestaltung

Quedlinburg DRUCK GmbH
Groß Orden 4
06484 Quedlinburg

Druck

Saxoprint GmbH
Enderstr. 92c
01277 Dresden

Inhalt

	Seite
Vorwort	4
Einleitung	6
Didaktischer Kommentar	7
Ortsübersicht	8
Quellenübersicht	9
Außerschulische Lern- und Gedenkort	22
Weiterführende Projektideen	23
Weiterführende Literatur	23
<hr/>	
Aufbau der sozialistischen Planwirtschaft	24
Arbeiten im Volkseigenen Betrieb	36
Versorgungsmangel und Umweltzerstörung	64
Der Weg zur deutschen Einheit und die wirtschaftliche Krise zu Beginn der 1990er Jahre	97

Vorwort

Drei Jahrzehnte nach der Friedlichen Revolution und ein dreiviertel Jahrhundert nach dem Ende der nationalsozialistischen Diktatur werden mit sechs eng aufeinander abgestimmten Bausteинheften insgesamt 308 Quellen veröffentlicht.

Diese Quellen stammen mit einzelnen Ergänzungen überwiegend aus den Beständen des Landesarchivs Sachsen-Anhalt und vermitteln einen beeindruckenden Einblick in die dichte archivische Überlieferung zu den beiden deutschen Diktaturen des 20. Jahrhunderts.

Archive bieten mit ihren originalen Quellen einen einzigartigen Zugang zur Geschichte, wobei die Nutzung am Original in den Lesesälen und für eine mittlerweile digitalisierte Auswahl auch über Online-Angebote erfolgen kann – das Archivportal-D weist hier den Weg zu den unterschiedlichsten Überlieferungen (<https://www.archivportal-d.de/>).

Das Landesarchiv Sachsen-Anhalt stellt seine Quellen allen Nutzungsinteressierten für ergebnisoffene, individuelle Auseinandersetzungen mit historischen Themen zur Verfügung. In einer demokratischen und pluralistischen Gesellschaft ist der Zugang zu öffentlichem Archivgut grundsätzlich frei. Damit die Bürgerinnen und Bürger von diesem Recht umfassend Gebrauch machen können, müssen sie die Möglichkeiten des Archivzugangs kennen und sich kritisch mit historischen Themen auseinandersetzen können. Die Kooperation von Schulen, Einrichtungen der politischen Bildungsarbeit und Archiven kann hierfür die Voraussetzungen schaffen und verlangt zugleich ein besonderes Engagement aller Beteiligten.

Mit dem Projekt „Außerschulischer Lernort Landesarchiv Sachsen-Anhalt“, in dem dieses Heft entstand, sollen Hemmschwellen bei Lehrer*innen und Archivar*innen abgebaut werden. Das Projekt fördert die Auseinandersetzung mit regionaler Geschichte im Schulunterricht. Es soll Lehrer*innen den Einsatz von historischen Text- und Bildquellen im Unterricht erleichtern und zur Entwicklung von Projekten zur regionalen oder lokalen Geschichte anregen.

Archive als außerschulische Lernorte bieten einen einzigartigen Zugang zu Geschichte und machen Vergangenheit auf vielfältige Weise erfahrbar. Durch die Befähigung zum selbständigen Arbeiten mit Archivalien leistet die Archivpädagogik einen wichtigen Beitrag zum kritischen Umgang mit Quellen und Informationen. Die souveräne, eigenständige Auseinandersetzung mit historischen Themen er-

möglicht eine kritische Teilnahme am gesellschaftlichen Diskurs und ist demokratiefördernd.

Die Bausteинhefte der Reihe **Quellen**  nah bereiten sorgfältig ausgewählte historische Dokumente mit zahlreichen Hintergrundinformationen didaktisch auf. Sie ermöglichen es Lehrkräften, lokale und regionale Geschichte zu vermitteln, die nicht im Schulbuch vorkommt. Und sie erleichtern Schüler*innen, aber auch allen historisch Interessierten, den Weg in die Archive und den Zugriff auf die dort verwahrten Quellen.

Diese neue Publikationsreihe ist aus Sicht des Landesinstituts für Schulqualität und Lehrerbildung mehr als eine Quellensammlung und mehr als eine archivpädagogische Handreichung. Die in insgesamt sechs Bausteинheften didaktisch aufbereiteten und thematisch arrangierten Quellen fungieren als „Brücke“ in mehrfacher Hinsicht, denn sie ermöglichen:

- unkomplizierten und zugleich professionellen Zugang zu authentischen Originalquellen,
- schulformübergreifenden Einsatz in der Sekundarstufe I und/oder II,
- Weiterentwicklung der historisch-politischen Bildung und
- Weiterarbeit in außerschulischen Lernorten.

Die didaktische und unterrichtspraktische Relevanz der Materialien resultiert auch aus einem expliziten Bezug zu den Fachlehrplänen der Sekundarschule und des Gymnasiums. Das Landesinstitut für Schulqualität und Lehrerbildung hofft, dass die in diesem Vorhaben angelegten „Brücken“ mit Leben und unterrichtspraktischen Erfahrungen sowie Einsichten gefüllt werden. Dafür steht die Publikation als klassisches Printmedium und als navigierbares digitales Dokument mit Verlinkungen zu den Beständen des Landesarchivs zur Verfügung.

Aufgabe der Landeszentrale für politische Bildung ist, mittels vielfältiger Bildungsarbeit die Entwicklung eines freiheitlich-demokratischen Bewusstseins zu fördern und die Bereitschaft zur politischen Mitarbeit zu fördern. Daran anknüpfend soll die politische und kulturelle Bildungsarbeit in unserem Land, in allen öffentlichen und freien Bereichen sowie Institutionen angeregt und gefördert werden. Dafür erarbeitet und publiziert die Landeszentrale, auch zusammen mit vielen Kooperationspartnerinnen und -partnern, umfangreiche Materialien für die Bildungsarbeit im Land.

Die Auseinandersetzung mit beiden deutschen Diktaturen des 20. Jahrhunderts ist ein Kernbestandteil der Arbeit der Landeszentrale für politische Bildung, die sich in vielfältigen Projekten, Veranstaltungen, didaktischen Handreichungen und Publikationen widerspiegelt. Ein besonderes Augenmerk wird dabei auch auf die landes- und regionalgeschichtlichen Ereignisse in Sachsen-Anhalt gelegt. Umso mehr ist es wichtig, mit Quellen auch aus unserem Bundesland eine breitgefächerte Bildungsarbeit zu ermöglichen.

Das Projekt „Außerschulischer Lernort Landesarchiv Sachsen-Anhalt“ wurde realisiert mit Fördermitteln des Bundesministeriums für Wirtschaft/ des Beauftragten der Bundesregierung für die neuen Bundesländer. Die Veröffentlichung der Bausteinhefte erfolgt in Kooperation des Landesarchivs Sachsen-Anhalt mit dem Landesinstitut für Schulqualität und Lehrerbildung und der Landeszentrale für politische Bildung. Diese Zusammenarbeit wollen wir auch bei der Vermittlung der Projektergebnisse und bei künftigen Projekten fortsetzen.

Dr. Detlev Heiden

Leiter des Landesarchivs
Sachsen-Anhalt

Maik Reichel

Direktor der Landeszentrale
für politische Bildung
Sachsen-Anhalt

Thomas Schödel

Direktor des Landesinstituts
für Schulqualität und
Lehrerbildung Sachsen-Anhalt



Thomas Schödel, Maik Reichel und Dr. Detlev Heiden (Foto: Viktoria Kühne)

Einleitung

Das Landesarchiv Sachsen-Anhalt begreift sich als Kulturgut sicherndes und zugänglich machendes historisches Gedächtnis des Landes sowie als bürgerorientierter Informationsdienstleister. Seine vielfältigen Angebote werden mit den Bausteineften der Reihe **Quellen** nah um den Bereich der historischen Bildungsarbeit erweitert. Mit dem Aufzeigen quellen-gestützter Wege zur Auseinandersetzung mit der doppelten deutschen Diktaturgeschichte des 20. Jahrhunderts möchte das Landesarchiv einen Beitrag zur Erinnerungskultur und Demokratieförderung leisten. **Quellen** nah bietet exemplarische und didaktisch aufbereitete Materialien an, die zur weiteren Befassung sowie zur Arbeit mit den Quellen motivieren und zum Archivbesuch einladen sollen.

Zum Einstieg behandeln jeweils drei Bausteinefte der neuen Reihe den Nationalsozialismus und die Geschichte der DDR. Sie sind Ergebnisse des Projektes „Außerschulischer Lernort Landesarchiv Sachsen-Anhalt“, das an seinen Standorten Magdeburg (Verena Meier; Nationalsozialismus) und Merseburg (Till Goßmann; DDR) realisiert wurde. Die Bausteinefte sollen Lehrer*innen, Schüler*innen und allen Interessierten einen multiperspektivischen Zugang zur Geschichte und ihren Deutungsmöglichkeiten bieten.

Die eng begrenzte regionale Quellenauswahl mit konsequenter Orientierung an ausgewählten Themenschwerpunkten ermöglicht die intensive, direkte und quellenkritische Auseinandersetzung mit der historischen Überlieferung. Die übergeordneten Leitfragen nach Repression und Handlungsspielräumen, Jugend und Erziehung sowie Wirtschaft und Arbeit lagen beiden Teilprojekten zugrunde und ermöglichen sowohl Vergleichsperspektiven als auch die Wahrnehmung der Spezifika beider deutscher Diktaturen.

Eine konzeptionelle Klammer auch für künftige Bausteine der Reihe **Quellen** nah bildet der Begriff der Gesellschaft. Dieser wird als Ausprägung des sozialen Zusammenlebens definiert, das seit der Frühen Neuzeit einen Handlungsrahmen ausbildete, welcher die individuelle Erfahrungswelt übersteigt – beispielsweise durch Recht, Ökonomie, Kommunikation, Globalisierung oder auch Digitalisierung. Die Pluralität der Gesellschaft wird durch eine Quellenauswahl zum Ausdruck gebracht, die einer holzschnittartigen Darstellung von historischen Ereignissen und Entwicklungen entgegenwirken soll. Lehrkräften und Schüler*innen, Bildungsarbeitenden und historisch Interessierten wird mit den Bausteineften ein erleichterter Zugang zur Geschichte angeboten.

Die Materialien sind schulformübergreifend für Schüler*innen ab der 9. Klasse ausgewählt und umfassen historische Quellen unterschiedlicher Niveaustu-

fen. Im Mittelpunkt des didaktischen Konzepts von **Quellen** nah stehen regionales Lernen, das Arbeiten mit in der Regel ungekürzten Originalquellen, Sprachsensibilität durch Anmerkungen zu ideologischen, stigmatisierenden oder herabwürdigenden Begriffen sowie die multiperspektivische Einordnung der Quellen. Die historischen Dokumente sind so aufbereitet, dass die jeweiligen Archivalien in den Entstehungskontext eingeordnet sowie die Komplexität und Ambivalenz historischer Entwicklungen nachvollzogen werden.

Jedes Bausteineft beginnt mit einem kurzen didaktischen Kommentar, der zugleich die inhaltlichen Schwerpunkte der Quellenauswahl skizziert. Eine detaillierte Quellenübersicht verschafft insbesondere den Lehrkräften einen Überblick über die im Baustein enthaltenen Quellen und informiert ausführlich über historische Hintergründe, Überlieferungsgeschichte und besondere Merkmale der ausgewählten Archivalien.

Die thematischen Schwerpunkte dieses Bausteineftes reichen in vier Kapiteln vom Aufbau der sozialistischen Planwirtschaft, über den Arbeitsalltag, Versorgungsmangel und Umweltzerstörung bis zu den wirtschaftlichen Folgen der deutschen Einheit. Die Kapiteleinführungen führen in das jeweilige Thema ein und nehmen regionalgeschichtliche Bezüge auf. Zudem ordnen sie die dazugehörigen Quellen in den Gesamtkontext ein und zeigen Zielsetzung wie Motivation der jeweiligen Quellenauswahl auf. Eingefügte Erklärkästen liefern Hintergrundinformationen und erläutern Fachbegriffe. Rot hervorgehobene Sprachkästen geben Hinweise zu problematischen Begriffen und fördern so die Sprachsensibilität.

Jede Quelle ist mit einer kurzgehaltenen Einführung versehen, welche die für die Quellenarbeit notwendigen Informationen bereithält. Die Quellen sind in der Regel ungekürzt abgedruckt. Für handschriftliche Dokumente werden zusätzlich Transkriptionen angeboten.

Die in der Quellensammlung dargestellten Archivalien beinhalten teilweise personenbezogene Angaben, die noch archivgesetzlichen Schutzfristen unterliegen. In solchen Fällen wurde in den Abbildungen geschwärzt und ein Pseudonym eingefügt.

Verena Meier und Till Goßmann als den Projektbearbeitenden sowie Dr. Riccarda Henkel, Dr. Björn Schmalz und Dr. Felix Schumacher, die das Projekt im Landesarchiv Sachsen-Anhalt fachlich steuerten, gebührt mein besonderer Dank. Mit außergewöhnlichem Engagement konnte ein ambitioniertes Projekt innerhalb eines knappen Zeitraumes mit umfänglichen und hoffentlich anregenden Ergebnissen abgeschlossen werden.

Detlev Heiden

Leitfrage

Wie beeinflusste der Staat das Wirtschafts- und Arbeitsleben in der DDR und welche Folgen hatte dies für die Menschen?

Didaktischer Kommentar

Der Baustein „Wirtschaft und Arbeit in der DDR“ bietet einen Überblick über den Aufbau sowie die Krisen der sozialistischen Planwirtschaft und die Alltagserfahrungen der Bevölkerung darin. Die Quellensammlung zeichnet nach, wie die Wirtschaft bis hin zum einzelnen Arbeitsplatz in den Einfluss des Regimes geriet und wie sich die wirtschaftliche Krise der DDR im Leben der Menschen niederschlug. Über dreißig Jahre nach dem Ende der DDR rückt mittlerweile die nachfolgende Transformationszeit in den Fokus von Wissenschaft und Öffentlichkeit. Um dieser Entwicklung Rechnung zu tragen, weitet die Darstellung den Blick zudem auf den Wandel von Gesellschaft, Staat und Wirtschaft zu Beginn der 1990er Jahre.

Am Anfang der Quellensammlung steht der **Aufbau der sozialistischen Planwirtschaft** in der Sowjetischen Besatzungszone und frühen DDR. In den Fokus genommen werden hier schlaglichtartig wesentliche Stationen und Aspekte auf dem Weg zur Einrichtung der Zentralverwaltungswirtschaft: die Bodenreform im September 1945, die zentrale Lenkung der wirtschaftlichen Prozesse, der 1. Fünfjahresplan am Beispiel der Errichtung der Eisenwerke West in Calbe (Saale) sowie der nochmals steigende Druck auf die Bauernschaft im Zuge der beginnenden Kollektivierung Anfang der 1950er Jahre. Mit Blick auf die Bedeutung von „Arbeit“ in der DDR, die über die reine Produktion von Gütern hinausging, widmet sich die Darstellung im Weiteren dem **Arbeiten im Volkseigenen Betrieb**. Der Arbeitsplatz im staatlichen Betrieb galt nicht allein der Fertigung, sondern diente dem Staat zugleich dazu, Einfluss und Kontrolle auf die Gesellschaft auszuüben. Die Geschichte der DDR-Wirtschaft ist unweigerlich mit Krisen verbunden: In den 1970er und -80er Jahren setzte der wirtschaftliche Niedergang ein, der sich im Alltag der Menschen unter anderem in **Versorgungsmangel und Umweltzerstörung** zeigte. Im Fokus stehen hier die Probleme, die Bürgerinnen und Bürger der DDR

bei der Beschaffung von Lebensmitteln und Konsumgütern erlebten. Die Quellensammlung dokumentiert zudem die teils katastrophale Umweltlage in der DDR, die schwere gesundheitliche Gefahren für die Bevölkerung mit sich brachte. Zum Abschluss wendet sich der Baustein den Ereignissen und Entwicklungen im letzten Jahr der DDR und in den frühen 1990er Jahren zu. **Der Weg zur deutschen Einheit und die wirtschaftliche Krise zu Beginn der 1990er Jahre** lenken den Blick auf eine Zeit, deren historische Erforschung soeben erst begonnen hat. Der Runde Tisch und die Wiedereinrichtung des Landes Sachsen-Anhalt werden ebenso thematisiert wie der wirtschaftliche Strukturwandel am Beispiel des früheren VEB Leuna-Werke und das Erstarken rechter Gewalt in der Umbruchszeit.

Vor bzw. beim Arbeiten mit diesem Baustein sollte die sowjetische Besatzungspolitik und die Schaffung der Ein-Parteien-Herrschaft der SED behandelt werden, die den Grundstein legten für den Aufbau der Zentralverwaltungswirtschaft. Darüber hinaus sollten die Schülerinnen und Schüler über Wissen zur sozialistischen Weltanschauung verfügen, die den ideologischen Rahmen für die Enteignung, Verstaatlichung und wirtschaftliche Planung setzte. Zum Verständnis der Entwicklung in den letzten zwei Jahrzehnten der DDR und der folgenden Transformationsphase zu Beginn der 1990er Jahre sollten die Schülerinnen und Schüler zudem Kenntnisse über die politische und wirtschaftliche Situation der DDR seit 1970 sowie über den Umbruch 1989/90 besitzen.

Ortsübersicht



Quellenübersicht

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die in diesem Baustein enthaltenen Quellen mitsamt einer Angabe der jeweiligen Niveaustufe und der Archivsignatur. Die einzelnen Quellen sind mit orangefarbenen Punkten markiert, die mit ansteigender Zahl auf das Anforderungsniveau der Materialien hinweisen. Ein niedrighschwelliger Zugang (●) liegt bei kurzen und einfach geschriebenen Quellen vor, die wenig Fachbegriffe und zu dekonstruierende Ideologien enthalten. Bei Quellen, die aufgrund der Komplexität des Inhalts, des sprachlichen Duktus sowie des notwendigen Hintergrundwissens schwerer zu erschließen sind, besteht ein mittelschwelliger Zugang (●●). Quellen wurden mit dem höchsten Niveau als hochschwelliger Zugang (●●●) bewertet, wenn sie besonders umfangreich sind und ein erhöhtes Dekonstruktionsvermögen erfordern, z. B. durch die Dichte an Fachbegriffen, die zu dekonstruierende Ideologien oder die zeitliche Distanz zum dargestellten Geschehen. Letzteres ist beispielsweise bei Zeitzeugenaussagen der Fall.

Quelle/ Niveau	Titel	Signatur	Hinweise zur Quelle
Aufbau der sozialistischen Planwirtschaft			
Lehrplan Sekundarstufe (9/10):		Einführung der sozialistischen Planwirtschaft, Wirtschaftliche und technologische Auseinandersetzung (→ Q 1c , → Q 1d), 17. Juni 1953: Vorgeschichte (→ Q 1e)	
Lehrplan Gymnasium (10):		Einführung der sozialistischen Planwirtschaft; Besatzungspolitik: Denazifizierung (→ Q 1a), 17. Juni 1953: Vorgeschichte (→ Q 1e)	
Lehrplan Gymnasium (11/12):		Wirtschaftliche und technische Anstrengungen zum Eindämmen des jeweils anderen Systems (→ Q 1c → Q 1d)	
Q 1a ●	Anfrage der Bezirksverwaltung Magdeburg zum Stand der Durchführung der Bodenreform im Kreis Burg vom Herbst 1945	LASA, K 13 Kreisverwaltung Burg, Nr. 349, Bl. 38.	Die Anfrage des 1. Vizepräsidenten der Bezirksverwaltung, Georg Heidler, zum Stand der Enteignung der Großgrundbesitzer im Rahmen der Bodenreform wurde als allgemeine Anfrage an die Landräte und Oberbürgermeister des Bezirks verbreitet. Das im Bestand des Kreises Burg überlieferte Exemplar dieser Anfrage weist neben den vom 1. Vizepräsidenten zugesandten Fragen zudem die vonseiten des Kreises Burg hinzugefügten Notizen und Antworten auf. Die Bodenreform wurde in der Sowjetischen Besatzungszone ab dem September 1945 durchgeführt. Die Sowjetische Militäradministration enteignete landwirtschaftliche Großbetriebe mit einer Fläche von mehr als 100 Hektar sowie frühere NS-Aktivisten entschädigungslos. Das Land wurde an Neubauern, Landarbeiter und Umsiedler verteilt. Mit der Beschlagnahmung des Besitzes wurden die betroffenen Landwirte von ihrem Hof verwiesen. In einem Großteil der Fälle mussten die Personen zudem binnen kurzer Zeit den Heimatkreis verlassen. Die Enteignung brach den Einfluss der landwirtschaftlichen Großgrundbesitzer. Der mit Kommentaren versehene Fragenkatalog gibt einen Einblick in das Vorgehen auf Bezirks- und Kreisebene.
Q 1b ●●	Schaubild des Ministeriums für Wirtschaft und Verkehr zum Ablauf der Wirtschaftsplanung in Sachsen-Anhalt vom März 1949	LASA, K 6 Ministerium für Wirtschaft und Verkehr, Nr. 11448.	Die Grafik des Ministeriums für Wirtschaft und Verkehr vom März 1949 veranschaulicht den Ablauf der Wirtschaftsplanung von der Betriebsebene über die Kreis- und Landesebene bis hin zur Deutschen Wirtschaftskommission auf Zonenebene. Anhand der Darstellung lässt sich die Zentralisierung der wirtschaftlichen Planung nachvollziehen. Bei der Quellenarbeit ist zu berücksichtigen, dass das Schema den idealtypischen Verlauf der Wirtschaftsplanung darstellt. In der Praxis erschwerten unter anderem fehlende Informationen und ausbleibende Materialien die Durchführung der zentral gesteuerten Abläufe.

Quelle/ Niveau	Titel	Signatur	Hinweise zur Quelle
Q 1c 	Bericht zum Stand der Arbeiten bei der Errichtung der Eisenwerke West Calbe (Saale) vom September 1951	LASA, K 6 Ministerium für Wirtschaft und Verkehr, Nr. 1956, Bl. 39-40.	Der Bericht des Sonderbeauftragten der Landesregierung vom 17. September 1951 zum Arbeitsstand bei der Errichtung der Eisenwerke West Calbe (Saale) richtete sich an das Ministerium für Wirtschaft und Verkehr. Der Bau der Eisenwerke West war für den Aufbau der Schwerindustrie, der laut 1. Fünfjahresplan (1951–1955) forciert werden sollte, von zentraler Bedeutung. Die Anlage in Calbe (Saale) diente der Gewinnung von Roheisen, das dringend für die Industrie benötigt wurde. Vor diesem Hintergrund versuchten die verantwortlichen Stellen, den Bau des Werks schnellstmöglich durchzuführen. Der Sonderbeauftragte der Landesregierung übermittelte dem Ministerium für Wirtschaft und Verkehr einmal wöchentlich einen Bericht zum Stand der Baumaßnahmen. Der vorliegende Bericht lässt erkennen, mit welcher Intensität an der Errichtung der Anlage gearbeitet wurde und welche Schwierigkeiten, wie beispielsweise Unfälle und Mangel an Arbeitskräften, das Vorankommen behinderten.
Q 1d 	Protokoll zur Vorbereitung der Feierlichkeiten anlässlich der Einweihung der Eisenwerke West Calbe (Saale) vom September 1951	LASA, K 6 Ministerium für Wirtschaft und Verkehr, Nr. 1956, Bl. 41-41 (RS).	Das als Abschrift vorliegende Protokoll dokumentiert ein Treffen am 13. September 1951 zur Vorbereitung der Einweihungsfeier des ersten Ofens der Eisenwerke West Calbe (Saale). Die Mitschrift zeigt, dass die Fertigstellung der Anlage nicht allein wirtschaftlich eine große Relevanz besaß (siehe Q 1c), sondern zugleich von hoher propagandistischer Bedeutung war. Die Eröffnung des Werks stellte einen wichtigen Bestandteil des 1. Fünfjahresplans (1951–1955) dar und sollte dementsprechend öffentlich gefeiert werden. Die Bedeutung, die dem Ereignis beigemessen wurde, zeigt sich in der Teilnehmerliste des Treffens: Neben Vertretern der SED waren die Blockparteien und Massenorganisationen, örtliche Akteure wie der Kreisschulrat, Vertreter des Betriebes sowie der Sonderbeauftragte der Landesregierung anwesend. Die Organisatoren der Einweihungsfeier verständigten sich unter anderem darauf, an diesem Tag die Schule zu schließen, damit die jungen Menschen der Eröffnung beiwohnen konnten. Von der Bedeutung, die der Baufertigstellung beikam, zeugt zudem die Überlieferung des Protokolls im Bestand des Ministeriums für Wirtschaft und Verkehr. Der Sonderbeauftragte der Landesregierung, der an dem Vorbereitungstreffen teilnahm, leitete die Informationen zur Eröffnungsfeier an das Ministerium weiter.
Q 1e 	Bericht der SED-Kreisleitung Artern über die Verhaftung von Landwirten im Kreis vom April 1953	LASA, P 516 SED-Bezirksleitung Halle, Nr. 3818, Bl. 22-23.	Die Mitteilung der SED-Kreisleitung Artern vom 10. April 1953 informierte die SED-Bezirksleitung Halle über die Verhaftung von Landwirten im Kreis. Den Bauern wurde vorgeworfen, dass sie die staatlich verordneten Ablieferungspflichten nicht erfüllt hätten. Den historischen Kontext der repressiven Maßnahmen bildete der im Juli 1952 beschlossene schnelle „Aufbau des Sozialismus“. Das Programm sah neben der Verstaatlichung weiterer Betriebe die „Kollektivierung“ – das heißt die Zusammenlegung – von bislang privat geführten Bauernhöfen vor. Um die Bauern in die „Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften“ zu drängen, wurde die Abgabelast für private Höfe erhöht. Die Verhaftung der Landwirte im Kreis Artern stützte sich auf einen Beschluss des SED-Politbüros vom 19. Februar 1953, der besagte, dass Landwirte bei Zuwiderhandlungen gegen die staatlichen Bestimmungen enteignet werden können. Unter Berufung auf diese Erklärung wurden in der ersten Jahreshälfte 1953 landesweit Bauern unter dem Vorwurf von Ablieferungsschulden festgenommen und ihr Besitz beschlagnahmt. Bei der Behandlung der Quelle ist ein besonderes Augenmerk auf die sprachlichen Mittel („kapitalistische[r] Elemente“, „Saboteure“) zu legen. Im Hinblick auf das Vorgehen der SED-Kreis-

			<p>leitung Artern ist bemerkenswert, dass die SED-Kreisleitung im Anschluss an die Maßnahmen feststellte, dass sie künftig nicht in gleicher Weise gegen sämtliche Landwirte angehe, sondern zunächst beispielhaft einzelne Bauern in den Fokus nehmen werde. Hiervon erhoffte sich die SED-Kreisleitung wohl in erster Linie eine abschreckende Wirkung bei der restlichen Bauernschaft. Darüber hinaus reagierte man hiermit möglicherweise darauf, dass die Repression gegen Landwirte in vielen Fällen zur Folge hatte, dass diese die DDR verließen und durch das brachliegende Land die Nahrungsversorgung weiter beeinträchtigt wurde.</p>
--	--	--	---

Arbeiten im Volkseigenen Betrieb

Lehrplan Sekundarstufe (9/10):	Sozialistischer Alltag in den 1970er und -80er Jahren: Wirtschaft, Wirtschaftliche Auseinandersetzung (→ Q 2a), Sozialistischer Alltag in den 1970er und -80er Jahren: Frauen (→ Q 2g → Q 2h)		
Lehrplan Gymnasium (10):	Sozialistische Planwirtschaft: Auswirkungen auf das Alltagsleben		
Lehrplan Gymnasium (11/12):	Wirtschaftliche Anstrengungen zum Eindämmen des jeweils anderen Systems (→ Q 2a)		
Q 2a 	<p>Urkunde zur Auszeichnung eines Kollektivs als „Kollektiv der sozialistischen Arbeit“ mitsamt Vermerk zum Umgang mit der Prämienzahlung vom Mai 1989</p>	<p>LASA, I 595 VEB Kombinat Schuhe Weißenfels, Sammlungsgut Nr. 560, nicht paginiert.</p>	<p>Die Urkunde zur Auszeichnung als „Kollektiv der sozialistischen Arbeit“ galt der Abteilung Arbeiterbetreuung des VEB Schuhfabrik „Banner des Friedens“ Weißenfels. Der beigelegte Vermerk vom 9. Mai 1989 regelte den Umgang mit der dazugehörigen Prämienzahlung. Das Regime versuchte, den „sozialistischen Wettbewerb“ um höhere Arbeitsleistungen mit Würdigungen für leistungsstarke Brigaden zu fördern. Die Brigaden verpflichteten sich im Zuge des Wettstreits unter anderem zur Steigerung der Leistung und Verbesserung der Qualität. Für die Realisierung der gesteckten Ziele erhielten die Mitglieder der Brigade neben der Würdigung als „Kollektiv der sozialistischen Arbeit“ eine Prämienzahlung. Der im Jahr 1962 eingeführte Ehrentitel „Kollektiv der sozialistischen Arbeit“ wurde bis 1989 an 270.000 Kollektive mit insgesamt 4,8 Millionen Mitgliedern vergeben. Die erhofften wirtschaftlichen Erfolge blieben trotz der massenhaften Teilnahme an dem Wettbewerb jedoch aus. Dennoch gelang es dem Staat, eine soziale Kontrolle zu etablieren: Die Brigade war zum Erreichen der gesetzten Ziele auf das Mitwirken aller Mitglieder angewiesen. Die Verteilung der Prämien, die im vorliegenden Vermerk festgehalten ist, bot eine Gelegenheit, einzelne Mitglieder der Brigade für ihren Arbeitseinsatz zu belohnen bzw. zu maßregeln.</p>
Q 2b 	<p>Brigadetagebuch einer Brigade des VEB Chemische Werke Buna aus den 1980er Jahren</p>	<p>LASA, I 529 Kombinat VEB Chemische Werke Buna, Rep. II, Nr. 4367, nicht paginiert.</p>	<p>Die vorliegenden Einträge aus dem Brigadetagebuch einer Brigade des VEB Chemische Werke Buna aus den 1980er Jahren zeigen beispielhaft Aktivitäten aus dem Alltag der Brigade: eine Spendensammlung anlässlich einer Hungersnot in Äthiopien, Besuche bei erkrankten Kolleginnen und Kollegen, die Teilnahme an einem „Gesundheitshelferlehrgang“ und an der „Gewerkschaftsschule“ sowie ein Eintrag zur Geburt des Kindes einer Kollegin. Das Brigadetagebuch diente der Dokumentation der Tätigkeiten des Kollektivs nach außen und unterscheidet sich somit von der Innensicht des gewöhnlichen Privattagebuches. Das Brigadetagebuch hatte den Zweck, die Entwicklung des Arbeitskollektivs darzustellen und wurde hierfür teilweise auch öffentlich ausgewertet. Die Aktivitäten der Brigade basierten zudem nicht allein auf den Ideen der Mitglieder, sondern folgten den politisch-ideologischen Ansprüchen an das gemeinschaftliche Arbeiten (siehe Q 2c).</p>

Quelle/ Niveau	Titel	Signatur	Hinweise zur Quelle
Q 2c 	Planung der Aktivitäten einer Abteilung des VEB Chemische Werke Buna vom Dezember 1985	LASA, I 529 Kombinat VEB Chemische Werke Buna, Rep. II, Nr. 4348, nicht paginiert.	Der Plan der Abteilung Innenrevision des VEB Chemische Werke Buna vom 7. Dezember 1985 enthält die angedachten Aktivitäten der Brigade für das folgende Jahr. Nach der Vorstellung des Regimes sollten die Brigaden die einzelnen Beschäftigten im gemeinschaftlichen Arbeits- und Lebensalltag der Gruppe ideologisch erziehen. Die Brigaden waren somit nicht nur ein Arbeitsverbund, sondern teilten zugleich einen Teil der Freizeit abseits der Arbeit miteinander. Obwohl sich in den „Brigaden“ im Zuge des gemeinsam geteilten Arbeits- und Lebensalltags oftmals tatsächlich soziale Netzwerke ausbildeten, blieben die politischen Vorgaben allgegenwärtig. In diesem Zusammenhang galt selbst die Veranstaltung eines Kegelabends oder der Besuch bei einem erkrankten Kollegen als „gesellschaftliche Aktivität“, die zuvor im jährlichen Plan der Brigade festgelegt wurde. Zur Dokumentation und Auswertung des Brigadelebens wurden die Aktivitäten der Gruppe im sogenannten Brigadetagebuch festgehalten (siehe Q 2b). Der Vergleich der Quellen Q 2b und Q 2c offenbart, wie die Einträge im Brigadetagebuch und der Jahresplan von unterschiedlichen Brigaden übereinstimmen. Dies verdeutlicht den Einfluss des Staates auf die Gestaltung des Brigadealltags.
Q 2d 	Mitteilung eines Mitglieds der gewerkschaftlichen Kommission Arbeit und Lohn zur Gewerkschaftsarbeit im VEB Leuna-Werke vom Januar 1974	LASA, P 546 FDGB-Kreisvorstand Merseburg, Nr. 189, nicht paginiert.	Die Nachricht eines Mitglieds der gewerkschaftlichen Kommission Arbeit und Lohn vom 3. Januar 1974 zur Erstellung des Arbeitsplans für das erste Halbjahr 1974 richtete sich an den Sekretär der Kommission Arbeit und Lohn auf Kreisebene des Freien Deutschen Gewerkschaftsbunds (FDGB). Die Kommission Arbeit und Lohn war ein gewerkschaftliches Organ, das zur Steigerung der Arbeitsproduktivität beitragen sollte. Zu ihren Aufgaben gehörte unter anderem, die Beschäftigten zur Erfüllung bzw. Übererfüllung der Planaufgaben zu motivieren. Das Dokument zeugt von der Rolle der Gewerkschaft als „verlängerter Arm“ der SED in den Volkseigenen Betrieben der DDR. Der FDGB war keine unabhängige Interessenvertretung der Beschäftigten, sondern sollte die politischen und wirtschaftlichen Ziele der SED gegenüber den Werktätigen durchsetzen. Eine zentrale Aufgabe des FDGB bestand darin, eine hohe Arbeitsdisziplin und die Steigerung der Arbeitsproduktivität der Beschäftigten zu erreichen. Damit unterschied sich der FDGB deutlich von herkömmlichen Gewerkschaften. Im Sinne der sozialistischen Ideologie brauchten die Beschäftigten in der DDR keine eigenständige Vertretung, da sich der Interessensgegensatz zwischen den Werktätigen und den Betrieben mit der Verstaatlichung der Produktionsmittel aufgelöst habe.
Q 2e 	Rede der SED-Kreisleitung Sangerhausen zur Eröffnung des Ausbildungsjahres der Kampfgruppen aus dem Jahr 1972	LASA, P 517 SED-Kreisleitung Sangerhausen, Nr. 763, nicht paginiert.	Die Rede der SED-Kreisleitung Sangerhausen anlässlich der Eröffnung des Ausbildungsjahres 1972 richtete sich an die Mitglieder der Kampfgruppen im Kreis Sangerhausen. Die sogenannten „Kampfgruppen der Arbeiterklasse“, die bei inneren Unruhen und einem möglichen Angriff auf die DDR zum Einsatz kommen sollten, durchliefen jährlich ein militärisches und politisch-ideologisches Ausbildungsprogramm. Als Skript einer Rede weist die vorliegende Quelle ein hohes Maß an ideologischen Begriffen auf. Bei der Quellenarbeit sind die sprachlichen Mittel und ihre ideologische Bedeutung („klassenmäßige Erziehung“, „sowjetischen Klassen- und Waffenbrüder“, „sozialistische[s] Bewußtsein“) besonders zu berücksichtigen.

<p>Q 2f</p> <p>●</p>	<p>Fotografien von Kampfgruppen im Kreis Artern aus den 1970er und -80er Jahren</p>	<p>LASA, P 517 SED-Kreisleitung Artern, Nr. P 4407, Foto 69; LASA, P 517 SED-Kreisleitung Artern, Nr. P 4406, Foto 4-100-77; LASA, P 517 SED-Kreisleitung Artern, Nr. P 4405, Foto 6-40-77.</p>	<p>Die Fotografien zeigen die Kampfgruppe des VEB Kyffhäuserhütte Artern bei einem Aufmarsch vor dem Werksgebäude sowie weitere Kampfgruppen aus dem Kreis Artern bei militärischen Übungen. Das Bild 1, auf dem die Kampfgruppeneinheit des VEB Kyffhäuserhütte Artern auf dem Werksgelände festgehalten ist, dokumentiert die Verbindung zwischen der paramilitärischen Organisation und den staatlichen Betrieben. Auf dem Bild 2 sind Mitglieder einer Kampfgruppeneinheit aus dem Kreis Artern bei einer militärischen Übung beim Durchsuchen eines gestellten Gegners abgebildet. Das Bild 3, das zwei Kampfgruppen-Mitglieder auf einem Schießstand zeigt, lässt am rechten Bildrand Zielschablonen mit menschlichen Umrissen erkennen. Die sogenannten „Kampfgruppen der Arbeiterklasse“, die bei inneren Unruhen und einem möglichen Angriff auf die DDR zum Einsatz kommen sollten, durchliefen jährlich ein militärisches und politisch-ideologisches Ausbildungsprogramm. Bei der quellenkritischen Analyse sollte bedacht werden, dass Fotografien ebenso wie andere visuelle Darstellungen inszeniert sind. Zur Einordnung der auf den Bildern dokumentierten Aktivitäten der paramilitärischen Kampfgruppen bietet sich eine Auseinandersetzung mit deren politisch-ideologischem Hintergrund an (siehe Q 2e).</p>
<p>Q 2g</p> <p>●</p>	<p>Fotografie eines Plakats des VEB Leuna-Werke zur Ausbildung von Frauen von ca. 1970</p>	<p>LASA, I 525 Leuna-Werke, FS Nr. P 106805-116</p>	<p>Die Fotografie dokumentiert ein Plakat des VEB Leuna-Werke zur Weiterbildung von Frauen aus der Zeit um 1970. Das Plakat preist die Möglichkeiten zur Qualifizierung für Frauen im Betrieb. In der Quellenarbeit sollte der propagandahafte Charakter der Abbildung berücksichtigt werden. In diesem Zusammenhang bietet sich ein Vergleich mit der Quelle Q 2h an, die einen Einblick zu den Problemen von weiblichen Beschäftigten bietet.</p>
<p>Q 2h</p> <p>● ●</p>	<p>Aktennotiz der Direktion Kader und Bildung des VEB Chemische Werke Buna zu einem Frauenforum vom November 1970</p>	<p>LASA, I 529 Kombinat VEB Chemische Werke Buna, Rep. II, Nr. 6012, nicht paginiert.</p>	<p>Die Aktennotiz der Direktion Kader und Bildung des VEB Chemische Werke Buna vom 28. November 1970 berichtet über ein Frauenforum der Direktion Beschaffung und Absatz. Das Frauenforum war eine Zusammenkunft weiblicher Beschäftigter im Betrieb. Bei dem Treffen wurden der vorliegenden Information zufolge der betriebliche Frauenförderungsplan und die schwierigen Arbeitsbedingungen für weibliche Beschäftigte besprochen. Das Dokument bietet einen Einblick in den Berufsalltag von Frauen in der DDR. So zeugt der Bericht einerseits von dem Anspruch, die berufliche Entwicklung der Frauen gezielt zu fördern und lässt andererseits die Schwierigkeiten erkennen, die diesem Ziel entgegenstanden. Die Frauen beklagten schlechte Einkaufsmöglichkeiten am Arbeitsort und die Mehrfachbelastung aus familiärer Sorgearbeit und beruflicher Verpflichtung.</p>
<p>Q 2i</p> <p>● ● ●</p>	<p>Information des VEB Leichtmetallwerk Nachterstedt zum Einsatz von algerischen Arbeitskräften aus dem Jahr 1974</p>	<p>LASA, I 681 VEB Leichtmetallwerk Nachterstedt, Nr. 40/Bd. 1, nicht paginiert.</p>	<p>Die Information des VEB Leichtmetallwerk Nachterstedt berichtet über den erwarteten Einsatz von algerischen Arbeitskräften im Betrieb. Die DDR und die Demokratische Volksrepublik Algerien unterzeichneten im April 1974 einen Vertrag über die Entsendung algerischer Arbeitskräfte in die DDR. Der Bericht vermittelt die offizielle Sichtweise, der zufolge die Vertragsarbeit ein „politische[r] Auftrag“ sei, der dazu diene, die Arbeitskräfte beruflich zu qualifizieren und politisch-ideologisch zu erziehen. In der Praxis boten die einfachen Tätigkeiten der Arbeitskräfte oftmals keine Möglichkeit zur beruflichen Weiterbildung. Darüber hinaus fanden die Vertragsarbeiter – entgegen der öffentlichen Verlautbarungen – keine ausnahmslos willkommene Atmosphäre vor. In der vorliegenden Information lässt sich andeutungsweise erkennen, dass die Betriebe den neuen Arbeitskräften mit einem gewissen Paternalismus („politisch-ideologische Erziehungsarbeit“) und einer Kontrollhaltung („innere [...] Sicherheit ist im Heim zu gewährleisten“; siehe hierfür zudem Q 2i) begegneten. Darüber hinaus gibt der Bericht einen Einblick in die organisatorische Vorbereitung des Ein-</p>

Quelle/ Niveau	Titel	Signatur	Hinweise zur Quelle
			satzes der Vertragsarbeiter. Bei der Quellenarbeit sind die sprachlichen Mittel und ihre Bedeutung („Klassenkampf“, „Klassenauftrag“) besonders zu berücksichtigen.
Q 2j ● ●	Regelkatalog des Ministeriums der Arbeit der Volksrepublik Mosambik für den Aufenthalt von mosambikanischen Arbeitskräften in Nachterstedt vom Januar 1988	LASA, I 681 VEB Leichtmetallwerk Nachterstedt, Nr. 40/Bd. 1, nicht paginiert.	Der vorliegende Plan stammt von der Vertretung des Ministeriums der Arbeit der Volksrepublik Mosambik in Leipzig und beinhaltet eine Aufstellung an Regeln für das Wohnheim und die Freizeitgestaltung der mosambikanischen Arbeitskräfte in Nachterstedt. Die DDR brachte die Vertragsarbeiter meist in zentralen Unterkünften unter. Eine eigenständige Wahl des Wohnorts war nicht möglich. Der vorliegende Regelkatalog dokumentiert, wie in das Wohnen und die Freizeit der Arbeitskräfte eingegriffen wurde: Der Plan enthielt nicht allein Vorgaben zu Ruhestörungen und Diebstahl, sondern darüber hinaus zum Umgang mit Geld, der Anmeldung von Besuch in der Unterkunft und der Teilnahme am „gesellschaftlichen Leben“ (Versammlungen, Bildungsveranstaltungen etc.). Die paternalistische Haltung der staatlichen Behörden gegenüber den Vertragsarbeitern, die in dem Regelkatalog zum Ausdruck kommt, ist in der Arbeit mit der Quelle zu berücksichtigen. Bei der Behandlung des Plans ist zu beachten, dass das Dokument vom Ministerium der Arbeit der Volksrepublik Mosambik erstellt wurde. Es ist jedoch anzunehmen, dass der Regelkatalog eine Standardliste darstellte, welche von der Vertretung des Ministeriums der Arbeit der Volksrepublik Mosambik in Leipzig mit den verantwortlichen Stellen in der DDR abgestimmt war. Die Überlieferung im Bestand des VEB Leichtmetallwerk Nachterstedt zeigt, dass die betrieblichen Akteure vor Ort zumindest über die Regeln im Bilde waren.

Versorgungsmangel und Umweltzerstörung

Lehrplan Sekundarstufe (9/10):	Sozialistischer Alltag in den 1970er und -80er Jahren: Wirtschaft, Sozialistischer Alltag in den 1970er und -80er Jahren: Umwelt (→ Q 3f → Q 3g → Q 3h → Q 3i → Q 3j → Q 3k)		
Lehrplan Gymnasium (10):	Sozialistische Planwirtschaft: Auswirkungen auf das Alltagsleben, Krisen in der DDR		
Q 3a ● ●	Eingabe einer Lehrerin an den VEB Mifa Sangerhausen wegen der mangelhaften Qualität ihres Fahrrads vom April 1989	LASA, I 570 VEB Mitteldeutsche Fahrradwerke Sangerhausen, Nr. 245, Bl. 32-32 (RS)	Die Eingabe einer Lehrerin vom 4. April 1989 zur mangelhaften Qualität ihres Fahrrads richtete sich an die Betriebsparteiorganisation (BPO) des VEB Mifa Sangerhausen. Die BPO war eine Organisationseinheit der SED auf Betriebsebene, die den Einfluss der Staatspartei vor Ort sicherte. Im Zentrum der Mitteilung steht die Beschwerde über das Rad, welches nach kurzer Zeit bereits zerbrochen war. Die Lehrerin ordnet in der Mitteilung das kaputte Rad in eine Reihe von mangelhaften Produkten ein, die sie in den vergangenen Jahren erleben musste und wirft die Frage auf, wie sie gegenüber den Schülerinnen und Schülern unter diesen Umständen glaubwürdig die Stärken der DDR vertreten sollte. Das Dokument zeugt somit nicht allein von der häufig mangelhaften Qualität der DDR-Produktion, sondern zugleich von dem politischen Unmut, der hieraus erwuchs. Bei der Behandlung des Schreibens ist quellenkritisch zu berücksichtigen, dass Eingaben – wenn gleich sie eine persönliche Mitteilung darstellen – einer gewissen Selbstzensur der Verfasserinnen und Verfasser gegenüber den Adressaten unterlagen. Die vorliegende Beschwerde enthält in der für Eingaben

			typischen Art neben der Kritik zugleich ein Bekenntnis zur DDR. So gelang es der Lehrerin auf bemerkenswerte Weise, ihre Kritik gleichermaßen deutlich und gewandt zu formulieren. In der Quellenarbeit ist diese geschickte Art der Formulierung (z. B. „dann dürfen wir uns über falsche Einstellungen nicht mehr wundern!“) besonders zu beachten.
Q 3b ●	Eingabe an die Arbeiter- und Bauern-Inspektion Dessau aufgrund zehnjähriger Wartezeit auf einen Fernmeldeanschluss vom Oktober 1981	LASA, M 550 Arbeiter- und Bauern-Inspektion, Kreiskomitee Dessau, Nr. 66, nicht paginiert.	Die Eingabe eines Bürgers vom 20. Oktober 1981 wegen zehnjähriger Wartezeit auf einen Fernmeldeanschluss richtete sich an die Arbeiter- und Bauern-Inspektion (ABI) Dessau. Die ABI war eine Behörde zur Kontrolle der Einhaltung von Gesetzen, Beschlüssen und volkswirtschaftlichen Planvorgaben. Die Infrastruktur in der DDR, wie beispielsweise das Telefonnetz, war veraltet. Von der Bestellung eines Telefonanschlusses bis zur Einrichtung konnte mehr als ein Jahrzehnt vergehen. Die ABI erkundigte sich nach Eingang der Eingabe des Bürgers beim Fernmeldeamt der Deutschen Post Dessau nach dem Vorgang und erhielt folgende Rückmeldung: „Eine gesellschaftliche Dringlichkeit, die eine vorrangige Berücksichtigung rechtfertigen würde, liegt bei Herrn [Götz; Pseudonym] nicht vor.“ Bei der Behandlung des Schreibens ist quellenkritisch zu berücksichtigen, dass Eingaben – wenngleich sie eine persönliche Mitteilung darstellen – einer gewissen Selbstzensur der Verfasserinnen und Verfasser gegenüber den Adressaten unterlagen.
Q 3c ● ●	Mitteilung des VEB IFA-Vertrieb Halle zur Eingabe eines Bürgers aufgrund mehrjähriger Wartezeit auf einen Lastenanhängers vom Oktober 1982	LASA, M 550 Arbeiter- und Bauern-Inspektion, Kreiskomitee Dessau, Nr. 67, nicht paginiert.	Die Mitteilung des VEB IFA-Vertrieb Halle vom 14. Oktober 1982 zu der Beschwerde eines Bürgers wegen einer mehrjährigen Wartezeit auf einen Lastenanhängers richtete sich an die Arbeiter- und Bauern-Inspektion (ABI) Dessau. Der Industrieverband Fahrzeugbau – kurz IFA – war in der DDR ein Zusammenschluss für die Produktion von Fahrzeugen. Der VEB IFA-Vertrieb war verantwortlich für den Absatz der bestellten Fahrzeuge. Die ABI war eine Behörde zur Kontrolle der Einhaltung von Gesetzen, Beschlüssen und volkswirtschaftlichen Planvorgaben. In dem Schreiben nahm der VEB IFA-Vertrieb Halle Stellung zu der fehlenden Auslieferung des bestellten Lastenanhängers. Aus den Ausführungen geht hervor, wie langwierig sich der Prozess von der Bestellung bis zum Erhalt gestaltete und wie groß die Zahl der wartenden Kundinnen und Kunden war.
Q 3d ● ● ●	Bericht des Volkskontrollausschusses Rehmsdorf zur Kontrolle der Versorgung der Bevölkerung vom Februar 1976	LASA, M 550 Arbeiter- und Bauern-Inspektion, Kreiskomitee Zeitz, Nr. 48, nicht paginiert.	Der Kontrollbericht des Volkskontrollausschusses (VKA) Rehmsdorf vom 12. Februar 1976 zur Versorgung der Bevölkerung richtete sich an die Arbeiter- und Bauern-Inspektion (ABI) Zeitz. Beim VKA handelte es sich um ein Gremium zur Kontrolle der Einhaltung von Gesetzen, Beschlüssen und volkswirtschaftlichen Planvorgaben, das der ABI unterstellt war. Die Information dokumentiert den Mangel an Lebensmitteln und Konsumgütern, der teilweise bis zum Ende der DDR anhielt. Darüber hinaus gewährt der Kontrollbericht einen Einblick in die Konsuminteressen der DDR-Bevölkerung in den 1970er Jahren.
Q 3e ●	Eingabe einer Bürgerin zur fehlenden Versorgung mit einem Tiefkühlschrank vom September 1981	LASA, M 550 Arbeiter- und Bauern-Inspektion, Kreiskomitee Dessau, Nr. 66, nicht paginiert.	Die als Abschrift vorliegende Eingabe einer Bürgerin zur fehlenden Versorgung mit einem Tiefkühlschrank vom 4. September 1981 richtete sich an die Arbeiter- und Bauern-Inspektion (ABI) Dessau. Die ABI war eine Behörde zur Kontrolle der Einhaltung von Gesetzen, Beschlüssen und volkswirtschaftlichen Planvorgaben. Die Verfasserin der Eingabe äußert in ihrer Beschwerde den Verdacht, dass die geringe Zahl an jährlich zur Verfügung stehenden Tiefkühlschränken ‚unter dem Ladentisch‘ verkauft würde. Hiermit bietet die Eingabe einen Einblick in den Alltag in der Mangelwirtschaft, in welcher der Warenzugang häufig von den persönli-

Quelle/ Niveau	Titel	Signatur	Hinweise zur Quelle
			<p>chen Beziehungen abhing. Die sogenannte „Bückware“ wurde nicht offen zum Verkauf angeboten, sondern nur auf Nachfrage oder an persönliche Kontakte ausgegeben. Nach der metaphorischen Vorstellung waren die betreffenden Produkte nicht für jedermann einsehbar, sondern lagen – wie die vorliegende Eingabe anklungen lässt – verdeckt ‚unter dem Ladentisch‘. Bei der Behandlung des Schreibens ist quellenkritisch zu berücksichtigen, dass Eingaben – wenngleich sie eine persönliche Mitteilung darstellen – einer gewissen Selbstzensur der Verfasserinnen und Verfasser gegenüber den Adressaten unterlagen.</p>
<p>Q 3f ● ●</p>	<p>Eingabe einer Familie zu gesundheitlichen Schäden infolge von Umweltverschmutzung vom Januar 1989</p>	<p>LASA, M 501 Bezirkstag und Rat des Bezirk Halle, 3. Ablieferung, Nr. 6590, Bl. 706-706 (RS).</p>	<p>Die handschriftliche Eingabe einer Familie vom 12. Januar 1989 zu gesundheitlichen Schäden aufgrund von Umweltverschmutzung richtete sich an das Ministerium für Umweltschutz und Wasserwirtschaft in Berlin. Die Überlieferung der Eingabe im Bestand des Bezirkstags und Rates des Bezirk Halle ist damit zu begründen, dass das adressierte Ministerium für Umweltschutz und Wasserwirtschaft die Mitteilung zur Bearbeitung an die regionale Struktur weiterleitete. Die in der Beschwerde beschriebenen Atemwegserkrankungen zeugen von den gesundheitlichen Gefahren für die Bevölkerung, die aus den massiven Umweltproblemen in der DDR resultierten. Die Familie, die die Eingabe formulierte, bezog sich in ihrem Schreiben unter anderem auf den in der DDR-Verfassung festgelegten Schutz der Gesundheit und warf die rhetorische Frage auf, ob dieser Grundsatz hinter dem Ziel der „Planerfüllung und Erhöhung der Arbeitsproduktivität“ zurückstehen müsse. Die teils offen formulierte Kritik ist vor dem Hintergrund des Entstehungszeitpunktes des Schreibens im Januar 1989 einzuordnen. Der Inhalt und der Ton, in dem die Nachricht verfasst ist, zeugen vom zunehmenden Machtverlust des Staatsapparates. Die wachsende Schwäche des Regimes zum Ende der 1980er Jahre eröffnete der Bevölkerung größere Handlungsspielräume, sodass der Widerspruch zunahm. Bei der Behandlung des Schreibens ist quellenkritisch zu berücksichtigen, dass Eingaben – wenngleich sie eine persönliche Mitteilung darstellen – einer gewissen Selbstzensur der Verfasserinnen und Verfasser gegenüber den Adressaten unterlagen.</p>
<p>Q 3g ●</p>	<p>Eingabe eines Lehrlings zur Verschmutzung der Umwelt in der DDR vom September 1989</p>	<p>LASA, M 501 Bezirkstag und Rat des Bezirk Halle, 3. Ablieferung, Nr. 6590, Bl. 407-407 (RS).</p>	<p>Die handschriftliche Eingabe eines 17-jährigen Lehrlings vom 27. September 1989 zu Umweltproblemen in der DDR richtete sich an das Ministerium für Umweltschutz und Wasserwirtschaft in Berlin. Die Überlieferung der Eingabe im Bestand des Bezirkstags und Rats des Bezirk Halle rührt daher, dass das adressierte Ministerium für Umweltschutz und Wasserwirtschaft die Mitteilung zur Bearbeitung an die regionale Struktur weiterleitete. Der Lehrling wurde daraufhin vom Rat des Bezirk Halle zu einem Gespräch zur Situation der Umwelt eingeladen. Die teils offen formulierte Kritik in der Eingabe sowie die folgende Gesprächseinladung ist vor dem Hintergrund der Entwicklungen in der DDR im Herbst 1989 einzuordnen. Der Inhalt und der Ton, in dem die Nachricht verfasst ist, zeugen vom zunehmenden Machtverlust des Staatsapparates. Die Ausreisebewegung des Sommers 1989 sowie die sich öffentlich formierende Opposition (u. a. Gründung von „Neues Forum“ und „Demokratie Jetzt“ in der ersten Septemberhälfte 1989) weiteten die bereits im Verlauf der 1980er Jahre gewachsenen Handlungsspielräume nochmals. Bei der Behandlung des Schreibens ist quellenkritisch zu berücksichtigen, dass Eingaben – wenngleich sie eine persönliche Mitteilung darstellen – einer gewissen Selbstzensur der Verfasserinnen und Verfasser gegenüber den Adressaten unterlagen.</p>

<p>Q 3h ● ●</p>	<p>Protokoll des Beitrages „Bitteres aus Bitterfeld“ in der ARD-Sendung „Kontraste“ vom Herbst 1988</p>	<p>LASA, M 501 Bezirkstag und Rat des Bezirkes Halle, 3. Ablieferung, Nr. 6572, Bl. 193-198.</p>	<p>Das vorliegende Protokoll dokumentiert den in der ARD-Sendung „Kontraste“ vom 27. September 1988 gezeigten Beitrag „Bitteres aus Bitterfeld“. Der Urheber der Mitschrift des Fernsehbeitrags ist unbekannt. Angesichts der Überlieferung des Dokuments im Bestand des Bezirkstags und Rates des Bezirkes Halle ist anzunehmen, dass es von dieser Stelle erstellt wurde. Die Ausstrahlung des Beitrags über die dramatische Umweltlage in der Region Bitterfeld alarmierte die staatlichen Organe. Die verantwortlichen Stellen hatten bislang versucht, die Informationen über die Umweltzerstörung nach Möglichkeit geheim zu halten. Seit 1982 stand die Berichterstattung über die Umweltsituation der DDR unter Geheimhaltung („Beschluss zur Anordnung zur Gewinnung oder Bearbeitung und zum Schutz von Informationen über den Zustand der natürlichen Umwelt in der DDR“, Beschluss des Präsidiums des Ministerrates, 1982). Vor diesem Hintergrund verfolgten die Behörden die Ausstrahlung des Beitrags im westdeutschen Fernsehen mit großer Aufmerksamkeit und bemühten sich im Folgenden darum, die Deutungshoheit über die Lage zu gewinnen. In diesem Zusammenhang entstand das vorliegende Protokoll des Beitrags.</p>
<p>Q 3i ● ●</p>	<p>Eingabe eines Bürgers anlässlich des Beitrages „Bitteres aus Bitterfeld“ in der ARD-Sendung „Kontraste“ vom Oktober 1988</p>	<p>LASA, M 501 Bezirkstag und Rat des Bezirkes Halle, 3. Ablieferung, Nr. 6572, Bl. 204-205.</p>	<p>Die Eingabe eines Bürgers aus Freiberg in Sachsen an das Ministerium für Umweltschutz und Wasserwirtschaft vom 2. Oktober 1988 nimmt Bezug auf den in der ARD-Sendung „Kontraste“ gezeigten Beitrag „Bitteres aus Bitterfeld“ und verweist auf ähnliche Umweltsünden im Freiburger Gebiet. Die Eingabe zeigt beispielhaft, wie die Bevölkerung auf die Informationen zur katastrophalen Umweltlage rund um Bitterfeld reagierte. Die Beschwerde, wie sie hier vorliegt, bot die Möglichkeit, ein Zeichen des Protests zu setzen, ohne sich in Gefahr zu bringen. So vermittelt die vorliegende Nachricht einerseits eine deutliche Kritik und verzichtet andererseits weitestgehend auf offene Vorwürfe. Anstelle von direkten Anschuldigungen gegenüber den verantwortlichen Stellen nähert sich der Verfasser mit Fragen den kritischen Aspekten wie beispielsweise der Geheimhaltungspflicht von Informationen zur Umweltsituation. Die teils offen formulierte Kritik ist vor dem Hintergrund des Entstehungszeitpunktes des Schreibens im Oktober 1988 einzuordnen. Der Inhalt und der Ton, in dem die Nachricht verfasst ist, zeugen vom zunehmenden Machtverlust des Staatsapparates. Die wachsende Schwäche des Regimes zum Ende der 1980er Jahre eröffnete der Bevölkerung größere Handlungsspielräume, sodass der Widerspruch zunahm. Die Überlieferung der Eingabe im Bestand des Bezirkstags und Rates des Bezirkes Halle folgt daraus, dass das adressierte Ministerium für Umweltschutz und Wasserwirtschaft die Mitteilung zur Bearbeitung an die regionale Struktur weiterleitete.</p>
<p>Q 3j ● ● ●</p>	<p>Telegramm des Rates des Bezirkes Halle mit einer Stellungnahme zum Beitrag „Bitteres aus Bitterfeld“ in der ARD-Sendung „Kontraste“ vom Oktober 1988</p>	<p>LASA, M 501 Bezirkstag und Rat des Bezirkes Halle, 3. Ablieferung, Nr. 6572, Bl. 302-307.</p>	<p>Die Stellungnahme des Rates des Bezirkes Halle vom 4. Oktober 1988 zu dem in der ARD-Sendung „Kontraste“ gezeigten Beitrag „Bitteres aus Bitterfeld“ richtete sich an das Ministerium für Umweltschutz und Wasserwirtschaft. Der interne Bericht bietet einen offenen Einblick in die Einschätzungen der staatlichen Organe auf Bezirksebene zur Umweltsituation in Bitterfeld. Der Inhalt („das argument musz anerkannt werden“, „die aussage ist zutreffend“) lässt erkennen, dass der Rat des Bezirkes Halle zumindest nach innen hin die katastrophale Lage eingestand. Die Stellungnahme gibt zudem Aufschluss über das Vorgehen der staatlichen Behörden. Die Ausstrahlung des Beitrags über die Umweltzerstörung in der Region Bitterfeld alarmierte die staatlichen Organe. Die verantwortlichen Stellen hatten bislang versucht, die Informationen über die dramatische Situa-</p>

Quelle/ Niveau	Titel	Signatur	Hinweise zur Quelle
			tion nach Möglichkeit geheim zu halten. Seit 1982 stand die Berichterstattung über die Umweltlage der DDR unter Strafe. Vor diesem Hintergrund verfolgten die Behörden die Ausstrahlung des Beitrags im westdeutschen Fernsehen mit großer Aufmerksamkeit und bemühten sich im Folgenden darum, die Deutungshoheit über die Lage zu gewinnen. In diesem Zusammenhang entstand die vorliegende Stellungnahme.
Q 3k 	„Argumentationsmaterial“ des Rates des Kreises Bitterfeld in Reaktion auf den Beitrag „Bitteres aus Bitterfeld“ in der ARD-Sendung „Kontraste“ vom November 1988	LASA, M 501 Bezirkstag und Rat des Bezirkes Halle, 3. Ablieferung, Nr. 6572, Bl. 40-41.	Das vom Rat des Kreises Bitterfeld zusammengestellte „Argumentationsmaterial“ vom 9. November 1988 zu dem in der ARD-Sendung „Kontraste“ gezeigten Beitrag „Bitteres aus Bitterfeld“ wurde der Abteilung Umweltschutz und Wasserwirtschaft des Rates des Bezirkes Halle übermittelt. Während die interne Stellungnahme des Rates des Bezirkes Halle gegenüber dem Ministerium für Umweltschutz und Wasserwirtschaft zumindest in Teilen ein Eingeständnis der katastrophalen Umweltsituation in Bitterfeld erkennen lässt (siehe Q 3j), spiegelt das „Argumentationsmaterial“ die öffentliche Haltung der staatlichen Organe zur Lage in Bitterfeld wider. Bei der Quellenarbeit ist die relativierende Absicht der Verfasser des Papiers zu berücksichtigen. Die Ausstrahlung des Beitrags über die Umweltzerstörung in der Region Bitterfeld hatte die staatlichen Organe alarmiert. Die verantwortlichen Stellen hatten bislang versucht, die Informationen über die dramatische Situation nach Möglichkeit geheim zu halten. Seit 1982 stand die Berichterstattung über die Umweltlage der DDR unter Strafe. Vor diesem Hintergrund verfolgten die Behörden die Ausstrahlung des Beitrags im westdeutschen Fernsehen mit großer Aufmerksamkeit und bemühten sich im Folgenden darum, die Deutungshoheit über die Lage zu gewinnen. In diesem Zusammenhang entstand das vorliegende „Argumentationsmaterial.“

Weg zur deutschen Einheit und die wirtschaftliche Krise zu Beginn der 1990er Jahre

Lehrplan Sekundarstufe (9/10):	Wiedereinrichtung des Landes Sachsen-Anhalt (→ Q 4c → Q 4d), „Runder Tisch“ (→ Q 4c), Weg zur staatlichen Einheit nach dem Mauerfall (→ Q 4b → Q 4e → Q 4f → Q 4g)
Lehrplan Gymnasium (10):	Wiedereinrichtung des Landes Sachsen-Anhalt (→ Q 4c → Q 4d), Gestaltung der deutschen Einheit (→ Q 4b → Q 4e → Q 4f → Q 4g)
Q 4a 	<p>Mitteilung der Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei Magdeburg zu Übergriffen auf ausländische Bürger vom Mai 1990</p> <p>Landesarchiv Sachsen-Anhalt, M 25 Volkspolizei-Kreisamt Haldensleben, Nr. 164, Bl. 7.</p> <p>Die Mitteilung der Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei (BDVP) Magdeburg vom 31. Mai 1990 zu Übergriffen auf ausländische Bürger wurde über einen Verteiler an die Volkspolizei-Kreisämter verbreitet. Die Überlieferung des Schreibens im Bestand des Volkspolizei-Kreisamtes Haldensleben ist damit zu begründen, dass die BDVP Magdeburg unter anderem die dortige Polizeistelle kontaktierte. In dem Schreiben der BDVP Magdeburg wird die Bezeichnung „extremistische[r] Gruppen und Einzelpersonen“ verwendet, was darauf schließen lässt, dass es sich um Übergriffe von Neonazis handelte. Der Verweis auf die „Wohnunterkünfte“ bezieht sich auf die zentralen Unterbringungsstätten der ausländischen Vertragsarbeiter. Das Dokument zeugt von der Zunahme rechter Gewalt in Ostdeutschland zu Beginn der 1990er Jahre.</p>

<p>Q 4b ●</p>	<p>Flugblatt zur deutschen Einheit aus den Jahren 1989/90</p>	<p>Landesarchiv Sachsen-Anhalt, Slg. 8 Plakatsammlung, Nr. P4-93.</p>	<p>Das Flugblatt eines unbekanntenen Urhebers aus dem Zeitraum 1989/90 thematisiert den Prozess zur deutschen Vereinigung. Auf dem Flugblatt ist ein Gleis mitsamt Bahnschwellen abgebildet, das von oben und unten eingerahmt ist von den Fragen „Schneller Zug zu Deutschlands Einheit?“ sowie „Bleibt nicht mancher auf der Strecke?“. Auf den einzelnen Bahnschwellen stehen gesellschaftliche Gruppen geschrieben wie beispielsweise „Rentner“, „Behinderte“ und „Kinderreiche“. Das Flugblatt ist vor dem Hintergrund des raschen Prozesses hin zur deutschen Einheit einzuordnen. Die Vorbereitungen zur deutschen Einheit wurden zwar von großen Teilen der ostdeutschen Bevölkerung euphorisch begleitet, jedoch kamen zugleich Unsicherheiten zu den Folgen der Vereinigung auf. So wurde unter anderem befürchtet, dass gesellschaftliche Randgruppen im Zuge einer schnellen Vereinigung benachteiligt würden. Die deutsche Einheit wurde schließlich mit der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion, die zum 1. Juli 1990 in Kraft trat, in die Wege geleitet. Der Beschluss bedeutete die Eingliederung der DDR in das Wirtschafts- und Sozialsystem der Bundesrepublik. Infolge der abrupten Öffnung der DDR-Wirtschaft mussten sich die meist maroden und unproduktiven Betriebe nun plötzlich der westdeutschen und ausländischen Konkurrenz stellen. Mit der Währungsunion wurde die D-Mark zudem zum einzigen Zahlungsmittel in der DDR. Die laufenden Posten wie beispielsweise Renten und geringe Guthaben (bei Erwachsenen 4.000 DDR-Mark) wurden im Verhältnis 1:1 umgetauscht. Im Fall von höheren Guthaben wurde zum Kurs 2:1 gewechselt. Der wirtschaftliche Umbruch, der sich über die folgenden Jahre fortsetzte, bedeutete für einen beträchtlichen Teil der ostdeutschen Bevölkerung den Verlust der Arbeit: Der Anteil der Erwerbslosen in Ostdeutschland stieg bis 1993 auf 15,4 Prozent.</p>
<p>Q 4c ● ● ●</p>	<p>Protokoll der Gründungssitzung des Runden Tisches Sachsen-Anhalt vom März 1990</p>	<p>Landesarchiv Sachsen-Anhalt, P 563 Freie Deutsche Jugend (FDJ), Bezirksleitung Halle, Nr. 700, Bl. 86-87.</p>	<p>Das Protokoll zur konstituierenden Sitzung des Runden Tisches Sachsen-Anhalt am 28. März 1990 dokumentiert den Beginn der Bemühungen für eine Wiedereinrichtung des Landes Sachsen-Anhalt. Die Aufzeichnung vermittelt einen Einblick in das Vorgehen zur Vorbereitung des Landes Sachsen-Anhalt. Darüber hinaus lässt die Mitschrift deutlich den Anspruch der Stadt Dessau erkennen, sich von der seit 1952 währenden Zugehörigkeit zum Bezirk Halle zu lösen. Die Wiedereinführung des Landes Sachsen-Anhalt, die schon im März 1990 vor Ort debattiert wurde, rückte erst in den folgenden Wochen auf die Agenda der Volkskammer der DDR. Im Juli 1990 beschloss die Volkskammer das „Ländereinführungsgesetz“. Das Gesetz sah die Gründung von fünf neuen Bundesländern in Ostdeutschland vor: Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt. Die Überlieferung des Protokolls im Bestand der FDJ-Bezirksleitung Halle legt nahe, dass die FDJ an der Zusammenkunft des Runden Tisches Sachsen-Anhalt beteiligt war.</p>
<p>Q 4d ● ●</p>	<p>Telegramm des Oberbürgermeisters der Stadt Dessau zum anhaltenden Streit um den Sitz der künftigen Landeshauptstadt Sachsen-Anhalts vom September 1990</p>	<p>Landesarchiv Sachsen-Anhalt, M 501 Bezirkstag und Rat des Bezirkes Halle, 3. Ablieferung, Nr. 319, Bl. 168.</p>	<p>Das Telegramm des Oberbürgermeisters der Stadt Dessau vom 7. September 1990 richtete sich an verschiedene Behörden und an die Massenmedien mit dem Vorschlag, den anhaltenden Streit zwischen Halle und Magdeburg um die zukünftige Landeshauptstadt Sachsen-Anhalts zugunsten Dessaus zu beenden. Sowohl Halle als auch Magdeburg erhoben Anspruch auf den Sitz der Landeshauptstadt. Halle war bereits 1945 Hauptstadt der preußischen Provinz Sachsen (ab 1947 Land Sachsen-Anhalt) bevor die Stadt – wie Magdeburg – 1952 Bezirkshauptstadt wurde. Dessau als drittgrößte Stadt im Land blieb in der Debatte weitestgehend außen vor. Da sich Halle und Magdeburg nicht auf eine Lösung verständigen konnten, wurde zwischen</p>

Quelle/ Niveau	Titel	Signatur	Hinweise zur Quelle
			dem 15. bis 30. August 1990 eine Abstimmung über den Sitz der Landeshauptstadt durchgeführt. An der Wahl nahmen die Mitglieder der Kreistage und Stadtverordnetenversammlungen teil. In der Abstimmung setzte sich Magdeburg mit 2.743 Stimmen gegen Halle mit 2.175 Stimmen durch (gewichtetes Stimmenergebnis). Ungeachtet des Ausgangs dieser Wahl blieb die Entscheidung über den Sitz der Landeshauptstadt zunächst offen. Das Abstimmungsergebnis, das nicht rechtsgültig war, wurde dem ersten Landtag des Landes Sachsen-Anhalt als Empfehlung für die endgültige Entscheidung übergeben. Der Landtag, der sich am 28. Oktober 1990 zur konstituierenden Sitzung in Dessau zusammenfand, bestimmte schließlich Magdeburg zur neuen Landeshauptstadt von Sachsen-Anhalt. Im ersten Wahlgang hatte neben Magdeburg und Halle zudem Dessau kandidiert. Im folgenden Wahlgang entschieden sich die Mitglieder des Landtags mit 57 von 106 Stimmen für Magdeburg.
Q 4e 	Grafik zur Beschäftigungsentwicklung der Leuna-Werke AG und am Standort Leuna vom September 1993	Landesarchiv Sachsen-Anhalt, I 525 Leuna-Werke, Nr. 30411, nicht paginiert.	Die Grafik der Leuna-Werke AG vom September 1993 dokumentiert die Personalsituation des Unternehmens sowie die Möglichkeiten zur Beschäftigung am Standort Leuna. Zu DDR-Zeiten waren die Leuna-Werke landesweit der größte Chemiebetrieb: 1989/90 arbeiteten hier ca. 27.000 Beschäftigte. Mit dem wirtschaftlichen Umbruch zu Beginn der 1990er Jahre wurde die Mehrzahl der Arbeitsplätze abgebaut, sodass schließlich nur noch wenig Tausend Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter übrigblieben. Die schwarze Linie in der Grafik veranschaulicht den massiven Stellenabbau zwischen Januar 1990 und Januar 1994. Die rote Linie illustriert die Entwicklung des Beschäftigungspotentials am Standort Leuna. Hierunter fallen neben den verbliebenen Arbeitsplätzen der Leuna-Werke AG Stellen, die aus Privatisierungen, Neuansiedlungen und der Leuna-Sanierungsgesellschaft entstanden sind. Im Fall der Privatisierungen handelt es sich um frühere Betriebsteile der Leuna-Werke, die nunmehr privatwirtschaftlich geführt wurden.
Q 4f 	Fotografien zum Protest von Beschäftigten der Chemieindustrie gegen Betriebsschließungen und Stellenabbau aus den frühen 1990er Jahre	LASA, I 525 Leuna-Werke, FS Nr. FNc 91/174/1a; LASA, I 525 Leuna-Werke, FS Nr. FN 92/10/3; LASA, I 525 Leuna-Werke, FS Nr. FN 93/232/51.	Die Fotografien zeigen Demonstrationen von Beschäftigten der Chemieindustrie, insbesondere der Leuna-Werke, gegen die Stilllegung von Betrieben und den Abbau von Arbeitsplätzen in den frühen 1990er Jahren. Das Bild 1 dokumentiert eine Großkundgebung der Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik (IG CPK) vor den Leuna-Werken am 19. März 1991. Die abgebildeten Transparente tragen beispielsweise die Losungen: „Stirbt die Chemie / verarmt die Region“, „Rettet / Buna & Leuna“, „Nicht Massen- / arbeitslosigkeit finanzieren / sondern / Arbeitsplätze / erhalten“, „Helmut Kohl! / Steh zu Deinem Wort“. Auf dem Bild 2 ist eine Kundgebung von Beschäftigten der chemischen Industrie und der IG CPK am 18. Januar 1992 in Halle am Steintor abgebildet. Die Demonstrantinnen und Demonstranten führen ein Banner mit, auf dem beziehungsweise auf die Leuna-Werke steht: „Das Filetstück habt ihr / nehmt nun auch die Knochen“. Mit diesem Schriftzug war der Vorwurf verbunden, dass die Bemühungen zur Rettung der Leuna-Werke nur ausgewählte Betriebsteile betrafen, während die übrigen Bereiche stillgelegt wurden. Das Bild 3 zeigt den Protest von Beschäftigten der Leuna-Werke zur Schließung des „Crackers“, einer Anlage zur Rohstoffproduktion, am 22. September 1993. Auf den Transparenten und Schildern steht u. a.: „Leuna-Cracker zu! / Nein, Treuhand, Buh“, „Treuhand / Totengräber der Ostindustrie“, „Der Cracker ist / unsere Existenz“, „Wir sind zwischen / 40 und 50 / was machen wir künftig?“, „Leuna ist nicht nur die Raffinerie / es ist auch / der Cracker und die Rest-

			<p>Chemie“, „Keine Torschlusspanik / Treuhand! Erst denken! / Unser Cracker hat Zukunft!“. Die Treuhandanstalt erklärte im Herbst 1993, dass die „Cracker“-Anlage der Leuna-Werke zu Mitte 1994 stillgelegt werde. Für die Beschäftigten, welche die Notwendigkeit des Erhalts der Anlage u. a. mit der Versorgung der weiteren Industriebereiche in Leuna mit Rohstoffen begründet hatten, bedeutete dies den Verlust der Arbeitsplätze. Der Treuhandanstalt wurde bei der Stilllegung der Anlage ein übereiltes Vorgehen vorgeworfen. Darüber hinaus beklagten die Beschäftigten, dass Prestigeprojekte, wie der Bau einer neuen Raffinerie (siehe Q 4g) forciert würden, während die Sicherung anderer Betriebsfelder aus dem Blick geriete. Die Fotografien sind Zeugnisse des Protests in Ostdeutschland zu Beginn der 1990er Jahre gegen die Schließung von Betrieben und Entlassungen. Die auf den Bannern dargestellten Losungen spiegeln die Stimmung der Beschäftigten wider. Im Fokus der Kritik stand die Treuhandanstalt, welche die Privatisierung und Stilllegung der ehemals staatlichen Betriebe verantwortete. Der Vergleich von Q 4f und Q 4c ermöglicht es, die unterschiedlichen Perspektiven auf die wirtschaftliche Entwicklung herauszuarbeiten. Bei der quellenkritischen Analyse sollte bedacht werden, dass Fotografien ebenso wie andere visuelle Darstellungen inszeniert sind.</p>
<p>Q 4c</p> <p>● ●</p>	<p>Titelblatt der Betriebszeitung „Leuna-Echo“ zum Baubeginn einer neuen Raffinerie am Standort Leuna vom Mai 1994</p>	<p>Landesarchiv Sachsen-Anhalt, I 525 Leuna-Werke, Nr. D 1350, nicht paginiert.</p>	<p>Das Titelblatt der offiziellen Betriebszeitung der Leuna-Werke GmbH, dem „Leuna-Echo“, vom 25. Mai 1994 behandelt den Beginn der Baumaßnahmen für die neue Erdölraffinerie. Die Zeitung wurde herausgegeben von der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit der Leuna-Werke. Es ist somit quellenkritisch zu beachten, dass das „Leuna-Echo“ keine reguläre Zeitung darstellte, sondern Bestandteil der Öffentlichkeitsarbeit des Unternehmens war. In diesem Sinne lesen sich die Artikel zur Situation der Leuna-Werke äußerst positiv. Das Titelblatt zum Baubeginn der neuen Raffinerie nimmt besonders die Beteiligung der Führungsriege aus Politik und Wirtschaft an den Feierlichkeiten in den Blick und lässt hierbei die weiterhin bedrückende Situation der Beschäftigten außen vor. 1994 betrug die Arbeitslosenquote in Sachsen-Anhalt 16,7 Prozent. Maßnahmen, wie der Bau der Erdölraffinerie am Standort Leuna sollten die Grundlage für den wirtschaftlichen Neubeginn legen und zugleich ein öffentlichkeitswirksames Signal des Aufbruchs setzen. Die positive Berichterstattung der Betriebszeitung steht beispielhaft für diese Bemühungen. Der Vergleich von Q 4f und Q 4g ermöglicht es, die unterschiedlichen Perspektiven auf die wirtschaftliche Entwicklung herauszuarbeiten.</p>

Außerschulische Lern- und Gedenkorte

Folgende Einrichtungen können als außerschulischer Lernort Themen des Bausteins vertiefen:

Gedenkstätte Moritzplatz

Gedenkstätte für die Opfer politischer
Gewaltherrschaft 1945-1989

Umfassungsstraße 76,
39124 Magdeburg

Zeitgeschichtliches Forum Leipzig

Grimmaische Str. 6,
04109 Leipzig

Gedenkstätte ROTER OCHSE

Am Kirchtor 20b,
06108 Halle (Saale)

BStU Außenstelle Magdeburg

Archivgut der Bezirksverwaltung
für Staatssicherheit

Georg-Kaiser-Straße 4,
39116 Magdeburg

Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn

Autobahn 2,
39365 Harbke

BStU Außenstelle Halle (Saale)

Archivgut der Bezirksverwaltung
für Staatssicherheit

Blücherstraße 2,
06122 Halle (Saale)

Weiterführende Projektideen

Das Landesarchiv Sachsen-Anhalt begrüßt Schulklassen aller weiterführenden Schulformen zur Projektarbeit und tiefergehenden Auseinandersetzung mit Originalquellen. Zur Vertiefung des Themenfelds „Wirtschaft und Arbeit“ bietet sich zur Quellenarbeit insbesondere die Überlieferung der Arbeiter- und Bauern-Inspektion auf Bezirks- und Kreisebene an. Die Bestände zur Arbeiter- und Bauern-Inspektion, die eine Vielzahl an Eingaben und Berichten zu Versorgungsmängeln enthalten, geben den Schülerinnen und Schülern einen alltagsweltlichen Zugang zur Krise der DDR-Wirtschaft. Die Archivalien bieten einen Einblick in den Mangel an Konsumgütern und den Umgang hiermit vonseiten der staatlichen Behörden, der Betriebe sowie der Bevölkerung. Mit

Blick auf die Alltagskultur in DDR geben die Quellen zudem Aufschluss über die Konsumbedürfnisse der DDR-Bevölkerung. Die umfangreiche Überlieferung zur DDR-Wirtschaft enthält Bestände zu einer Vielzahl an VEB in den früheren Bezirken Magdeburg und Halle. Die Wirtschaftsüberlieferung eröffnet gleichermaßen Perspektiven zum arbeitsweltlichen Alltag sowie den Mechanismen der Macht von Partei und Staat in den Betrieben. Die Bestände der Gewerkschaft auf Bezirks- und Kreisebene ergänzen die Auseinandersetzung zu Einflussmöglichkeiten im Betrieb um die gewerkschaftliche Ebene. Die vorhandenen Archivalien zu einzelnen VEB dokumentieren in Teilen zudem die Entwicklung der Betriebe während des wirtschaftlichen Wandels zu Beginn der 1990er Jahre.

Für eine Recherche in den Beständen
des Landesarchivs Sachsen-Anhalt besuchen
Sie die Archivdatenbank unter
www.landesarchiv.sachsen-anhalt.de

Weiterführende Literatur

- Jana Lehmann/Uta Thunemann/Christine Ulrich, Die DDR-Wirtschaftsüberlieferung in Magdeburg und Merseburg, in: Archive in Sachsen-Anhalt 2019, S. 24–27.
- Jürgen Dassler/János Stekovics, Leuna. Metamorphosen eines Chemiewerkes, Halle (Saale) 1997.
- Christian Möller, Umwelt und Herrschaft in der DDR. Politik, Protest und die Grenzen der Partizipation in der Diktatur, Göttingen 2020.
- Rainer Karlsch, Die Chemie muss stimmen. 1990-2000. Bilanz des Wandels, Berlin 2000.
- Rainer Karlsch, Leuna. 100 Jahre Chemie, Halle (Saale) 2016.
- Christina Schröder, Sozialismus und Versorgungsprobleme. Die Zunahme materieller Unzufriedenheit und das Ende der DDR, in: Hallische Beiträge zur Zeitgeschichte 10 (2001), S. 43-90.
- André Steiner, Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR, Berlin 2007.
- Thomas Reichel, „Sozialistisch arbeiten, lernen und leben“. Die Brigadebewegung in der DDR (1959–1989), Köln 2011.

Aufbau der sozialistischen Planwirtschaft

Die Wirtschaftsordnung der DDR folgte dem Modell der sozialistischen Planwirtschaft. Die sogenannte „Zentralverwaltungswirtschaft“ zielte darauf ab, dass alle wirtschaftlichen Abläufe von einer zentralen Stelle gelenkt werden. Die **Staatliche Plankommission (SPK)** entschied dabei über sämtliche wirtschaftliche Fragen. So wurde beispielsweise zentral bestimmt, welche Waren und Dienstleistungen benötigt und zu welchen Preisen diese angeboten werden. Der dahinterstehende Gedanke war, dass die Wirtschaft durch die Steuerung des Staates an Gerechtigkeit gewinne. Mit der zentralen Lenkung stellte die Regierung der DDR sicher, dass die Wirtschaft sich allein an ihren politischen Zielen orientierte. Der Einfluss von privaten Unternehmern, die eigene Interessen verfolgen, sollte so möglichst beschränkt werden. Eine Folge davon war, dass Betriebe und Geschäfte unter Zwang aus dem privaten Besitz in die Hand des Staates übergingen. Die relevanten Weichen hin zur Planwirtschaft der DDR wurden jedoch bereits in der unmittelbaren Nachkriegszeit und den folgenden Jahren bis zur Mitte der 1950er Jahren gestellt.



Staatliche Plankommission (SPK)

Die staatliche Plankommission lenkte als staatliches Organ des Ministerrates der DDR von der Gründung 1950 an die Volkswirtschaft der DDR. Zu ihren Aufgaben gehörte die Planung, Leitung und Kontrolle der Wirtschaft. Die Arbeit der staatlichen Plankommission basierte auf den wirtschaftlichen und politischen Vorgaben der SED.

„Junkerland in Bauernhand“

Bereits in den ersten Monaten der Besatzungszeit griff die Sowjetische Militäradministration (SMAD) in die Wirtschaftsordnung ein. Die Maßnahmen zielten anfangs vor allem auf die Enteignung von Industriebetrieben und landwirtschaftlichen Großgrundbesitzern. Die SMAD verfolgte dabei das Ziel, die früheren Unterstützer des nationalsozialistischen Regimes zu treffen. Doch die Enteignung ehemaliger „Naziaktivisten“ diente nicht allein der Ahndung von NS-Verbrechen. Die sowjetische Besatzungsmacht bezweckte mit dem Vorgehen gegen die vormaligen NS-Anhänger zugleich die Durchsetzung des kommunistischen Machtanspruchs. Zudem wurden in der Beschlagnahme von Unternehmen und landwirtschaftlichen Großbetrieben bereits die Umriss der späteren sozialistischen Wirtschaftsordnung deutlich: Die Enteignungen bildeten den Auftakt für das Ende des Privateigentums in der DDR. Ein wesentlicher Schritt hierbei war die **Bodenreform**, die in der Sowjetischen Besatzungszone ab dem September 1945 durchgeführt



Bodenreform

In der Propaganda, die die entschädigungslose Enteignung in der Landwirtschaft in der SBZ ab dem September 1945 begleitete, fand der Begriff der „Bodenreform“ Verwendung. Diese Bezeichnung steht somit nicht allein für die Änderung der Besitzverhältnisse am Boden. Die Bezeichnung der „Bodenreform“ ist zugleich ein politischer Begriff, der die Folgen des Landverlusts für die Enteigneten verharmloste.

wurde. Unter der Losung „Junkerland in Bauernhand“ wurden landwirtschaftliche Großbetriebe mit einer Fläche von mehr als 100 Hektar (entspricht etwa 140 Fußballfeldern) enteignet. Es handelte sich dabei unter anderem um frühere Rittergüter, deren Besitzer als „Junker“ bezeichnet wurden. Die Enteignung traf aber auch Landwirte von kleineren Betrieben, die als aktive NS-Angehörige galten oder sich an Kriegsverbrechen beteiligt hatten. Das enteignete Land wurde danach an Flüchtlinge und landlose Bauern sowie Landarbeiter verteilt. In der Provinz Sachsen, die in großen Teilen dem heutigen Land Sachsen-Anhalt entspricht, trat die Bodenreform am 3. September 1945 in Kraft  [1a](#). Die Provinz Sachsen setzte die Bodenreform als erstes um. Die übrigen Provinzen und Länder folgten in den Tagen darauf. Der „Demokratische Block“ der Provinz Sachsen hatte die Maßnahme wenige Tage zuvor mit den Stimmen aller vertretenen Parteien – KPD, SPD, CDU und LDPD – beschlossen. Allerdings stemmten sich die CDU und LDPD bis zum Schluss gegen das Vorgehen. Die CDU versuchte, die Enteignung grundsätzlich zu verhindern, die LDPD bemühte sich um eine Erhöhung der Freigrenze von 100 Hektar. Unter dem Druck der SMAD erklärten sich die CDU und LDPD jedoch schließlich zur Annahme der Bodenreform bereit. Mit der Bodenreform im Herbst 1945 war ein Grundstein für den weiteren Aufbau der Planwirtschaft gelegt: Die Enteignung brach den Einfluss der landwirtschaftlichen Großgrundbesitzer; das Land wurde anschließend nach der Vorstellung von SMAD und KPD überwiegend an Kleinbauern und sogenannte „Neubauern“ verteilt.

Feste Ziele für die gesamte Wirtschaft

Nach der Bodenreform in der Landwirtschaft und der Verstaatlichung der Industrie bemühten sich die sowjetische Besatzungsmacht und die SED zunehmend um die zentrale Lenkung der Wirtschaft. Für die Jahre 1949/50 entwarf die SED erstmals einen Plan, der große Teile der Wirtschaft regelte. Im Sommer 1950 stellte die Staatspartei schließlich einen Plan für die nächsten fünf Jahre auf: den „Fünfjahresplan“. Die Vorgaben des „Fünfjahresplanes“ zielten insbesonde-

re auf den Ausbau der Schwerindustrie, die um 50 Prozent wachsen sollte. Die Voraussetzung hierfür war eine ausreichende Versorgung mit Roheisen. Um dies sicherzustellen, umfasste der erste „Fünfjahresplan“ die Errichtung mehrerer Eisenwerke in der DDR. In diesem Sinne wurde 1950 damit begonnen in Calbe (Saale) das Eisenwerk West zu bauen (Q 1b). Die Ortswahl folgte aus der Nähe zu den Eisenlagerstätten im Harzvorland. Das neu geschaffene Eisenwerk nahm im Oktober 1951 den Betrieb auf und produzierte ab da an Roheisen (Q 1c).

Die Kollektivierung der Landwirtschaft

Der Wandel in der Landwirtschaft, der mit der Bodenreform im Herbst 1945 eingeleitet worden war, wurde 1952 fortgesetzt. Die SED beschloss im Juli 1952 den schnellen „Aufbau des Sozialismus“. Das Programm sah neben der Verstaatlichung weiterer Betriebe die „Kollektivierung“ – das heißt die Zusammenlegung – von bislang privat geführten Bauernhöfen vor. In die-

sem Zuge wurden „Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften“ (LPG) gegründet, die mehrere kleinere Betriebe bündelten. Die „Kollektivierung“ erfolgte zunächst freiwillig durch Anreize wie wirtschaftliche Vergünstigungen. Der überwiegende Teil der Bauern lehnte eine Aufgabe der eigenen Bauernhöfe jedoch ab. Ab dem Herbst 1952 steigerte die SED den Druck auf die Bauernschaft. Das Vorgehen richtete sich speziell gegen sogenannte Großbauern, die mehr als 20 Hektar besaßen. Mit der Erhöhung der Abgabepflichten und weiteren Beschränkungen versuchte das Regime, die Bauern in die LPG zu drängen. Das SED-Politbüro beschloss am 19. Februar 1953, dass Landwirte bei Zuwiderhandlungen gegen die staatlichen Bestimmungen enteignet werden können. In den folgenden Monaten wurden zahlreiche Bauern unter dem Vorwurf von Ablieferungsschulden festgenommen und ihr Besitz beschlagnahmt (Q 1d). Die „Kollektivierung“ konnte jedoch das Problem der mangelnden Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln nicht lösen.



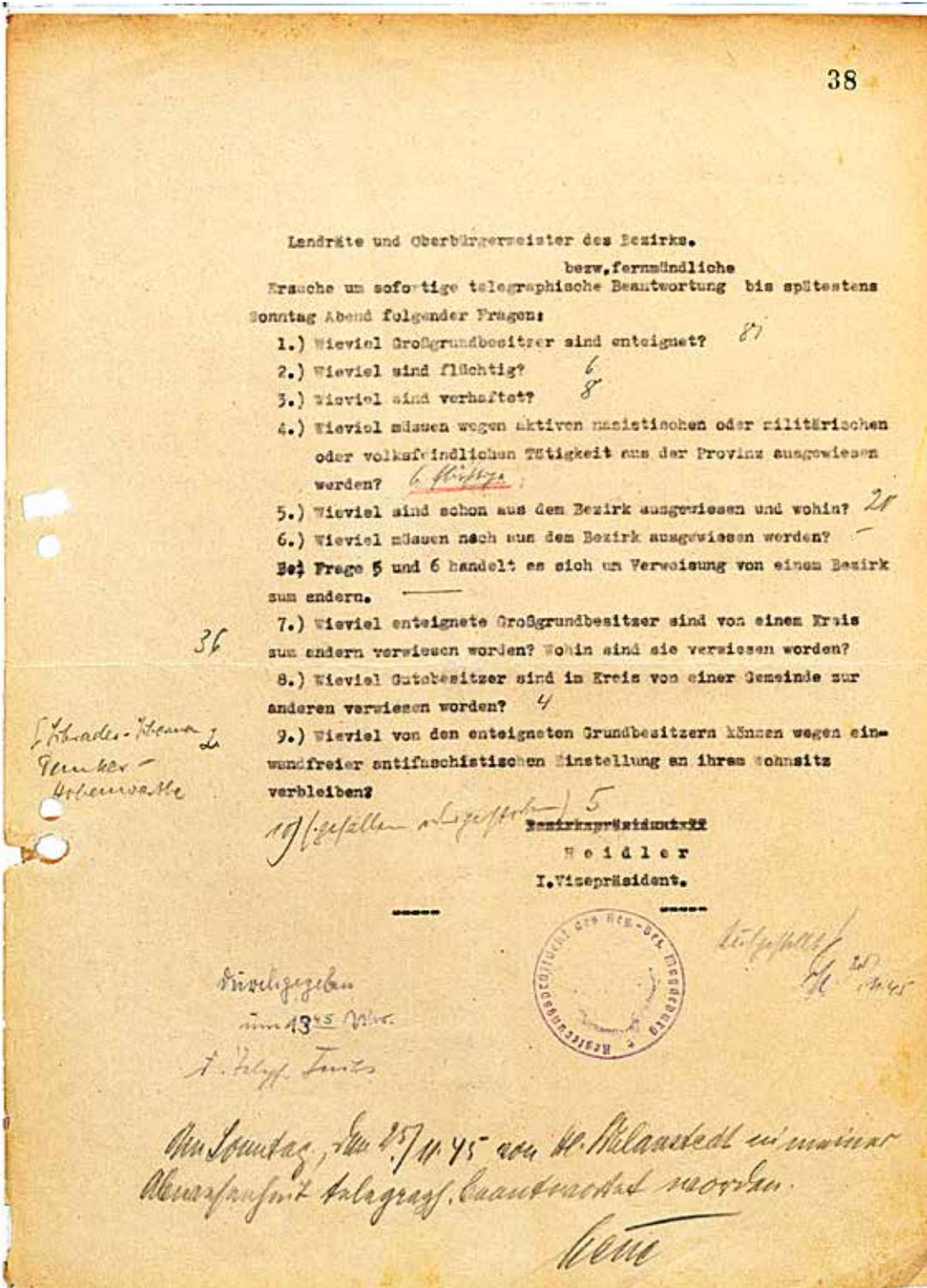
Aufgestelltes Wahlplakat mit der Losung „Unser Fünfjahresplan wird erfüllt“ zur Volkskammerwahl vom 15. Oktober 1950 (18. Oktober 1950), LASA, I 525 Leuna-Werke, FS Nr. P 70026.

Q 1a: Anfrage der Bezirksverwaltung Magdeburg zum Stand der Durchführung der Bodenreform im Kreis Burg vom Herbst 1945



Die vorliegende Anfrage des 1. Vizepräsidenten der Bezirksverwaltung, Georg Heidler, zum Stand der Enteignung der Großgrundbesitzer im Rahmen der Bodenreform wurde als allgemeine Anfrage an die Landräte und Oberbürgermeister des Bezirks verbreitet.

Die handschriftlichen Kommentare auf dem Schreiben stammen von Vertretern des Kreises Burg. Am unteren Seitenrand ist notiert: „durchgegeben um 13.45 Uhr“. Darunter wurde von anderer Hand vermerkt: „Am Sonntag, den 25.11.45 von H[errn] Schlanstedt in meiner Abwesenheit telegraph[isch] beantwortet worden.“



Wirtschaft und Arbeit in der DDR

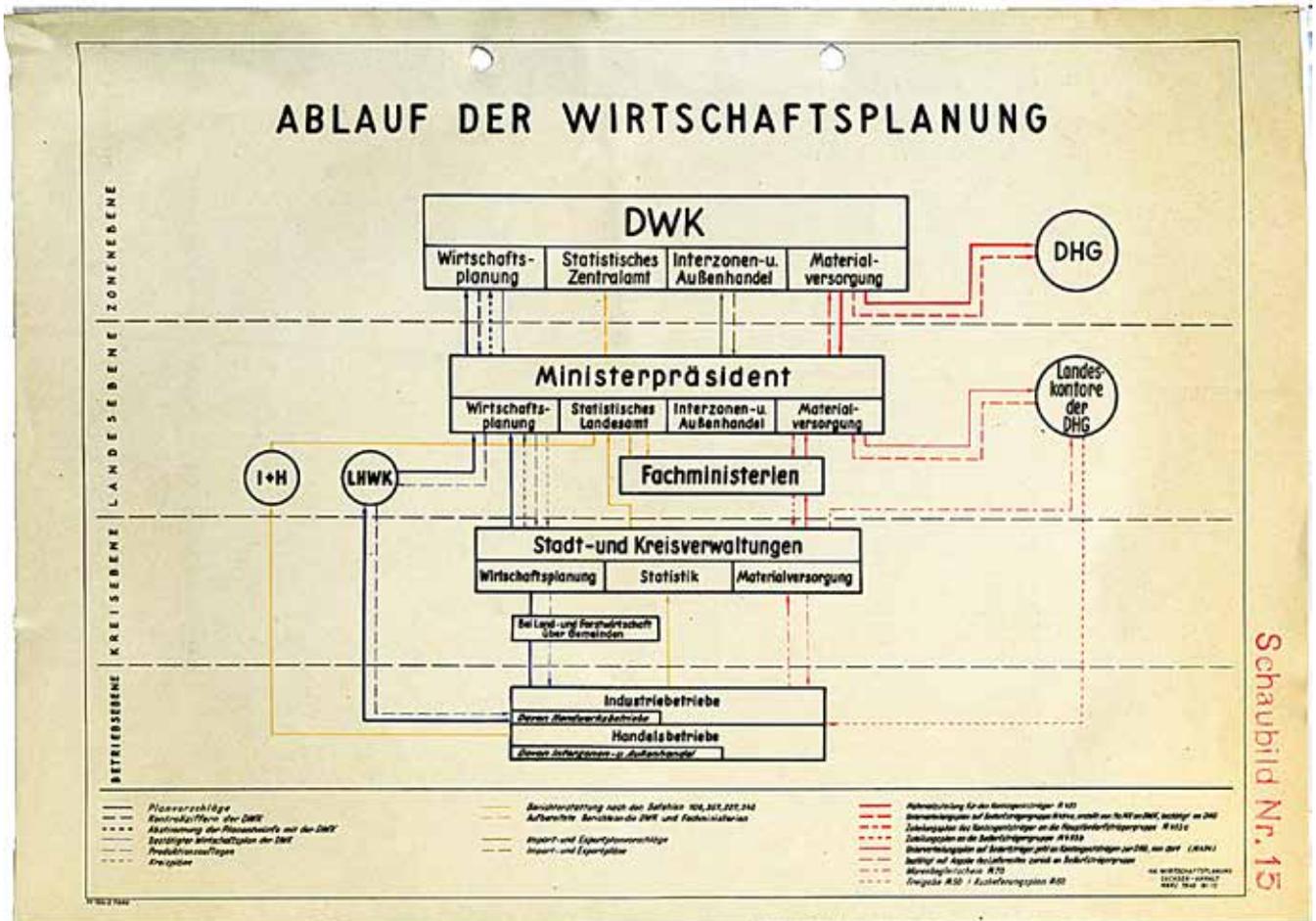
Q 1b: Schaubild des Ministeriums für Wirtschaft und Verkehr zum Ablauf der Wirtschaftsplanung in Sachsen-Anhalt vom März 1949



Die vorliegende Grafik des Ministeriums für Wirtschaft und Verkehr vom März 1949 veranschaulicht den Ablauf der Wirtschaftsplanung.



Aufschlüsselung der Kurzbezeichnungen: „DWK“ (Deutsche Wirtschaftskommission, Verwaltungsinstitution in der Sowjetischen Besatzungszone mit regierungsähnlicher Funktion), „DHG“ (Deutsche Handelsgesellschaft), „I+H“ (Industrie- und Handelskammer), „LHWK“ (Landeshandwerkskammer).



Landesarchiv Sachsen-Anhalt, K 6 Ministerium für Wirtschaft und Verkehr, Nr. 11448.

Aufbau der sozialistischen Planwirtschaft

Q 1c: Bericht zum Stand der Arbeiten bei der Errichtung der Eisenwerke West Calbe (Saale) vom September 1951



Der vorliegende Bericht des Sonderbeauftragten der Landesregierung vom 17. September 1951 zum Arbeitsstand bei der Errichtung der Eisenwerke West Calbe (Saale) richtete sich an das Ministerium für Wirtschaft und Verkehr.

In der frühen DDR war „Fritz Selbmann“ Minister für Industrie. Aufschlüsselung der Kurzbezeichnungen: „N-Ofen“ (Niederschachtofen, Schmelzofen mit geringer Höhe), „ZK“ (Zentralkomitee), „H.V. Metallurgie“ (Hauptverwaltung Metallurgie, Metallurgie bezeichnet die Gewinnung und Verarbeitung von Metallen), „ZKB“ (Zentrales Konstruktionsbüro), „H.A. Arbeit“ (Hauptabteilung Arbeit), „VVB Verkehr Halle“ (Vereinigung Volkseigener Betriebe Verkehr Halle).

39

Wolny
Sonderbeauftragter
der Landesregierung

Halle, den 17.9. 1951

S i t u a t i o n s b e r i c h t =====

Stand der Aufbauarbeiten und der Termine

Die im letzten Bericht aufgezeigten und vorverlegten ^{Termine} für die Inbetriebnahme des 1. und 2. N-Ofens wurden auf Veranlassung der H.V. Metallurgie festgelegt. Der Termin für das Anblasen des 1. Ofens ist der 20.9. 1951

Am 12.9. 1951 war Minister Selbmann in Calbe und hat sich über den Stand der Arbeiten informiert.

Durch einen nochmaligen Besuch (vor dem Termin 1. Oktober) am 21.9. 1951 will sich Minister Selbmann eine Übersicht verschaffen um den Abstich des 1. Ofens zum Termin 1. 10. 1951 zu bestätigen.

Der Grund, warum Minister Selbmann sich nach einer nochmaligen Besichtigung am 21.9. den endgültigen Abstich vorbehält, liegt in der Vorbereitung von provokatorischen Mitteilungen der westlichen Zeitungen über die Hüttenkombinate West und Ost.

Ofen 1 soll mit dem ersten Abstich durchlaufen und darf nicht mehr wegen etwa noch auszuführenden Arbeiten abgestoppt werden.

Der Termin der Fertigstellung und des Anblasens des 2. Ofens ist auf den 15.11. 1951 verlegt.

Der Termin für den Abstich des Ofens 2 ist der 1. 12. 1951

Schwerpunkt ist Fertigstellung der Montagearbeiten zur Inbetriebnahme des Ofens 1.

Die Arbeiten am Ofen 1 haben sich durch die Konzentration mehrerer Montagefirmen auf engstem Raum um den Ofen derartig zugespitzt, dass durch gegenseitige Behinderung in der Arbeit sowie die dadurch entstandenen Unfälle eine zügige Fortführung der Arbeit infrage gestellt ist.

So wurde in den letzten Tagen von der Firma Kresse die Arbeit unterhalb des Silos eingestellt weil durch die oberhalb des Silos arbeitenden Leute der Bau-Union Balken und sonstige Geräte herunterfielen und Monteure der o.a. Firma verletzten. Weiter brach ein Mast für Montagezwecke von der Firma Stahlbau Calbe und fiel als wertvolles Hilfsgerät für die Montage der Binder für die Gießhalle aus.

Bei diesen Terminen darf nicht eine Stunde oder ein Tag mehr verloren gehen.



So wurde auf Veranlassung des ZK von der Landesleitung der SED eine Parteiaktivkonferenz am 14.9. 1951 in Calbe einggerufen. Zu der Parteiaktivkonferenz wurden alle verantwortlichen Funktionäre der Parteiorganisation von allen Firmen die auf der Baustelle arbeiten einberufen. Auf der Parteiaktivkonferenz wurde durch Annahme einer Entschliessung die verantwortlichen Funktionäre durch konkrete Aufträge verpflichtet, die noch bestehenden Schwerpunkte die den Termin gefährden, durch vorbildliche Zusammenarbeit mit allen Genossen und Kollegen der Baustelle mit Überwinden zu helfen.

-2-

Landesarchiv Sachsen-Anhalt, K 6 Ministerium für Wirtschaft und Verkehr, Nr. 1956, Bl. 39.

Es wurde gleich festgelegt, dass da wo die Termine weniger drängten, Geräte und Hilfswerzeuge unter den einzelnen Firmen ausgetauscht werden, um sie an den Brennpunkten einzusetzen.

Der endgültige Termin für den Abstich des Ofens 1 wird Minister Selbmann erst am 21.9. 1951 entscheiden. Zugleich wird der Termin an der Feierlichkeit, an der die ganze Stadt Calbe teilnehmen soll, davon abhängen. (siehe Anlage)

Ofen 2

Da der Termin für den Ofen 2 vorverlegt ist, müssen auch hier alle Vorbereitungen getroffen werden, um diesen Termin einzuhalten. Da sich die Bau-Union sowie Stahlbau Elbe im Hinblick auf den sehr knappen Termin beschwert hatten, dass noch keine Zeichnungsunterlagen vorhanden sind und sie dieserhalb keine Materialbestellungen aufgeben können wurde in der Bauleitungssitzung beschlossen, die H.V. Metallurgie besonders auf diesen Umstand hinzuweisen und das ZKB zu beauftragen, schnellstens verbindliche Angaben über die Ausführung des Ofens 2 fertigzustellen, da sonst der Termin für Ofen 2 stark gefährdet ist.

Arbeitskräftelenkung

Der Arbeitskräftebedarf der Bau-Union für den 1. Ofen ist soweit gedeckt.

Wo Tiefbauarbeiter bei Subunternehmer fehlen, werden sie von weniger Stellen der Bau-Union abgezogen und an den Schwerpunkten eingesetzt.

Auf der Baustelle arbeiten jetzt zä 100 Strafgefangene von der Strafanstalt Magdeburg.

Sie werden täglich in Omnibussen zur Baustelle befördert, bis die Baracken erstellt sind und sie dann fest stationiert werden.

Der Sofortbedarf der Eisenwerke für die Inbetriebnahme des 1. Ofens beträgt zä 47 Arbeitskräfte (Hüttenleute).

Die erwähnten Leute stellen z.Zt. den dringenden Bedarf vom Eisenwerk da.

Die H.A. Arbeit ist verständigt und hat den Arbeitsämtern in den Kreisen Schönebeck, Bernburg und Magdeburg entsprechende Auflagen erteilt.

Mit der alten Anforderung der Bau-Union sowie mit der neuen Anforderung vom 12.9. 1951 für den Planbedarf beläuft sich der Bedarf der Bau-Union an Arbeitskräfte auf 30 Maurer und 220 Tiefbau- und Gleisbauarbeiter insgesamt 250 Kräfte.

Die Anforderung der Eisenwerke beläuft sich nach einer teilweisen Abdeckung noch auf 96 Fachkräfte (Planbedarf)

Somit besteht z. Zt. noch insgesamt für die Bau-Union sowie für die Eisenwerke ein Arbeitskräftebedarf von zä 346 Mann.

Wohnrauplege

Durch den Bau der Holzhäuser je 2 auf dem Werksgelände und 2

ausserhalb des Werksgeländes, hat sich die Unterkunftsöglichkeit für die Arbeitskräfte und Spezialisten wesentlich gebessert. Die Sportschule in Calbe ist 100%ig belegt. Weiter werden noch von der Kreiswohnungskommission möblierte Zimmer ermittelt. Z.Zt. können noch alle eintreffenden Spezialisten untergebracht werden. (siehe Anlage über noch vorhandene möblierte Zimmer).

Arbeiterberufsverkehr

Der vom Sonderbeauftragten angeforderte Einsatzleiter vom VVB-Verkehr Halle, hat seinen ständigen Wohnsitz in Calbe. Durch seine Anwesenheit in Calbe kann sich der Einsatzleiter

-3-

Landesarchiv Sachsen-Anhalt, K 6 Ministerium für Wirtschaft und Verkehr, Nr. 1956, Bl. 39 (RS).

-3-

40

sofort operativ einschalten, um die jeweils auftretenden Schwierigkeiten bei den Kraftomnibussbesitzern durch anderweitige Gestellung von Reservefahrzeugen beheben. Für den am letzten Sonntag, den 16.9. 1951 stattgefundenen freiwilligen Sondereinsatz in den Eisenwerken, wurden von der Reichsbahn~~direktion~~ Magdeburg in Verbindung mit dem Eisenwerk Sonderzüge aus Richtung Magdeburg sowie Bernburg und Köthen gestellt. Der Einsatz betrug za 2 000 Personen.

Wolny
(Wolny)
Sonderbeauftragter

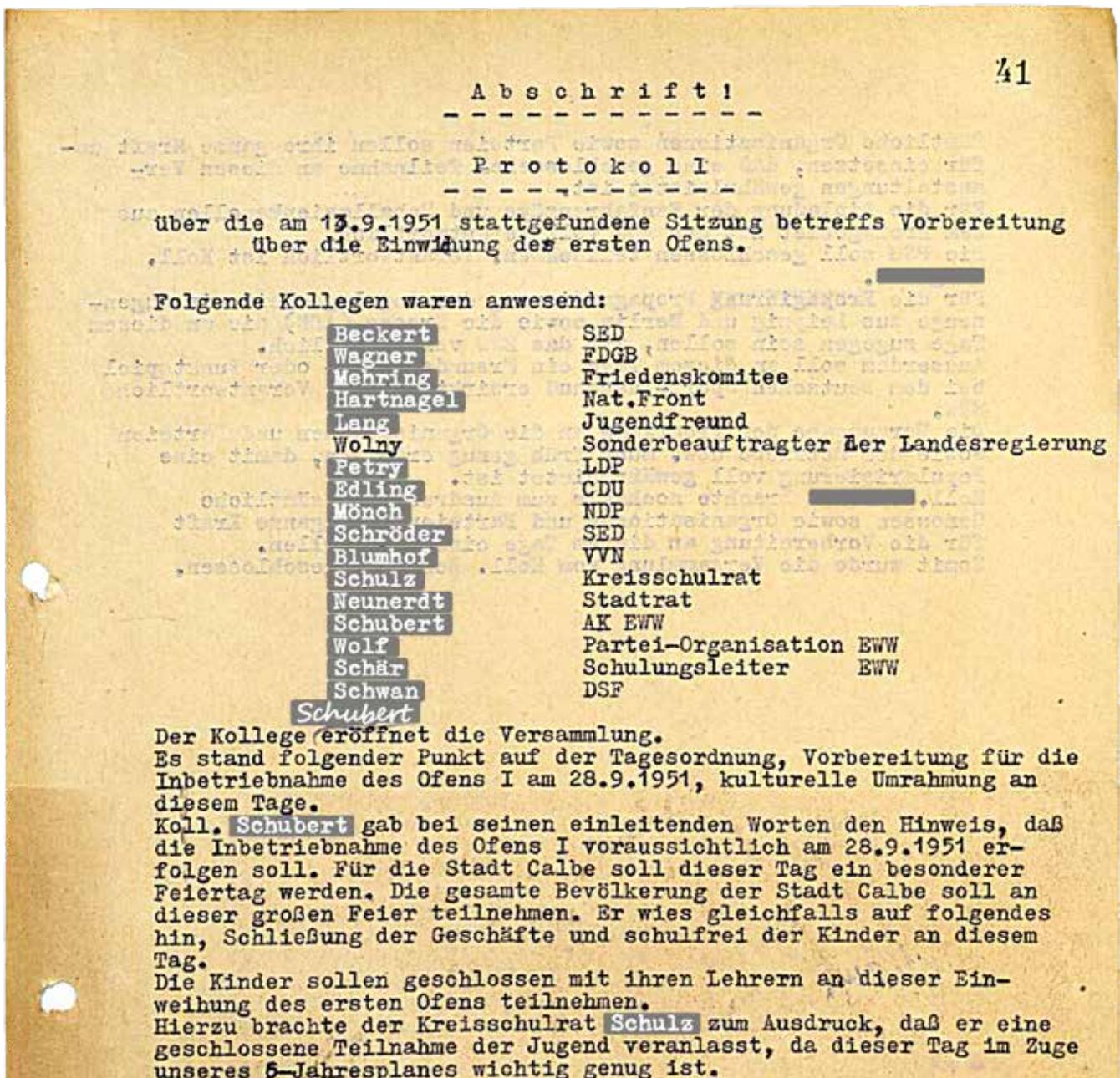
Landesarchiv Sachsen-Anhalt, K 6 Ministerium für Wirtschaft und Verkehr, Nr. 1956, Bl. 40.



Q 1d: Protokoll zur Vorbereitung der Feierlichkeiten anlässlich der Einweihung der Eisenwerke West Calbe (Saale) vom September 1951

Das als Abschrift vorliegende Protokoll dokumentiert ein am 13. September 1951 stattgefundenes Treffen zur Vorbereitung der Einweihungsfeier des ersten Ofens der Eisenwerke West Calbe (Saale).

Der „Fünfjahresplan“, der die wirtschaftlichen Ziele für die folgenden Jahre vorgab, konzentrierte sich zwischen 1951 und 1955 besonders auf den Ausbau der Schwerindustrie. Die Eisenwerke West Calbe (Saale) sollten die Grundlage hierfür setzen. Als „Bestarbeiter und Aktivisten“ galten in der DDR Werktätige, die sich durch besondere Arbeitsleistungen hervortaten. Aufschlüsselung der Kurzbezeichnungen: „SED“ (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands), „FDGB“ (Freie Deutsche Gewerkschaftsbund), „Nat. Front“ (Nationale Front, Zusammenschluss von Parteien und Massenorganisationen in der DDR), „LDP“ (Liberal-Demokratische Partei Deutschlands), „CDU“ (Christlich-Demokratische Union Deutschlands), „NDP“ (National-Demokratische Partei Deutschlands), „VVN“ (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes), „EWW“ (Eisenwerke West), „DSF“ (Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, die DSF hatte zum Ziel, den Bürgerinnen und Bürgern der DDR Kenntnisse über die Kultur und Gesellschaft der Sowjetunion zu vermitteln), „Koll.“ (Kollege), „VEB“ (Volkseigener Betrieb), „BSG“ (Betriebssportgemeinschaft), „ADN“ (Allgemeine Deutsche Nachrichtendienst).





Das hierfür infrage kommende Programm soll am kommenden Freitag durchdiskutiert und festgelegt werden.
 Bei der Einweihung sollen aus jedem VEB Betrieb ^{Calbe} 3 Bestarbeiter und Aktivisten als Abgeordnete des Betriebes anwesend sein. Verantwortlich Koll. **Wagner**.
 Die betreffenden Abgeordneten erhalten eine besondere Einladung für diese Eröffnungsfeier. Für die Popularisierung dieser Vorbereitung zur Einweihung des Ofens I sollen die Lautsprecherwagen sowie der Stadtfunk eingesetzt werden.
 Koll. **Hartnagel** und **Schär** sind für den Fahنشmuck innerhalb der Stadt Calbe und zum Werksgelände und Barbyerstraße voll verantwortlich.
 An diesem Tage sollen Freilichtveranstaltungen stattfinden. Unter anderem wird das Kulturorchester unter Leitung des Kapellmeisters **Franz Pfeiffer** eingesetzt. Der Beginn dieser Veranstaltung ist auf 20 Uhr festgesetzt. Für diese Angelegenheit ist das EWW verantwortlich. Für die Angehörigen der Betriebe, die bei den Sondereinsätzen auf der Baustelle des EWW mit einer sehr guten Leistung in Erscheinung getreten sind, gehen besondere Einladungen zu.
 b.w.

Landesarchiv Sachsen-Anhalt, K 6 Ministerium für Wirtschaft und Verkehr, Nr. 1956, Bl. 41.

Sämtliche Organisationen sowie Parteien sollen ihre ganze Kraft dafür einsetzen, daß eine geschlossene Teilnahme an diesen Veranstaltungen gewährleistet ist.
 Für die Einladung der Fanfarenzüge und Schallmeienkapellen aus dem Kreisgebiet ist das EWW voll verantwortlich.
 Die BSG soll geschlossen teilnehmen. Verantwortlich ist Koll. **Schröder**.
 Für die ~~Propagierung~~ Propagandierung der Angelegenheit wie Augenzeuge aus Leipzig und Berlin sowie die Presse (ADN) die an diesem Tage zugegen sein sollen, ist das EWW verantwortlich.
 Ausserdem soll an diesem Tage ein Freundschafts- oder Punktspiel bei dem Deutschen Sport-Ausschuß erwirkt werden. Verantwortlich EWW.
 Die Herausgabe der Programme an die Organisationen und Parteien sowie der Betriebe usw. muss früh genug erfolgen, damit eine Popularisierung voll gewährleistet ist.
 Koll. **Schubert** brachte nochmals zum Ausdruck, daß sämtliche Genossen sowie Organisationen und Parteien ihre ganze Kraft für die Vorbereitung an diesem Tage einsetzen sollen.
 Somit wurde die Versammlung vom Koll. **Schubert** geschlossen.

Wirtschaft und Arbeit in der DDR

Landesarchiv Sachsen-Anhalt, K 6 Ministerium für Wirtschaft und Verkehr, Nr. 1956, Bl. 41 (RS).

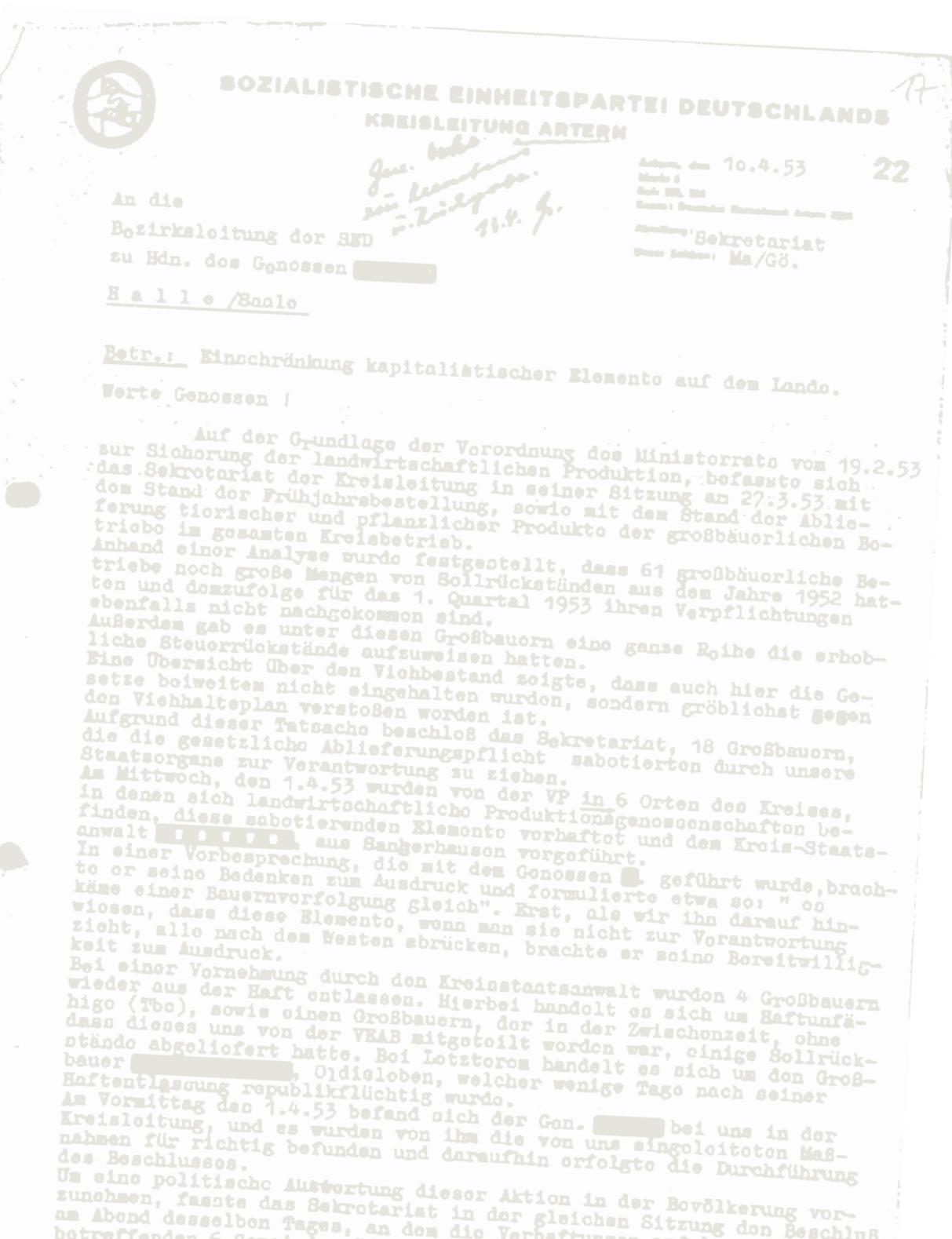
Q 1e: Bericht der SED-Kreisleitung Artern über die Verhaftung von Landwirten im Kreis vom April 1953



Die vorliegende Mitteilung der SED-Kreisleitung Artern vom 10. April 1953 zum Vorgehen gegen Landwirte richtete sich an die SED-Bezirksleitung Halle.

Die Verordnung des SED-Politbüros vom 19. Februar 1953 regelte, dass Landwirte bei Zuwiderhandlungen gegen die staatlichen Bestimmungen zur Bewirtschaftung enteignet werden können. Als „großbäuerliche Betriebe“ galten in der DDR ab Herbst 1952 Höfe mit Landflächen von mehr als 20 Hektar (entspricht etwa 28 Fußballfeldern). Aufschlüsselung der Kurzbezeichnungen: „VP“ (Volkspolizei), „Tbc“ (Tuberkulose, Infektionskrankheit), „VEAB“ (Volkseigener Erfassungs- und Aufkaufbetrieb), „LDPD“ (Liberal-Demokratische Partei Deutschlands), „NDPD“ (National-Demokratische Partei Deutschlands), „BPKK“ (Bezirksparteikontrollkommission).

Aufbau der sozialistischen Planwirtschaft





SOZIALISTISCHE EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS
KREISLEITUNG ARTERN

Artern, den 10.4.53 **22**
Markt 6
Ruf: 323, 204
Konto: Deutsche Notenbank Artern 8304
Abteilung: Sekretariat
Unser Zeichen: Ma/Gö.

An die
Bezirksleitung der SED
zu Hdn. des Genossen **Brandt**

H a l l e /Saale

Betr.: Einschränkung kapitalistischer Elemente auf dem Lande.

Werte Genossen !

Auf der Grundlage der Verordnung des Ministerrats vom 19.2.53 zur Sicherung der landwirtschaftlichen Produktion, befasste sich das Sekretariat der Kreisleitung in seiner Sitzung am 27.3.53 mit dem Stand der Frühjahrsbestellung, sowie mit dem Stand der Ablieferung tierischer und pflanzlicher Produkte der großbäuerlichen Betriebe im gesamten Kreisbetrieb. Anhand einer Analyse wurde festgestellt, dass 61 großbäuerliche Betriebe noch große Mengen von Sollrückständen aus dem Jahre 1952 hatten und demzufolge für das 1. Quartal 1953 ihren Verpflichtungen ebenfalls nicht nachgekommen sind. Außerdem gab es unter diesen Großbauern eine ganze Reihe die erhebliche Steuerrückstände aufzuweisen hatten. Eine Übersicht über den Viehbestand zeigte, dass auch hier die Gesetze bei weitem nicht eingehalten wurden, sondern größtenteils gegen den Viehhalteplan verstoßen worden ist. Aufgrund dieser Tatsache beschloß das Sekretariat, 18 Großbauern, die die gesetzliche Ablieferungspflicht sabotierten durch unsere Staatsorgane zur Verantwortung zu ziehen. Am Mittwoch, den 1.4.53 wurden von der VP in 6 Orten des Kreises, in denen sich landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften befinden, diese sabotierenden Elemente verhaftet und dem Kreis-Staatsanwalt **Schoch**, aus Sangerhausen vorgeführt. In einer Vorbesprechung, die mit dem Genossen **S.** geführt wurde, brachte er seine Bedenken zum Ausdruck und formulierte etwa so: "es käme einer Bauernverfolgung gleich". Erst, als wir ihm darauf hinwiesen, dass diese Elemente, wenn man sie nicht zur Verantwortung zieht, alle nach dem Westen abrücken, brachte er seine Bereitwilligkeit zum Ausdruck. Bei einer Vernehmung durch den Kreisstaatsanwalt wurden 4 Großbauern wieder aus der Haft entlassen. Hierbei handelt es sich um Haftunfähige (Tbc), sowie einen Großbauern, der in der Zwischenzeit, ohne dass dieses uns von der VEAB mitgeteilt worden war, einige Sollrückstände abgeliefert hatte. Bei Letzterem handelt es sich um den Großbauer **Hammerschmidt**, Odielben, welcher wenige Tage nach seiner Haftentlassung republikflüchtig wurde. Am Vormittag des 1.4.53 befand sich der Gen. **Bieth** bei uns in der Kreisleitung, und es wurden von ihm die von uns eingeleiteten Maßnahmen für richtig befunden und daraufhin erfolgte die Durchführung des Beschlusses. Um eine politische Auswertung dieser Aktion in der Bevölkerung vorzunehmen, fasste das Sekretariat in der gleichen Sitzung den Beschluß, am Abend desselben Tages, an dem die Verhaftungen erfolgten, in den betreffenden 6 Gemeinden öffentliche Einwohnerversammlungen durchzu-

Abgegr. von 10/4.53.

IV/211f - J. - 331/5000 2102/52 „Mansfelder Land“



führen. Das Thema dieser Versammlungen war: "Wie kämpft unser demokratischer Staatsapparat gegen die Saboteure unseres Volkswirtschaftsplanes."

Diese Versammlungen, die kurzfristig (etwa 3 - 4 Stunden) vor Stattfinden einberufen wurden, waren ein voller Erfolg. u.a. nahmen in der Gemeinde Oldisleben 350 und in Bad Frankenhausen über 100 Einwohner an dieser Versammlung teil. Als Referenten wurden Mitglieder des Rates des Kreises eingesetzt.

Nachdem, anhand der vorliegenden Unterlagen eine eingehende Begründung für die Massnahmen des Staatsapparates gegeben wurden, fand eine ausgiebige Diskussion statt, an der sich Industriearbeiter und werktätige Bauern sowie Genossenschaftsbauern beteiligten.

Der Arbeiter **Hans Wolters** aus Oldisleben sagte, : "Wir Kumpels erfüllen unseren Plan, dasselbe verlangen wir auch von den Großbauern, wenn sie das aber nicht tun, muss man sie bestrafen."

Der werktätige Bauer **Steffl**, aus Oldisleben erklärte: "So wie ich meine Pflicht als Neubauer erfülle, müssen es auch die Großbauern, sie müssen es sogar noch besser, denn sie sind Altbauern."

Die Genossenschaftsbäuerin **Ilse Johns** sagte, : " Ich habe meine Pflicht immer erfüllt und noch manchen werktätigen Bauern geholfen, darum ist es richtig, wenn die Großbauern bestraft werden. Von dem, was sie dem Staat schulden könnten viele Menschen ernährt werden."

Der Vorsitzende der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft Genosse **Willi Ott** aus Oldisleben führte aus: "Die Fläche der Genossenschaft ist genau so groß wie die der Großbauern in der Gemeinde, auch bei Zugkräften ist die gleiche Stückzahl vorhanden. Wir haben unsere Flächen bestellt, die Großbauern aber nicht. Wir erfüllen und übererfüllen unseren Plan und verlangen dasselbe auch von den Großbauern. Wenn sie das nicht wollen, muss man sie bestrafen."

In Bad Frankenhausen sprach sich das Mitglied der IDPD, **Günther Pichl** schärfstens gegen diese Saboteure unseres Volkswirtschaftsplanes aus und verlangte, dass sie mit aller Härte des Gesetzes zur Rechenschaft gezogen werden.

Der Ortsvorsitzende der NDPD in Bad Frankenhausen begrüßte es, dass endlich vom Staatsapparat Massnahmen ergriffen werden, um auch die Großbauern zur Einhaltung ihrer Verpflichtungen gegenüber dem Staat zu zwingen.

In weiteren Diskussionen wurde immer wieder die strengste Bestrafung von der Bevölkerung über diese Saboteure gefordert. Bei der Durchführung dieser Massnahmen haben wir uns nicht davon leiten lassen die Liquidierung der Großbauern vorzunehmen, sondern waren als Sekretariat der Auffassung, die Elemente zu treffen, die die Erfüllung unserer Pläne in jeder Beziehung ständig sabotiert haben. Bei näherer Betrachtung der Dinge jedoch und besonders nach einer Unterredung mit dem Genossen **Unger** von der BPKK haben wir erkannt, dass es zweckmäßiger gewesen wäre, nicht alle 18 Großbauern auf einmal zur Verantwortung zu ziehen, sondern Einzelbeispiele in bestimmten Gemeinden zu schaffen.

Bei der weiteren Einschränkung der Kapitalisten auf dem Dorfe werden wir stärker diese politischen Gesichtspunkte beachten.

Mit sozialistischem Gruß!

Kreisleitung der SED

A r t z z n

- Sekretariat -

Arbeiten im Volkseigenen Betrieb



Der Betrieb galt in der DDR nicht allein der Produktion von Gütern, sondern diente zugleich der Erziehung und Kontrolle der Gesellschaft. Ein großer Teil der DDR-Bevölkerung war in staatlichen Betrieben tätig und arbeitete damit unter dem Einfluss des Regimes. Der private Besitz an Unternehmen wurde in der Sowjetischen Besatzungszone und anschließend in der DDR zurückgedrängt. Mit den staatlichen Betrieben – den sogenannten **„Volkseigenen Betrieben“** (VEB) – stellte das Regime sicher, dass die Wirtschaft sich allein an seinen politischen Zielen orientierte. Die Verstaatlichung der Betriebe vollzog sich in mehreren Schritten: Nach 1945 wurden in der Sowjetischen Besatzungszone zunächst große Industriebetriebe enteignet, darauf folgte die Verstaatlichung von kleineren und mittleren Betrieben. Zum Beginn der 1970er Jahre mussten die noch verbliebenen privaten Klein- und Mittelunternehmen an den Staat abgegeben werden.



„Volkseigener Betrieb“

Die staatlichen Betriebe wurden als „Volkseigene Betriebe“ bezeichnet, da sie nach offizieller Lesart der Bevölkerung gehörten. Der Staat sollte in diesem Sinne die Betriebe lediglich stellvertretend für die Gesellschaft verwalten. Die Gesellschaft konnte jedoch tatsächlich kaum Einfluss nehmen auf die Entwicklung der „Volkseigenen Betriebe“. Die Leitung der Betriebe lag in der Hand von Partei und Staat. Für die sozialistische Planwirtschaft der DDR waren die „Volkseigenen Betriebe“ von zentraler Bedeutung. Ausgehend von den Planvorgaben für die gesamte Wirtschaft wurde den Betrieben wirtschaftliche Ziele zugewiesen, die sie zu erfüllen hatten. Die einzelnen Betriebe wurden in der „Vereinigung Volkseigener Betriebe“ und später in sogenannten „Kombinaten“ gebündelt, um die wirtschaftliche Steuerung zu verbessern.

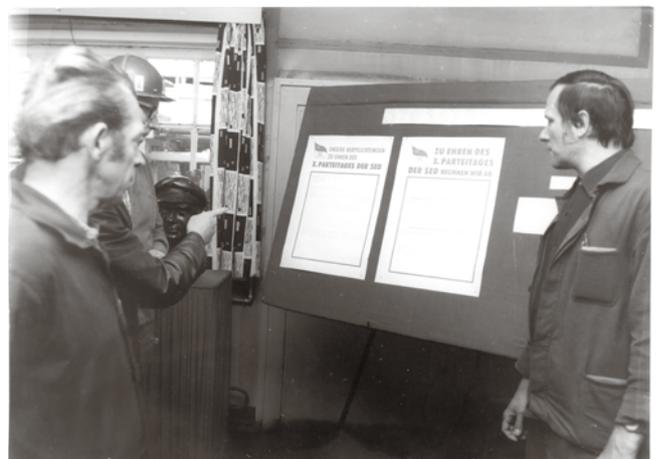
Arbeiten im Kollektiv

Die „Erziehung zur sozialistischen Persönlichkeit“, die in der Kindheit und Jugend begann, setzte sich in den Betrieben fort. Über die verschiedenen Lebensstationen hinweg sollte der einzelne Mensch so ein sozialistisches Bewusstsein ausbilden und sich in die Gemeinschaft einfügen. Die sozialistische Ideologie ging davon aus, dass der einzelne Mensch erst als Teil einer Gemeinschaft seine Persönlichkeit voll entfalten könnte. In diesem Sinne arbeiteten die Werktätigen in den Betrieben der DDR zu großen Teilen in sogenannten „Brigaden“ zusammen.

Bei der „Brigade“ handelte es sich um eine Gruppe von mehreren Beschäftigten, die die kleinste Einheit im Betrieb bildete. Nach der Vorstellung des Regimes sollten die „Brigaden“ einerseits die Produktivität stei-

gern und andererseits die einzelnen Beschäftigten im gemeinschaftlichen Arbeits- und Lebensalltag der Gruppe ideologisch erziehen. Die Losung der „Brigaden“ lautete: „sozialistisch arbeiten, lernen und leben“. Das SED-Regime verband mit den „Brigaden“ die Hoffnung, die Wirtschaftsleistung anstelle von Konkurrenz durch die gegenseitige Unterstützung und Zusammenarbeit zu erhöhen. Im Sinne der sozialistischen Ideologie gehörten die staatlichen Betriebe allen Werktätigen. Ausgehend hiervon sollten die Beschäftigten nicht miteinander konkurrieren, sondern im gemeinsamen Interesse um eine höhere Arbeitsleistung wetteifern. Dieser Wettstreit um eine Erhöhung der Produktivität wurde als „sozialistischer Wettbewerb“ bezeichnet. Die „Brigaden“ verpflichteten sich im Zuge dieses Wettbewerbs unter anderem zur Steigerung der Leistung und Verbesserung der Qualität. Als Ansporn für die „Brigade“ im „sozialistischen Wettbewerb“ dienten die Auszeichnung als „Kollektiv der sozialistischen Arbeit“ und Prämienzahlungen **Q2a**.

Abseits der staatlichen Vorgaben entwickelte sich die „Brigade“ in vielen Fällen für die Beschäftigten zu einem sozialen Ort: Die Mitglieder der „Brigaden“ teilten neben der Arbeit ihre Freizeit und knüpften freundschaftliche Beziehungen miteinander. Die Arbeitsgemeinschaften unterstützten sich oftmals in alltäglichen Aufgaben. Zur Dokumentation und Auswertung des Brigadelebens wurden die Aktivitäten der Gruppe im sogenannten „Brigadetagebuch“ festgehalten (**Q2b**). Obwohl sich in den „Brigaden“ im Zuge des gemeinsam geteilten Arbeits- und Lebensalltags oftmals tatsächlich soziale Netzwerke ausbildeten, blieben die politischen Vorgaben allgegenwärtig (**Q2c**). In diesem Zusammenhang galt selbst die Veranstaltung eines Kegelabends oder der Besuch bei einem erkrankten Kollegen als „gesellschaftliche Aktivität“,



Arbeiter des VEB Leuna-Werke, die vor einem Aushang zum X. Parteitag der SED stehen (1981), LASA, I 525 Leuna-Werke, FS Nr. P 122561-100.

die zuvor im jährlichen Plan der „Brigade“ festgelegt wurde. Gemeinschaftliche Unternehmungen wurde mit politischen Etiketten versehen und erfüllten somit zugleich die vorgegebenen Auflagen.

Die Gewerkschaft als verlängerter Arm der SED

Das SED-Regime nahm auf verschiedenen Wegen Einfluss auf die Situation in den Betrieben. Neben den allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Vorgaben geschah dies unter anderem über die Betriebsparteiorganisation der SED (BPO). Die BPO hatte verschiedene Kontrollrechte im Betrieb und nahm auch Einfluss auf die wirtschaftliche Leitung des Betriebs. Darüber hinaus lenkte und kontrollierte die BPO die Gewerkschaft im Betrieb. Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB) war keine unabhängige Interessenvertretung der Beschäftigten. Die Einheitsgewerkschaft sollte vielmehr die Politik der SED in den Betrieben durchsetzen. Im Sinne der sozialistischen Ideologie brauchten die Beschäftigten in der DDR keine eigenständige Vertretung: Die verstaatlichten Betriebe galten als „Volkseigentum“, das lediglich stellvertretend für die Bevölkerung vom Staat verwaltet wird. Ausgehend davon, dass die Produktionsmittel – wie zum Beispiel Fabriken – den Werktätigen selbst gehörten, wurde erklärt, dass es keine Interessenkon-

flikte zwischen den Betrieben und den Beschäftigten geben könne. Statt die Interessen der Beschäftigten zu vertreten, sollte die Gewerkschaft die politischen und wirtschaftlichen Ziele der SED den Werktätigen vermitteln. Eine zentrale Aufgabe des FDGB bestand darin, die Beschäftigten zu höheren Arbeitsleistungen zu bewegen. Die sogenannte „Arbeitsmobilisierung“ zielte darauf, dass die Beschäftigten die gesteckten wirtschaftlichen Vorgaben erreichten. Hierfür legte die Gewerkschaft ein besonderes Augenmerk auf eine hohe Arbeitsdisziplin und die Steigerung der Arbeitsproduktivität der Beschäftigten (**Q 2a**). Eine wesentliche Methode dafür war der „sozialistische Wettbewerb“, der vom FDGB organisiert wurde.

Kampfgruppen der Arbeiterklasse

Zur Kontrolle der Betriebe und zur Niederschlagung von Protesten der Bevölkerung bildete die SED im Herbst 1953 in Großbetrieben sogenannte „Kampfgruppen“. Der Ausgangspunkt für die Gründung der „Kampfgruppen der Arbeiterklasse“ waren die Erfahrungen des Aufstands vom 17. Juni 1953. Damals konnte der in den Betrieben begonnene Aufruhr nur mithilfe der sowjetischen Besatzungsmacht gestoppt werden. Nachdem die „Kampfgruppen“ anfangs für die Aufstandsbekämpfung im Landesinneren gegrün-



Versammlung im VEB Leuna-Werke zum 25. Jahrestag der DDR (1974), LASA, I 525, FS Nr. P 113908-108.

det worden waren, sollten sie später auch bei einem möglichen Angriff auf die DDR eingesetzt werden. Die „Kampfgruppen“ setzten sich überwiegend aus männlichen Betriebsangehörigen zusammen, die entweder SED-Mitglieder oder „zuverlässige“ Parteilose waren. Die SED auf Kreisebene war für die politische Anleitung der „Kampfgruppen“ vor Ort verantwortlich (Q 2e). Zur Vorbereitung auf mögliche Einsätze wurden die „Kampfgruppen“ militärisch ausgebildet (Q 2f).

Frauen im Betrieb

Die Idee der sozialistischen Gesellschaft basierte auf der Gleichberechtigung von Mann und Frau. Die Beschäftigung von Frauen in den Betrieben wurde hierfür stark gefördert (Q 2g). Die Folge davon war, dass große Teile der Frauen in der DDR erwerbstätig waren. Die Berufstätigkeit sollte es Frauen ermöglichen, zum Lebensunterhalt beizutragen und damit die Grundlage für eine Gleichstellung zu erreichen. Die SED verband mit dem Einsatz von Frauen in der Arbeitswelt zugleich das Ziel, den ständigen Mangel an Arbeitskräften auszugleichen. Die Beteiligung von Frauen in der Schichtarbeit in der Industrie ermöglichte beispielsweise eine höhere Produktivität. Die Gleichberechtigung von Mann und Frau wurde im Alltag der DDR dem politischen Anspruch jedoch nicht gerecht (Q 2h). Berufstätige Frauen litten oftmals unter einer Mehrfachbelastung von Arbeit, gesellschaftlichen Aktivitäten sowie Haushalt und Familie. Darüber hinaus schlug sich der hohe Grad an weiblicher Erwerbstätigkeit nicht in der Besetzung von Leitungspositionen mit Frauen nieder.

Ausländische Arbeitskräfte

Der Mangel an Arbeitskräften führte in der DDR ab den 1960er Jahren zum Einsatz ausländischer Arbeitskräfte. Zu diesem Zweck schloss die DDR mit anderen sozialistischen Ländern, wie beispielsweise Polen, Ungarn, Algerien, Kuba, Mosambik und Vietnam, Abkommen. Bis zum Ende des Jahres 1989 ar-

beiteten 90.600 Vertragsarbeitskräfte in der DDR. Die sogenannten „**Vertragsarbeiter**“ kamen für einen Zeitraum von bis zu fünf Jahren in das Land. In der Propaganda der DDR wurde die Anwerbung der Arbeitsmigrantinnen und -migranten als Unterstützung



„Vertragsarbeiter“

Die ausländischen Arbeitskräfte, die im Zuge von Verträgen zwischen der DDR und anderen Ländern in die DDR entsendet wurden, werden heute allgemein als „Vertragsarbeiter“ bezeichnet. Der Begriff „Vertragsarbeiter“ bürgerte sich jedoch erst nach 1989/90 als Bezeichnung ein. In der DDR wurden die Arbeitsmigrantinnen und -migranten offiziell „ausländische Werk­tätige“ bzw. „ausländische Arbeitskräfte“ genannt.

für die sozialistischen „Bruderstaaten“ dargestellt, die der Ausbildung der Arbeitskräfte dienen sollte. Zugleich sollte der Aufenthalt in der DDR zur ideologischen Schulung der Arbeitskräfte beitragen (Q 2i). Die „Vertragsarbeiter“ sollten nach der Rückkehr in ihr Heimatland am wirtschaftlichen und politischen Aufbau mitwirken. In der Realität bekamen die ausländischen Arbeitskräfte jedoch oftmals vor allem einfache Aufgaben, die nicht der beruflichen Qualifizierung dienten. Es war vom Bildungsstand der Arbeitsmigrantinnen und -migranten abhängig, ob sie weiterbildende Tätigkeiten erhielten. Die ausländischen Arbeitskräfte in der DDR erlebten – anders als die Idee der „Völkerfreundschaft“ den Anschein erweckte – keine ausnahmslos willkommene Atmosphäre. Das Leben der „Vertragsarbeiter“ unterlag zahlreichen Regeln (Q 2j). Die Arbeitsmigrantinnen und -migranten waren in Wohnheimen zentral untergebracht. Im Fall, dass ein „Vertragsarbeiter“ der Arbeit fernblieb oder beispielsweise aufgrund von Krankheit arbeitsunfähig war, drohte der Verlust des Aufenthaltsrechts und die sofortige Rückreise in das Heimatland.

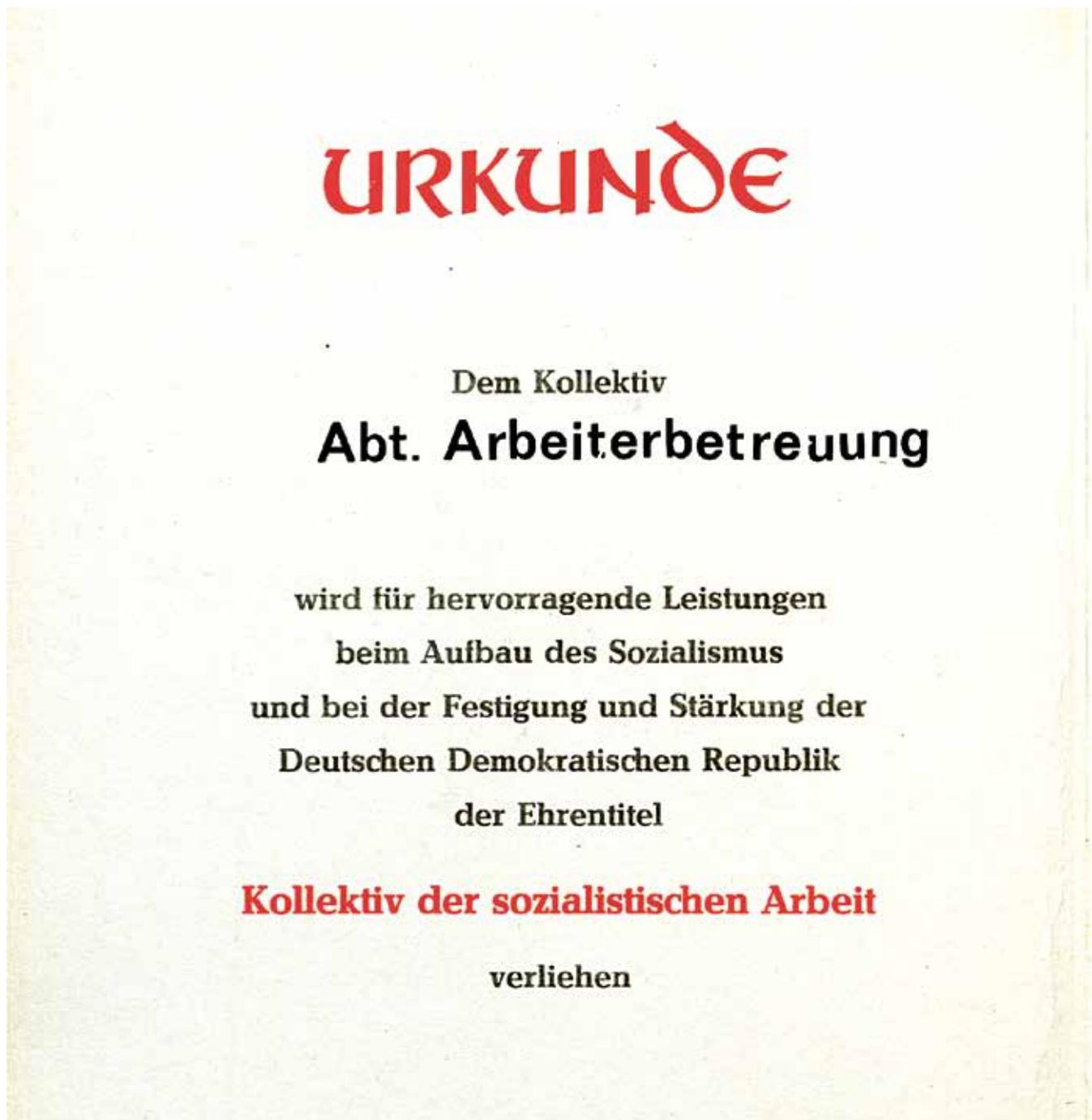
Q 2a: Urkunde zur Auszeichnung eines Kollektivs als „Kollektiv der sozialistischen Arbeit“ mitsamt Vermerk zum Umgang mit der Prämienzahlung vom Mai 1989



Die Urkunde zur Auszeichnung als „Kollektiv der sozialistischen Arbeit“ galt der Abteilung Arbeiterbetreuung des VEB Schuhfabrik „Banner des Friedens“ Weißenfels. Der beigelegte Vermerk vom 9. Mai 1989 regelte den Umgang mit der Prämienzahlung.



Die Auszeichnung „Kollektiv der sozialistischen Arbeit“ war eine Würdigung für Gruppen von Beschäftigten, welche die gestellten Leistungsanforderungen erfüllten. Neben dem Titel erhielten die ausgezeichneten Kollektive Prämienzahlungen, die unter den Mitgliedern der Gruppe verteilt wurden. Die Kollektive unterstützten im Rahmen der „Patenschaftsarbeit“ Schulklassen und Kindergartengruppen. Aufschlüsselung der Kurzbezeichnungen: „AGL“ (Abteilungsgewerkschaftsleitung, „Kolln.“ (Kollegin).



Landesarchiv Sachsen-Anhalt, I 595 VEB Kombinat Schuhe Weißenfels, Sammlungsgut Nr. 560, nicht paginiert.

Weißenfels, den 9. Mai 1989

Nach Beratung im Kollektiv der Gruppenleiter bzw. deren Vertreter, im Beisein des stellv. AGL-Vorsitzenden wird zur Verteilung der Mittel des "Kollektives der soz. Arbeit" folgendes festgelegt:

- die Kollegen **Bachowik** und **Herms** erhalten keinen Anteil wegen Arbeitsbummelei und Alkoholgenuß,
- die Leistungen der Kollegen **Meissner**, **Siebert**, **Dahme** und **Müchnig** rechtfertigen keine Auszahlung,
- die gezeigten Initiativen der Kollegen **Mühlnickel**, **Freiwald** und **Grothmann** gestatten keine volle Auszahlung. Für diese 3 Kollegen werden jeweils 25,- M festgelegt.
- für besondere Leistungen erhält die Kolln. **Hutschenreuther** einen Zuschlag in Höhe von 25,- M,
- die nicht verteilten Mittel in Höhe von 300,- M werden für die Patenschaftsarbeit verwendet.

Schur

Abt.-Ltr. Arbeiterbetreuung

Q 2b: Brigadetagebuch einer Brigade des VEB Chemische Werke Buna aus den 1980er Jahren



Die vorliegenden Einträge aus dem Brigadetagebuch einer Brigade des VEB Chemische Werke Buna aus den 1980er Jahren zeigen beispielhaft einzelne Aktivitäten aus dem Alltag der Brigade.



Das Kollektiv von Chlorothan / Chlormethan spendete für die Dürrekatastrophe in Äthiopien 200,- M. Das Geld wurde auf das Solidaritätskonto 444 überwiesen.

Einlieferungsschein
- sorgfältig aufbewahren -

M 200,-

Konto-Nr. des Zahlungsempfängers
6863-26-444

Zahlungsempfänger
NBI - Solidarität
Berlin

36352 ♦ 27.11.06 e
b  
Halle-Neustadt 6



Wir danken allen die sich an unserer Aktion beteiligten und versichern, dass das Solidaritätskomitee der DDR gegenwärtig, die Spende, für die Hilfe gegen

die Folgen der Dürrekatastrophe in Äthiopien verwendet werden. Es werden in den nächsten Wochen weitere Sendungen mit Medikamenten, Decken und vor allem Nahrungsmittel in das schwergeprüfte afrikanische Land abgesandt.

Krankenbesuche



Kranke Kolleginnen und Kollegen werden betreut. Dies geschieht durch Krankenbesuche zu Hause oder im Krankenhaus.

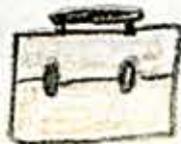


Grundwehrhelferlehrgang

Unsere Kollegin **Erika Götze** wird vom 8.9. - 12.9. 86 zum Grundwehrhelfer ausgebildet. Sie wird dann als Grundwehrhelfer in der B-Schicht tätig.

Gewerkschaftsschule

Unser Vertrauensmann, **Roswitha Weigelt**, besucht vom 8.9. - 20.9. 86 die Gewerkschaftsschule in x 50. Sie kann hier sicher reiche Erfahrungen für unser weiteres Gewerkschaftsleben, für den Betrieb, sammeln.





II. Kegelwettbewerb 1984

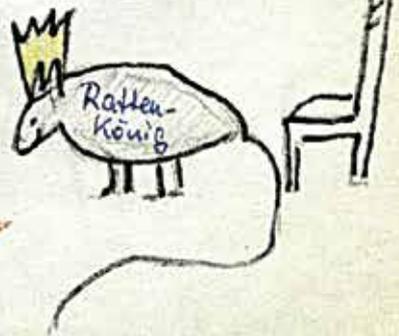
Musik 2. Kegelabend fand wieder in B 13 statt. Bei der sportlichen Betätigung wird der Rattenkönig sowie die Plätze 1-3 ermittelt.

Obwohl sehr viele Kollegen und Kolleginnen in Schichten arbeiten war die Beteiligung sehr gut.



- Platz 1: Gebhardt M.
- Platz 2: Burghardt U.
- Platz 3: Neugebauer P.
- Platz 4: Wichert
- Platz 5: Schlegel P.,
Brücker, Gebhardt I.

- Platz 8: Moll H.
- Platz 9: Heise P.
- Schlegel F.
- Platz 11: Neugebauer R.
- Platz 12: Heise L.



Q 2c: Planung der Aktivitäten einer Abteilung des VEB Chemische Werke Buna vom Dezember 1985



Der vorliegende Plan der Abteilung Innenrevision des VEB Chemische Werke Buna vom 7. Dezember 1985 enthält die angedachten Aktivitäten für das folgende Jahr.

Aufschlüsselung der Kurzbezeichnungen: „Genn.“ (Genossin), „Kreisschule ML“ (Kreisschule für Marxismus-Leninismus), „Kolln.“ (Kollegin), „BGL“ (Betriebsgewerkschaftsleitung), „URANIA“ (Gesellschaft zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse), „Koll.“ (Kollege), GDSF (Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, die Gesellschaft hatte zum Ziel, den Bürgerinnen und Bürgern der DDR Kenntnisse über die Kultur und Gesellschaft der Sowjetunion zu vermitteln), SV-Bevollmächtigter (Bevollmächtigter der Sozialversicherung, Mitglied einer Gewerkschaftsgruppe, der unter anderem für die gesundheitliche und soziale Unterstützung der Gewerkschaftsmitglieder verantwortlich war), „AO“ (Anordnung), „VO“ (Verordnung).

Kombinat
VEB CHEMISCHE WERKE BUNA
Direktion Rechnungsführung und Finanzkontrolle
Abt. Innenrevision

Schkopau, 7. Dezember 1985

Kultur- und Bildungsplan 1986
Gewerkschaftsgruppe Innenrevision

1. Politisch-ideologische Arbeit - politische und fachliche Bildung
x)

- Genn. **Lechmann** absolviert seit dem 1. September 1985 die Kreisschule ML und verpflichtet sind, diese erfolgreich abzuschließen.
- Kolln. **Eilhardt** hat sich bereit erklärt, an der postgradualen Weiterbildung "Wissenschaftlicher Kommunismus" teilzunehmen.
- Die Mitglieder des Sanitätszuges nehmen regelmäßig an den Schulungen und Übungen teil.
- Die in der BGL und in den jeweiligen Kommissionen tätigen Kollektivmitglieder arbeiten aktiv im Rahmen ihrer gewerkschaftlichen Verantwortlichkeit.
- Im April 1986 wird der 40. Jahrestag der Gründung der SED begangen und gleichzeitig findet der XI. Parteitag der SED statt. Diese politischen Höhepunkte werden in unserem Kollektiv mit besonderer Aufmerksamkeit neben anderen aktuell-politischen Ereignissen verfolgt und ausgewertet werden.
- Zur Thematik "Die Nationale Volksarmee - eine Armee des Volkes - ihr historischer Auftrag" wird das Kollektiv einen URANIA-Vortrag hören.
V.: Koll. **Kühnenbrock**
- Anlässlich des 100. Geburtstages von Ernst Thälmann wird eine Wandzeitung gestaltet.
V.: Kolln. **Hoyersen**

Des weiteren wird ein Vortrag mit der Thematik "Das Vermächtnis



nissen verfolgt und ausgewertet werden.

- Zur Thematik "Die Nationale Volksarmee - eine Armee des Volkes - ihr historischer Auftrag" wird das Kollektiv einen URANIA-Vortrag hören.

V.: Kolln. Kühnenbrock

- Anlässlich des 100. Geburtstages von Ernst Thälmann wird eine Wandzeitung gestaltet.

V.: Kolln. Hoyersen

Des weiteren wird ein Vortrag mit der Thematik "Das Vermächtnis Ernst Thälmanns und unser Verhältnis zur Sowjetunion" organisiert.

V.: Kolln. Kühnenbrock

- Die von der GDSF angebotenen zentralen Veranstaltungen werden von den Kollektivmitgliedern besucht.

V.: Zehnergruppenleiter

- Die Kollektivmitglieder beteiligen sich am Wissenswettbewerb der GDSF-Grundeinheit, am Sportfest und der Hobbyausstellung der Direktion Rechnungsführung und Finanzkontrolle

V.: Kulturobmann/Zehnergruppenleiter

Landesarchiv Sachsen-Anhalt, I 529 Kombinat VEB Chemische Werke Buna, Rep. II, Nr. 4348, nicht paginiert.

2

2. Besondere gesellschaftliche Aktivitäten

- Kolln. Gräfe wird anlässlich der Wahlen zur Volkskammer und zum Bezirkstag Rechenschaft über ihre Tätigkeit als Kreistagsabgeordnete ablegen.

- Aus Anlaß des Internationalen Frauentages wird ein Brigadeabend durchgeführt.

V.: Kulturobmann/Kolln. Schwertfeger

- Der Tag des Chemiearbeiters wird im Kollektiv würdig begangen.

V.: Kulturobmann/Vertrauensfrau

- Wenn die Möglichkeiten gegeben sind, wird das Kollektiv einen Kegelabend in B 13 durchführen.

V.: Kolln. Kühnenbrock

- Unsere Rentner werden zu einer Brigadefeier (Frauentag) eingeladen.

V.: Kulturobmann/Vertrauensfrau

- Das Kollektiv führt im II./IV. Quartal 1986 einen Brigadeabend mit Angehörigen durch.

V.: Kolln. Eilhardt/Kolln. Röpnack/Kolln. Berger

- Das Kollektiv führt eine Jahresabschlußfeier durch.

V.: Kolln. Berger/Kolln. Bithan



- Das Kollektiv bzw. Mitglieder nehmen je nach Angebot an kulturellen Veranstaltungen im Klubzentrum teil.
V.: Kulturobmann
- Erkrankte Kollektivmitglieder werden regelmäßig besucht.
V.: SV-Bevollmächtigter
- Unsere Rentner werden auch weiterhin mit Glückwünschen zu ihren Geburtstagen bedacht.

3. Gewerkschaftliche Aktivitäten

- Monatlich wird eine Gruppenversammlung durchgeführt und es wird termingerecht darüber berichtet.
V.: Vertrauensmann
- Die Schulen der sozialistischen Arbeit für 1985/86 werden nach dem vorgegebenen Themenplan weitergeführt und deren Anleitungen wahrgenommen.
V.: Kolln. **Berger**
- Die Gestaltung der Wandzeitung erfolgt kontinuierlich nach einem vorliegenden Themenplan.
V.: Kolln. **Hoyersen**

Landesarchiv Sachsen-Anhalt, I 529 Kombinat VEB Chemische Werke Buna, Rep. II, Nr. 4348, nicht paginiert.

3

- Vom Kollektiv wird weiterhin Solidarität geübt.
 - Einige Kollektivmitglieder verpflichten sich weiterhin, regelmäßig an der Blutspendeaktion teilzunehmen.
- x)
- Alle Kollektivmitglieder verpflichten sich, die einschlägige Fachliteratur gründlich zu studieren und Schlußfolgerungen für die eigene Arbeit abzuleiten.
Besonders intensiv werden wir uns befassen mit
 - der AO über Rechnungsführung und Statistik in den Betrieben und Kombinatn vom 6. 8. 1985,
 - der VO über Rechnungsführung und Statistik vom 26. 8. 1985 und
 - der AO über die Ordnungsmäßigkeit und dem Datenschutz in Rechnungsführung und Statistik vom 26. 8. 1985und den daraus abgeleiteten betrieblichen Richtlinien, um eine weitere Erhöhung der Effektivität unserer Arbeit zu bewirken.

Landesarchiv Sachsen-Anhalt, I 529 Kombinat VEB Chemische Werke Buna, Rep. II, Nr. 4348, nicht paginiert.

Q 2d: Mitteilung eines Mitglieds der gewerkschaftlichen Kommission Arbeit und Lohn zur Gewerkschaftsarbeit im VEB Leuna-Werke vom Januar 1974



Die vorliegende Nachricht eines Mitglieds der gewerkschaftlichen Kommission Arbeit und Lohn vom 3. Januar 1974 zur Erstellung des Arbeitsplans für das erste Halbjahr 1974 richtete sich an den Sekretär der Kommission Arbeit und Lohn des FDGB-Kreisvorstandes.



Die Kommission Arbeit und Lohn war ein gewerkschaftliches Organ, das zur Steigerung der Arbeitsproduktivität beitragen sollte. Zu ihren Aufgaben gehörte unter anderem, die Beschäftigten zur Erfüllung bzw. Übererfüllung der Planaufgaben zu motivieren. In diesem Zusammenhang war die Kommission an der Organisation des sogenannten „Sozialistischen Wettbewerbs“ zur Steigerung der Leistung und Verbesserung der Qualität beteiligt. Als „Überstundenunwesen“ wurde in der DDR die Ausweitung der Arbeitszeit, die über das vertraglich festgelegte Maß hinausging, bezeichnet. Der betriebliche „Lohnfonds“ umfasste den Betrag, der von den VEB im Jahresverlauf für Lohn verwendet werden konnte. Als „Neuerermethoden“ wurden Maßnahmen bezeichnet, die zur Steigerung der Arbeitsproduktivität beitrugen. Hierunter fiel beispielsweise die Verbesserung von Arbeitsabläufen oder die Entwicklung von neuen Arbeitsmitteln. Aufschlüsselung der Kurzbezeichnungen: „FDGB“ (Freie Deutsche Gewerkschaftsbund), „BKV“ (Betriebskollektivvertrag, jährlicher Vertrag zwischen der Betriebsleitung und der Betriebsgewerkschaftsleitung, in dem die geplanten Maßnahmen zur Erfüllung der Planaufgaben und zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Beschäftigten festgehalten wurden), „AP“ (Arbeitspläne), „GBA, Kapitel 4 – Lohn und Prämie“ (Gesetzbuch der Arbeit, das 4. Kapitel widmet sich dem Feld „Lohn und Prämie“ und regelte die Entlohnung der Beschäftigten in der DDR).





KREISVORSTAND IG CHEMIE, GLAS UND KERAMIK

VEBLEUNA - WERKE » WALTER ULBRICHT «

Kreisvorstand FDGB
Sekretär f. Arbeit u. Lohn

42 Merseburg
Seiffnerstraße 4

Ihre Zeichen _____ Unsere Zeichen **Kö/Fr** Hausruf **4412** Datum **3. 1. 1974**

Hinweise für den Arbeitsplan der Kommission für Arbeit und Lohn im 1. Halbjahr 1974

Da ich an der Sitzung am Freitag, dem 4. 1. 1974, aus betrieblichen Gründen leider nicht teilnehmen kann, möchte ich einige schriftliche Hinweise für den Arbeitsplan geben:

- Ab 1. 1. 1974 sofortige Kontrolle des BKV 1974
 - a) sind sie bereits alle abgeschlossen
 - b) haben sie das entsprechende Niveau
 - c) wenn nein, was sind die Ursachen, daß sie nicht bis zum 31.12.73 abgeschlossen wurden
 - d) Kontrolle der Verpflichtungen für ihre termingemäße Realisierung
- Vorbereitung und Abschluß der Wettbewerbskonzeption für 1974
- beachten: Ohne Havarien, Störungen und Unfälle den Plan erfüllen
- daß durch Übernahmen von Gegenplänen in den Produktionsbereichen der Plan der Warenproduktion um mindestens 1 % erhöht wird
- die AP um mindestens 1 % gesteigert wird
- in Auswertung des 11. Plenums im Kampf um die Mark sollte umfassender als bisher mit dem Haushaltbuch gearbeitet werden
- den Kampf um das Überstundenunwesen verstärkt im Jahre 1974 zu führen
- im Mittelpunkt steht der Mensch, das Überstundenunwesen geht auf Kosten der Gesundheit der Werktätigen

*8 zur gleichen Zeit
Mitarbeiter der Kommission
Vorsitzender der Raft-Kommission
des FDGB (v. 3. auf 4. 1. 1974)*



- 2 -

- konsequenter das Leistungsprinzip durchsetzen
- mit dem Lohnfonds, einschließlich Zuwachs, ist das Leistungsprinzip besser durchzusetzen
- GBA, Kapitel 4 - Lohn und Prämie, §§ 39-60, stärker durchsetzen
Die Lohnformen müssen solche Kennziffern beinhalten, die von den einzelnen Kollegen bzw. Kollektiven beeinflusst werden können, und diese sind abrechenbar zu gestalten.
 - . hohe Qualitätsziele stellen
 - . Senkung der Kosten
 - . Energieeinsparung usw.
- in Vorbereitung und Durchführung der Kommunalwahlen (19.5.74) sind die Schöffenwahlen vorzubereiten
- für die produzierenden Bereiche sind wissenschaftliche Besetzungsnormen zu erarbeiten bzw. bestehende zu überarbeiten
- für die Instandhaltungsbereiche ist durch eine planmäßige Normenarbeit die lebendige Arbeit und durch Materialeinsparung die ver-gegenständlichte Arbeit zu senken
- durch Anwendung sowjetischer Neuereremethoden, wie z. B. die Selbstnormierung, zu erreichen, daß ebenfalls die Arbeitszeit gesenkt wird
- in Vorbereitung und Auszahlung der Jahresendprämie sind nachstehende Punkte durchzusetzen:
 1. eine Leistungseinschätzung vorzubereiten (durch Leiter)
 2. Leistungseinschätzung in den Kollektiven beraten
 3. die bestätigten Prämien öffentlich bekanntgeben
 4. die Rechtsnormen einhalten
 5. die Auszahlung zu einem Höhepunkt gestalten
 6. mit der Auszahlung neue Aktivität erreichen

Mit gewerkschaftlichem Gruß

Hansen

Mitglied der Kommission
Arbeit und Lohn

*Zufällig
meinam Brief
Kommission*

Q 2e: Rede der SED-Kreisleitung Sangerhausen zur Eröffnung des Ausbildungsjahres der Kampfgruppen aus dem Jahr 1972



Die Rede der SED-Kreisleitung Sangerhausen anlässlich der Eröffnung des Ausbildungsjahres 1972 richtete sich an die Mitglieder der Kampfgruppen im Kreis Sangerhausen.

Die Kampfgruppen durchliefen ein jährliches Ausbildungsprogramm, das sie sowohl militärisch als auch politisch-ideologisch schulen sollte. Auf dem VIII. SED-Parteitag im Jahr 1971 verkündete das Regime mit der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ einen neuen politischen und wirtschaftlichen Kurs. Mit den neuen Maßnahmen sollte der Lebensstandard der Bevölkerung erhöht werden. Als „klassenmäßige Erziehung“ wurde in der DDR die politische Bildung nach den Grundsätzen der SED bezeichnet. Der „sozialistische Wettbewerb“, die „Bestenbewegung“ sowie die „Neuererbewegung“ waren in der DDR vom Staat gelenkte Initiativen zur Steigerung der Arbeitsleistung.

602045

Ablagekennziffer

Genossen Kämpfer und Genossen Kommandeure!

Das Ausbildungsjahr 1971 war geprägt von dem Streben aller Kampfgruppenangehörigen, zu Ehren des VIII. Parteitages der SED ihr Bestes zu geben und auf allen Gebieten ausgezeichnete Leistungen zu vollbringen.

Zum Prüfstein aller Anstrengungen wurden, wie auch in den vergangenen Jahren, die in allen Einheiten durchgeführten Ausbildungsmaßnahmen und Überprüfungen. Dabei zeichneten sich die Angehörigen der Kampfgruppen durch eine ausgezeichnete Kampfmoral, vorbildliche militärische Disziplin und Ordnung sowie hohe Schlagkraft aus.

Charakteristisch für das gesamte Jahr war, daß die bewußte Aktivität und breite Masseninitiative der Kämpfer und Kommandeure im sozialistischen Wettbewerb zu Ehren des VIII. Parteitages der SED qualitativ wuchs und der Kampf um höchste Ergebnisse in der Volkswirtschaft, in der Gefechtsausbildung und Gefechtsbereitschaft eine außerordentliche breite Basis gefunden hatte.

Unsere Einheiten erreichten gute bis sehr gute Ergebnisse.

Die Kommandeure erhöhten ihre Fähigkeit, die Einheit zu führen und auszubilden.

Bei der durchgeführten Überprüfung kämpften alle Genossen um höchste Ergebnisse und erfüllten die gestellten Ziele.



Genossen Kämpfer und Kommandeure!
Für die gezeigten Leistungen im Ausbildungsjahr 1971
dankt ihnen das Sekretariat der Kreisleitung und
wünscht ihnen für das Ausbildungsjahr 1972 viel Erfolg.

Landesarchiv Sachsen-Anhalt, P 517 SED-Kreisleitung Sangerhausen, Nr. 763, nicht paginiert.

- 2 -

Genossen Kämpfer und Kommandeure!

Im Ausbildungsjahr 1972 gehörten wir zu den 3 Kreisen
im Bezirk, die die strukturmäßige Stärke in den
Einheiten erreichten und über das Ausbildungsjahr
diese Stärke hielten.

Im Ausbildungsjahr 1971 erreichten wir im Durchschnitt
97 % Beteiligung an der Ausbildung.

Bei der Abschlußübung eine Beteiligung von 95 %.

Von dieser Erfolgsbilanz ausgehend, schöpfen wir Kraft
für die Erfüllung der vom VIII. Parteitag der SED
gestellten höheren Aufgaben.

Aber auch die noch vorhandenen Mängel in der Arbeit
sind uns Anlaß, kritisch die Ursachen zu analysieren,
um die Qualität und Effektivität der Ausbildung weiter
zu verbessern.

Wir stehen vor der Aufgabe, vom ersten Tag des neuen
Jahres an, das Ausbildungsprogramm mit dem vom
VIII. Parteitag der SED gesetzten höheren Maßstäben
durchzusetzen und um Höchstleistungen auf allen
Gebieten zu ringen.

Was sollten wir besonders beachten?

Ausgehend von den hervorragenden Ergebnissen des
vergangenen Ausbildungsjahres gilt es, die Wirksam-
keit der politisch-ideologischen Arbeit weiter zu
erhöhen und auf die konkreten militärischen Aufgaben,
insbesondere auf die Gefechtsausbildung auszurichten.
Die Anforderungen der nächsten Jahre verlangen von uns,



die klassenmäßige Erziehung besonders darauf zu richten, daß alle Angehörigen der Kampfgruppen getreu dem Gelöbnis und Verfassungsauftrag jeden Befehl der Partei- und Staatsführung in höchster Qualität zu erfüllen.

Landesarchiv Sachsen-Anhalt, P 517 SED-Kreisleitung Sangerhausen, Nr. 763, nicht paginiert.

- 3 -

In diesem Jahr gilt es, die Angehörigen der Kampfgruppen insbesondere im Angriff und Verteidigungsgefecht, im Schutz vor Massenvernichtungsmitteln, im treffsicheren und treffdichten Schießen mit aufgesetzter Schutzmaske, in der Körperertüchtigung sowie im Sanitätsdienst auszubilden.

Zum Abschluß der Ausbildungsperiode werden taktische Übungen durchgeführt.

In diesen Übungen werden bisher nicht gekonnte Anforderungen an die Genossen Kämpfer und Kommandeure gestellt. Deshalb muß vom ersten Ausbildungstag an jede Ausbildungsstunde gründlich und allseitig vorbereitet und maximal für die weitere Erhöhung des Kampfwertes jeder Einheit genutzt werden.

Es kommt jetzt darauf an, daß die Leitung der Betriebsparteiorganisationen, die staatlichen und wirtschaftlichen Leiter der Leit- und Trägerbetriebe, den Kämpfern und Kommandeuren wirksam helfen, damit sie die neuen und wichtigen Aufgaben mit den bestmöglichen Ergebnissen und dem geringsten gesamtgesellschaftlichen Aufwand erfüllen können. Demzufolge ist der politisch-ideologischen Arbeit, der Würdigung der Leistungen der Kampfgruppenangehörigen, der schnellstmöglichen und strukturmäßigen Auffüllung aller Einheiten, der schulischen und außerschulischen Ausbildung der Kommandeure und Zugführer, der 100 %igen Auslastung der Schulen, der 100 %igen Teilnahme an der Ausbildung, dem vorbild-



lichen Beherrschen der Waffen sowie deren Pflege, Wartung und Unterbringung weiterhin die größte Bedeutung beizumessen.

Mit Hilfe des sozialistischen Wettbewerbes, der Bestenbewegung und der Neuererbewegung werden die Angehörigen der Kampfgruppen zu hohen Leistungen in der politischen und militärischen Ausbildung und Gefechtsbereitschaft mobilisiert.

Landesarchiv Sachsen-Anhalt, P 517 SED-Kreisleitung Sangerhausen, Nr. 763, nicht paginiert.

- 4 -

Im verstärkten Maße sind für die Entwicklung der schöpferischen Masseninitiative zur bestmöglichen Erfüllung des Ausbildungsprogramms 1972 die Erfahrungen der sowjetischen Klassen- und Waffenbrüder auszuwerten und in den Einheiten anzuwenden.

Die Lösung dieser ideologischen Aufgaben erfordert von allen leitenden Parteiorganen, staatlichen Leitern und Kommandeuren der Kampfgruppeneinheiten, stets die Einheit von Denken und Handeln zu verwirklichen, denn nur dann wird sich das hohe sozialistische Bewußtsein der Kampfgruppenangehörigen in einem meßbaren Zuwachs an Kampfwert und Gefechtsbereitschaft umsetzen.

Für das Ausbildungsjahr 1972 heißt unsere Losung:

" Vorbildliche Leistungen in der sozialistischen Produktion, hohe Qualität und Effektivität der Ausbildung sowie ständige Gefechtsbereitschaft "

Das ist unser Beitrag zur Verwirklichung der Beschlüsse des VIII. Parteitages der SED.

Somit ist das Ausbildungsjahr 1972 eröffnet.

Landesarchiv Sachsen-Anhalt, P 517 SED-Kreisleitung Sangerhausen, Nr. 763, nicht paginiert.

Q 2f: Fotografien von Kampfgruppen im Kreis Artern aus den 1970er und -80er Jahren



Die Fotografien zeigen die Kampfgruppe des VEB Kyffhäuserhütte Artern bei einem Aufmarsch vor dem Werksgebäude sowie weitere Kampfgruppen aus dem Kreis Artern bei militärischen Übungen.



Landesarchiv Sachsen-Anhalt, P 517 SED-Kreisleitung Artern, Nr. P 4407, Foto 69.



Landesarchiv Sachsen-Anhalt, P 517 SED-Kreisleitung Artern, Nr. P 4406, Foto 4-100-77.



Landesarchiv Sachsen-Anhalt, P 517 SED-Kreisleitung Artern, Nr. P 4405, Foto 6-40-77.

Q 2g: Fotografie eines Plakats des VEB Leuna-Werke zur Ausbildung von Frauen von ca. 1970



Die Fotografie dokumentiert ein Plakat des VEB Leuna-Werke zur Weiterbildung von Frauen aus der Zeit um 1970.



FRAUEN-SONDERKLASSEN

Die Anordnung des Ministeriums für das Hoch- und Fachschulwesen vom 15. 7. 1967 ermöglicht die Ausbildung der Frauen zu mittleren Kadern, denen ein

- Direkt-
- Fern- oder
- Abendstudium

in der üblichen form nicht möglich ist



Ab September 1968 hat im VEB Leuna - Werk 'Walter Ulbricht' die Ausbildung von

- 30 Frauen** der fachrichtung Chemische Technologie
- 26 Frauen** der fachrichtung Ing. - ökonomie, Chemie, Vertiefungsrichtung Datenverarbeitung

begonnen.

Studienform :

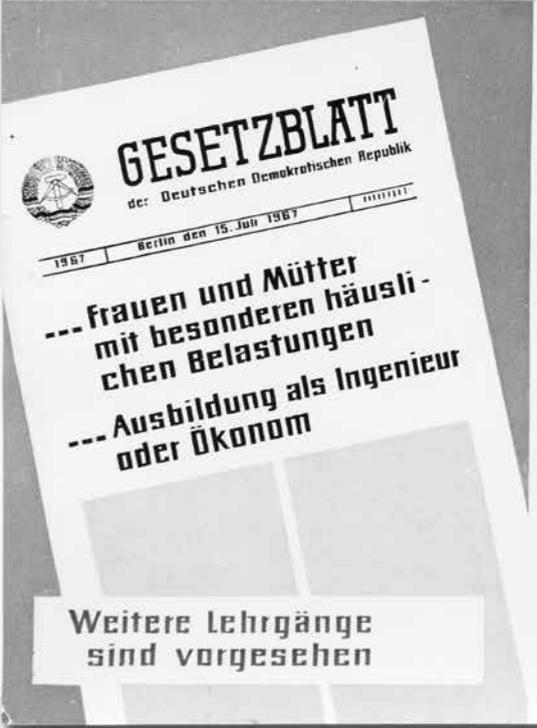
Direktstudium an der Außenstelle Leuna

Ausbildungsdauer : 3 Jahre

Abschluß : Ingenieur bzw. Ing.-Ökonom

Vergünstigungen :

- Studium am Arbeitsort
- Ausgleichszahlung zum Stipendium
- Individuelle Unterstützung durch d. Betrieb



GESETZBLATT
der Deutschen Demokratischen Republik
Berlin den 15. Juni 1967

--- Frauen und Mütter mit besonderen häuslichen Belastungen ---
Ausbildung als Ingenieur oder Ökonom

Weitere Lehrgänge sind vorgesehen

Landesarchiv Sachsen-Anhalt, I 525 Leuna-Werke, FS Nr. P 106805-116.

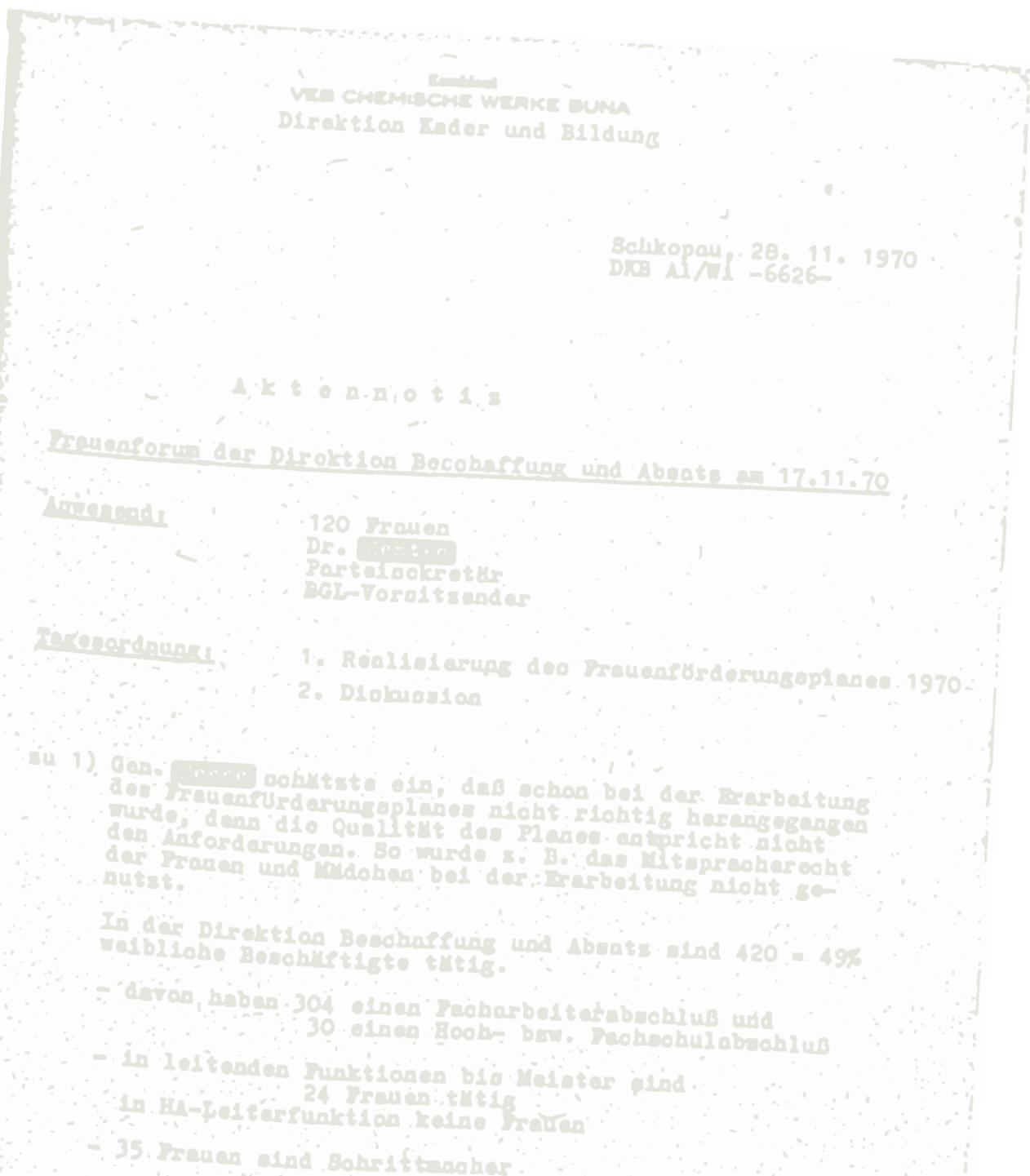


Q 2h: Aktennotiz der Direktion Kader und Bildung des VEB Chemische Werke Buna zu einem Frauenforum vom November 1970



Die vorliegende Aktennotiz der Direktion Kader und Bildung des VEB Chemische Werke Buna vom 28. November 1970 behandelt ein Frauenforum der Direktion Beschaffung und Absatz.

Das „Frauenforum“ war eine Zusammenkunft weiblicher Beschäftigter im Betrieb. Der betriebliche „Frauenförderungsplan“ regelte beispielsweise die Aus- und Weiterbildung sowie die Arbeitsbedingungen von Frauen. Die „Direktion Kader und Bildung“ war unter anderem für die Förderung von Frauen im Betrieb verantwortlich. Die „Direktion Beschaffung und Absatz“ besaß für den betrieblichen Ein- und Verkauf Zuständigkeit. Als „Schrittmacher“ und Mitglieder der „Neuererbewegung“ galten in den Betrieben der DDR Beschäftigte, die sich mit großem Einsatz um eine Steigerung der Arbeitsproduktivität bemühten. Aufschlüsselung der Kurzbezeichnungen: „BGL-Vorsitzender“ (Vorsitzender der Betriebsgewerkschaftsleitung), „Gen.“ (Genosse), „HA-Leiterfunktion“ (Hauptabteilung-Leiterfunktion), „Kolln.“ (Kollegin), „Genn.“ (Genossin).



Schkopau, 28. 11. 1970
DKB Al/Wi -6626-

A k t e n n o t i z

Frauenforum der Direktion Beschaffung und Absatz am 17.11.70

Anwesend: 120 Frauen
Dr. **Hentke**
ParteiSekretär
MGL-Vorsitzender

Tagesordnung: 1. Realisierung des Frauenförderungsplanes 1970
2. Diskussion

zu 1) Gen. **Hesse** schätzte ein, daß schon bei der Erarbeitung des Frauenförderungsplanes nicht richtig herangegangen wurde, denn die Qualität des Planes entspricht nicht den Anforderungen. So wurde z. B. das Mitspracherecht der Frauen und Mädchen bei der Erarbeitung nicht genutzt.

In der Direktion Beschaffung und Absatz sind 420 = 49% weibliche Beschäftigte tätig.

- davon haben 304 einen Facharbeiterabschluß und 30 einen Hoch- bzw. Fachschulabschluß
- in leitenden Funktionen bis Meister sind 24 Frauen tätig
in MA-Leiterfunktion keine Frauen
- 35 Frauen sind Schrittmacher
- 40 Frauen sind in die Neuererbewegung mit einbezogen

Er schätzte weiter ein, daß für die Förderung und Entwicklung der Frauen und Mädchen noch zu wenig getan wird.

Gen. **Hesse** informierte über den Stand der Plansituation im Kombinat und der Direktion Beschaffung und Absatz. Er richtete den Appell an die Kolleginnen, ihre ganze Kraft für die Planerfüllung einzusetzen.

- 2 -

11/71 675 150 000 4 70 Ag.-Nr. 307/70

- 2 -

zu 2) In allen Diskussionen wurden Beschwerden über die unzureichenden Arbeitsbedingungen (D 45, G 908) und schlechten Einkaufsmöglichkeiten in der Ladenstraße geführt.

Die Frauen führten Klage über

- den ungenügenden Informationsfluß
- daß sie nicht zu Problemdiskussionen usw. hinzugezogen werden (Kolln. **Reinig** G 908)

Dr. **Hentke** führte dazu u. a. aus:

- Durch die Turbulenz und Hecktig wurden die Probleme der Menschenführung in der Leitungstätigkeit nicht beachtet.
- Die Genn. **Springer** und Genn. **Huppert** werden uns weg qualifiziert (Entwicklung für eine Parteifunktion)
- Die Belastung für eine Frau in mittlerer und leitender Funktion ist durch die 3fache Belastung sehr groß. Es kommt ja auch vor, daß ich meine Leiter samstags oder sonntags zusammen rufen muß, und da gibt es natürlich Konflikte für die Frauen (Betreuung der Kinder usw.).

2 weitere Frauen, die als Einkaufsleiterinnen eingesetzt sind (Kolln. **Harnes** und **Zeisig**) traten in ihrer Diskussion nicht gerade fördernd im Interesse der Gewinnung von Frauen für mittlere und leitende Funktionen auf.

- Niederlegung der Funktion wegen Überlastung
- Frauen durch familiäre Belastung sehr oft betriebliche Verpflichtungen nach Feierabend nicht wahrnehmen können.

Schlußbemerkung:

Die Haltung der Leiter in ihren Diskussionen war nicht in der Richtung, wie verändern wir den derzeitigen Zustand und was müssen wir unternehmen um zu einer planmäßigen und systematischen Arbeit in der Qualifizierung und Förderung unserer Frauen zu gelangen, gerichtet, sondern nur eine Feststellung bzw. Aufnahme des derzeitigen Zustandes.

11/71 675 150 000 4 70 Ag.-Nr. 307/70



Q 2i: Information des VEB Leichtmetallwerk Nachterstedt zum Einsatz von algerischen Arbeitskräften aus dem Jahr 1974



Die Information des VEB Leichtmetallwerk Nachterstedt berichtet über den erwarteten Einsatz von algerischen Arbeitskräften im Betrieb.

Die DDR und die Demokratische Volksrepublik Algerien unterzeichneten im April 1974 einen Vertrag über die Entsendung algerischer Arbeitskräfte in die DDR. Algerien orientierte sich zwar in Teilen an der sozialistischen Politik des Ostblocks, es war jedoch kein fester Bestandteil dieses Verbunds von Ländern. Damit unterschied sich das Entsendeabkommen zwischen der DDR und Algerien von den offiziellen „Solidaritätsabkommen“ mit sozialistischen Verbündeten. Aufschlüsselung der Kurzbezeichnungen: „AK“ (Arbeitskräfte), „DVRA“ (Demokratische Volksrepublik Algerien), „LMW Nachterstedt“ (Leichtmetallwerk Nachterstedt), „FDGB“ (Freie Deutsche Gewerkschaftsbund), „BGL“ (Betriebsgewerkschaftsleitung).

Einsatz algerischer AK

Das Regierungsabkommen DDR - DVRA vom April 1974 basiert auf den Prinzipien des gegenseitigen Vorteils.

Es ist das 1. Abkommen über den Einsatz ausländischer AK mit einem nichtsozialistischen Staat.

Mit dem Einsatz ausländischer Gastarbeiter in den kapitalistischen Staaten nicht zu vergleichen.

So müssen z.B. in Frankreich ca. 750 000 algerische Arbeiter die minderwertigsten Arbeiten bei niedrigsten Löhnen verrichten.

Algerien selbst hat eine große Anzahl von Arbeitslosen.

Das Hauptproblem im 2. Fünfjahrplan Algeriens besteht im Aufbau einer nationalen Industrie und in der Überwindung des Defizits an qualifizierten Arbeitskräften.

Das Regierungsabkommen beinhaltet den Einsatz algerischer AK in Betrieben der DDR über einen Zeitraum von 4 Jahren bei gleichzeitiger Qualifizierung im Prozeß der Arbeit.

Es ist kein Solidaritätsabkommen, obwohl wir dabei der DVRA helfen, die Emigration zu überwinden und soziale Probleme zu lösen.

Während des Einsatzes der Algerier in unseren Betrieben, sind diese den Bürgern unserer Republik gleichgestellt.

Der Einsatz der algerischen AK stellt für uns in erster Linie einen politischen Auftrag dar. Es ist ein Beispiel zu schaffen für den Einsatz von AK aus nichtsozialistischen Staaten.

Die Algerier wurden jahrzehntelang unterdrückt. In dem Freiheitskampf gegen die ausländischer Unterdrücker wurden mehr als zwei Millionen Algerier getötet.

Die Erfahrungen in den Zementwerken Karsdorf und Bernburg besagen, daß bereits in der Vorbereitung des Einsatzes diese AK eine enge Zusammenarbeit mit den gesellschaftlichen Organen, den örtlichen Räten und den Sicherheitsorganen des Territoriums hergestellt werden muß. Der Einsatz soll soweit wie möglich dezentralisiert und in politisch starken Kollektiven erfolgen.

Landesarchiv Sachsen-Anhalt, I 681 VEB Leichtmetallwerk Nachterstedt, Nr. 40/Bd. 1, nicht paginiert.

- 2 -

Der Einsatz der algerischen AK erfordert eine gründliche Vorbereitung der Arbeitskollektive. Die haben einen wichtigen Beitrag auf dem Gebiet des Internationalismus zu leisten. Der Klassenkampf darf dabei nicht außer acht gelassen werden.

Neben der Anleitung im Prozeß der Arbeit ist während und außerhalb der Arbeitszeit politisch-ideologische Erziehungsarbeit zu leisten.

Der algerische Gewerkschaftsbund erwartet von uns, daß nach Ablauf von 4 Jahren aus den algerischen Kollektiven hauptamtliche Funktionäre für die Gewerkschaftsarbeit gewonnen werden können.

Die innere und äußere Sicherheit ist im Heim zu gewährleisten. Zur Unterstützung des Heimleiters ist bereits am ersten Tag darauf einzuwirken, daß die algerischen AK ein Heimkomitee wählen.

Die algerischen AK für das LMW Nachterstedt treffen im ~~Juni~~/Juli ein. Der genaue Termin wird uns rechtzeitig bekanntgegeben. Es ist zu gewährleisten, daß die AK vom Flughafen Schönefeld abgeholt werden.

Die Erfahrungen aus dem bisherigen Einsatz algerischer AK sind positiv.

89 % sind bis 30 Jahre alt

11 % älter als 30 Jahre

8,5 % haben 1 - 3 Klassen

9,5 % 4 Klassen

82,0 % 5 Klassen und darüber
die Schule besucht

Von allen Einsatzbetrieben wird eingeschätzt, daß die algerischen AK sehr bescheiden und bemüht sind, sich den Lebensgewohnheiten in der DDR anzupassen. Sie haben einen ausgeprägten Nationalstolz und sind gegen Beleidigungen sehr empfindlich.



Mit dem Einsatz algerischer AK in Betrieben der DDR erfüllen wir einen Klassenauftrag. Schwerpunkte sind:

- Einbeziehung aller gesellschaftlichen und territorialer Organe, Einwohner informieren
- Handel und Volksbildung einbeziehen

Landesarchiv Sachsen-Anhalt, I 681 VEB Leichtmetallwerk Nachterstedt, Nr. 40/Bd. 1, nicht paginiert.

- 3 -

- rechtzeitige und gründliche Einweisung der Arbeitskollektive
 - medizinische Betreuung
- schnelle Einarbeitung der algerischen AK
- allen algerischen AK ausreichende Produktionserfahrungen vermitteln
- Einbeziehung in das kulturelle und gesellschaftliche Leben

Der Einsatz algerischer AK kann auf Wunsch zum Zwecke der Qualifizierung über den Zeitraum von 4 Jahren hinaus verlängert werden.

Die Vereinbarung zwischen FDGB und dem algerischen Gewerkschaftsbund liegt bei der BGL vor.

Verhandlungspartner sind:

*Staatssekretariat für Arbeit u. Löhne (DDR)
Bevollmächtigter der DRVA in ZBP*

Landesarchiv Sachsen-Anhalt, I 681 VEB Leichtmetallwerk Nachterstedt, Nr. 40/Bd. 1, nicht paginiert.

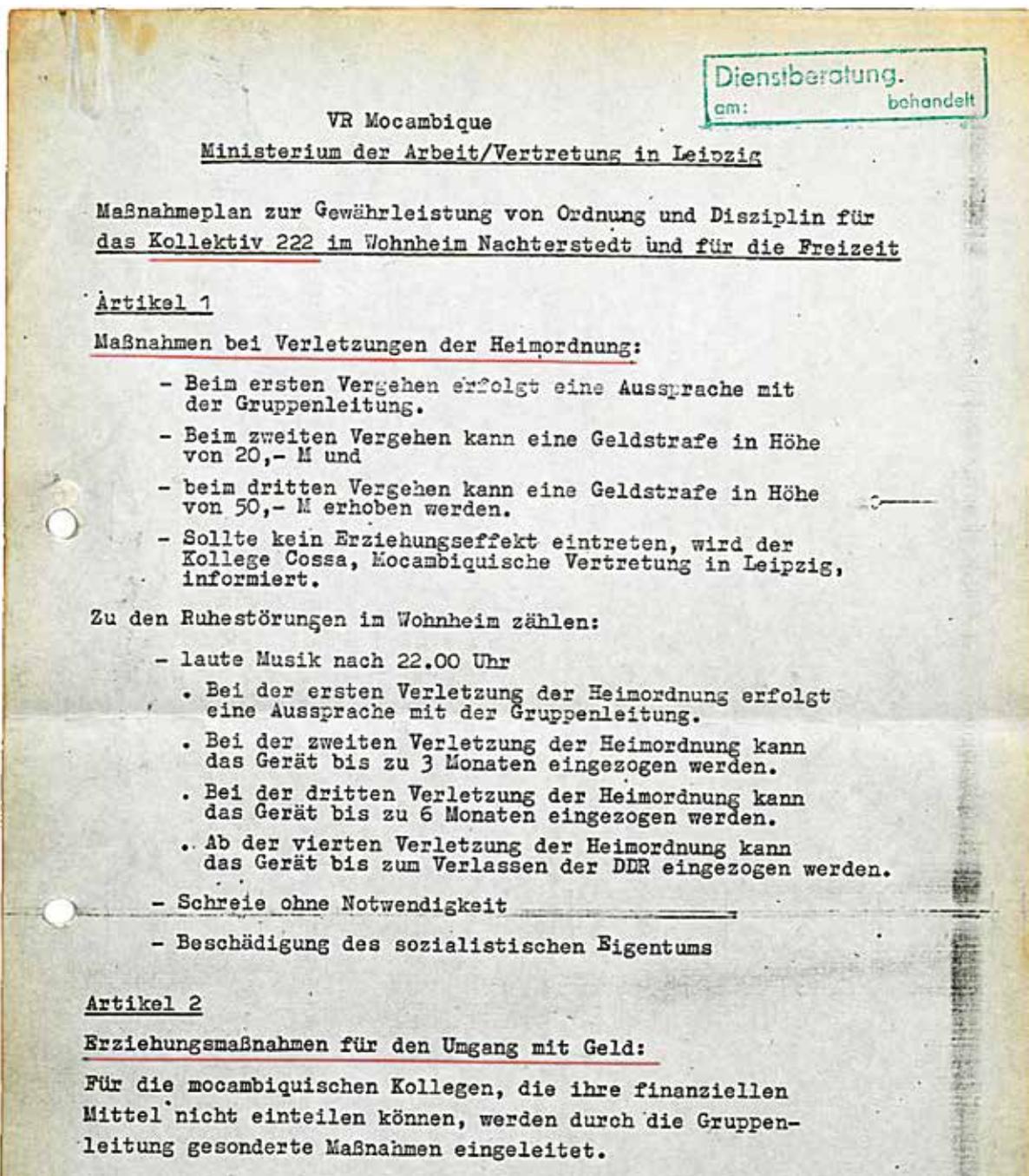
Q 2j: Regelkatalog des Ministeriums der Arbeit der Volksrepublik Mosambik für den Aufenthalt von mosambikanischen Arbeitskräften in Nachterstedt vom Januar 1988



Der vorliegende Plan der Vertretung des Ministeriums der Arbeit der Volksrepublik Mosambik in Leipzig beinhaltet eine Aufstellung an Regeln für das Wohnheim und die Freizeitgestaltung der mosambikanischen Arbeitskräfte in Nachterstedt.



Als „sozialistisches Eigentum“ galt in der DDR das Eigentum, das in der Hand des Staates bzw. gesellschaftlicher Organisationen war. Hierzu konnte in diesem Fall unter anderem die Einrichtung des Wohnheims gehören. Die Vertragsarbeiter waren als Gruppe organisiert und besaßen eine mosambikanische Gruppenleitung. Aufschlüsselung der Kurzbezeichnungen: „Gew.leitung“ (Gewerkschaftsleitung), „OTM“ (Organização dos trabalhadores moçambicanos, Mosambikanische Gewerkschaft), „OJM“ (Organização da Juventude Moçambicana, Jugendorganisation Mosambik).



Artikel 3

Beleidigungen gegenüber anderen mocambiquischen Werktätigen:

Bei Beschimpfungen, Vertrauensmißbrauch sowie anderen negativen Ausschreitungen können die betreffenden Kollegen durch die Gruppenleitung mit folgenden Erziehungsmaßnahmen zur Verantwortung gezogen werden:

- Reinigung der Räumlichkeiten Küche, Flur, Klubraum über einen bestimmten Zeitraum

Artikel 4

Diebstahl:

Bei Diebstahlshandlungen unter den mocambiquischen Werktätigen werden folgende Maßnahmen getroffen:

1. Diebstahl von Geld
2. Diebstahl von Eßwaren
3. Diebstahl von Bekleidungsstücken

Bei diesen Diebstahlshandlungen wird durch die Gruppenleitung die Wiedergabe des doppelten Sachwertes bzw. Geldes veranlaßt.

Artikel 5

Bei Nichteinhaltung des Reinigungsplanes der Küche wird das verantwortliche Zimmer-Kollektiv für eine weitere Woche zur Reinigung der Küche verantwortlich gemacht.

Artikel 6

Besuchererlaubnis:

Jeder mocambiquische Werktätige ist verpflichtet, Besucher beim Gruppenleiter anzumelden. Wer dieser Anweisung nicht nachkommt, wird

- beim ersten Verstoß mit einer Geldstrafe in Höhe von 5,-- M und
- im Wiederholungsfall mit einer Geldstrafe in Höhe von 20,-- M zur Verantwortung gezogen.

Artikel 7

Nichtteilnahme am gesellschaftlichen Leben wie: Versammlungen, sportliche Veranstaltungen, Weiterbildungsmaßnahmen usw. ohne Entschuldigung wird wie folgt durch die Gruppenleitung bestraft:

- Beim ersten Verstoß mit 20,-- M,
- beim zweiten Verstoß mit 40,-- M.

Das Kollektiv der Gruppenleitung:

Rodrigues, Salvador
Gruppenleiter

Guambe, Cristiano
Stellv. Gruppenleiter

Manhique, Fernando
Gew.leitung OTM

Marques, Vicente
Gruppenverband OJM

Banze, Nuno
Finanzen u. Gesundheit

Nachterstedt, 13. Januar 1988



Versorgungsmangel und Umweltzerstörung

Die Wirtschaft der DDR stand von Beginn an unter einem hohen Druck: Nach den Zerstörungen des Zweiten Weltkriegs, den Reparationsleistungen an die Sowjetunion und dem Abbruch traditioneller Wirtschaftsbeziehungen durch die Teilung Deutschlands gestaltete sich der Aufbau der Wirtschaft beschwerlich. Schwierigkeiten bei der staatlichen Lenkung der Wirtschaft taten ihr Übriges. In den 1970er und -80er Jahren setzte schließlich der Niedergang der DDR-Wirtschaft ein. Die wirtschaftliche Krise der DDR schlug sich unter anderem im Mangel an Lebensmitteln sowie Konsumgütern und der Zerstörung der Umwelt nieder.

Mangel an Lebensmitteln und Konsumgütern

Die SED führte 1971 die „**Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik**“ ein. Künftig sollte nicht mehr allein das Wachstum der Wirtschaft im Mittelpunkt stehen. Der Ausbau der Sozialpolitik, der beispielsweise zu einer Schaffung von Wohnungen führte, ging allerdings mit einem Anstieg der Schulden des Staates einher. Vor diesem Hintergrund sparte die DDR an Investitionen in die eigene Wirtschaft. Dies hatte langfristig drastische Auswirkungen auf die Leistungsfähigkeit der Betriebe und die Qualität der hergestellten Güter **(Q 3a)**. Zugleich mangelte es an finanziellen Mitteln, um die Infrastruktur im Land zu modernisieren. Das führte unter anderem dazu, dass das Telefonnetz veraltet und lückenhaft war. Von der Bestellung eines Telefonanschlusses bis zur Einrichtung konnte mehr als Jahrzehnt vergehen **(Q 3b)**. Trotz der angestrebten Steigerung des Lebensstandards, gelang es dem Regime nicht, die Nachfrage der Bevölkerung nach Konsumgütern ausreichend zu befriedigen. Die Bürgerinnen und Bürger der DDR erhielten zwar eine – hoch subventionierte – Versorgung mit dem Grundbedarf. Allerdings mangelte es an hochwertigen Produkten wie beispielsweise PKWs **(Q 3c)**. Selbst das Angebot an Lebensmitteln und Haushaltswaren war

nicht ständig gewährleistet **(Q 3d)**. Der Mangel an Lebensmitteln und Konsumgütern führte dazu, dass die begehrten Waren oftmals nur über Kontakte zu erhalten waren **(Q 3e)**.

Die Verschmutzung der Umwelt

Die Krise der DDR-Wirtschaft machte sich neben Versorgungsmängeln auch in der Verschmutzung der Umwelt bemerkbar. Die Industrieanlagen waren in vielen Fällen veraltet und boten keinen ausreichenden Umweltschutz. Teilweise stammten die Werke aus der Vorkriegszeit. Vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Schwierigkeiten fehlte es der DDR an den finanziellen Mitteln für Investitionen in die Anlagen. An anderen Orten wurden die vorhandenen Möglichkeiten zum Umweltschutz nicht genutzt, um eine höhere Produktivität zu erreichen. Die Folge dieser rücksichtslosen Wirtschaftspolitik waren die Verunreinigung von Luft, Boden und Grundwasser. Die Umweltschäden zogen schwere gesundheitliche Schäden unter der Bevölkerung nach sich, die im Umfeld der Industrieanlagen lebte **(Q 3f Q 3g)**.

„Bitteres aus Bitterfeld“

Die Region um Bitterfeld litt unter einer besonders starken Verschmutzung durch die dortige chemische Industrie. Die veralteten Industrieanlagen im Chemiedreieck Bitterfeld, Halle (Saale) und Merseburg führten, ähnlich wie an anderen Orten in der DDR, zu massiven Umweltschäden. Für die SED stand die wirtschaftliche Entwicklung vor dem Schutz der Umwelt. Als nach dem Zusammenbruch des SED-Regimes Untersuchungen um Bitterfeld herum stattfanden, wurden die Verschmutzung und die gesundheitlichen Folgen für die Bevölkerung offiziell dokumentiert. Die Umweltbewegung der DDR hatte bereits vor 1989/90 wiederholt die Probleme in der Region angeprangert. Das westdeutsche ARD-Magazin „Kontraste“ strahlte am 27. September 1988 einen Bericht mit dem Titel „Bitteres aus Bitterfeld“ über die dramatische Umweltlage rund um die Stadt aus. Der Bericht belegte die Zerstörung sowie Verseuchung und informierte über die gesundheitlichen Risiken für die Bevölkerung **(Q 3h)**. Der Film war im Juni 1988 von einem Kreis aus DDR-Umweltaktivisten und westdeutschen Journalisten und Filmemachern gedreht worden. Mit den Aufnahmen gingen die Beteiligten ein großes Risiko ein. Seit 1982 stand die Berichterstattung über die Umweltsituation der DDR unter Strafe. Um bei den verbotenen Filmaufnahmen unentdeckt zu bleiben, wählte die Gruppe als Tag für die Aktion das Finale der Fußball-Europameisterschaft am 25. Juni 1988 aus. Zum weiteren Schutz nutzten die Beteiligten einen

„Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“

Unter der Leitung des 1. Sekretär des ZK der SED, Erich Honecker, erklärte die Partei 1971 die „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ zum Ziel. Die neue Politik sollte zu einer Verbesserung der Lage der Bevölkerung beitragen. Hinter dem Kurswechsel stand die Erwartung, dass die Steigerung des Lebensstandards zu mehr Zufriedenheit aufseiten der Bevölkerung führen würde. Dies sollte sich wiederum einerseits in einer höheren wirtschaftlichen Produktivität niederschlagen und andererseits die gesellschaftliche Zustimmung für das Regime wachsen lassen.



Schild „Heute keine Ware“ (DDR, 1974–1989), Haus der Geschichte, Bonn, EB-Nr. 2001/07/0005.

PKW der Marke „Lada“, wie er auch von der Staatssicherheit verwendet wurde. Anschließend brachte ein Beteiligter das aufgenommene Rohmaterial nach West-Berlin, wo letztlich der Film „Bitteres aus Bitterfeld“ fertig produziert wurde.

Als der Film schließlich im westdeutschen ARD-Magazin „Kontraste“ ausgestrahlt wurde, verfolgten dies viele Bürgerinnen und Bürger der DDR am Fernseher mit. So erreichten die Informationen über die Umweltkatastrophe um Bitterfeld auch die Bevölkerung vor Ort. Die Sendung löste eine Welle an Protest aus: Bürgerinnen und Bürger wandten sich in Eingaben an die Verantwortlichen ([Q 3i](#)). Die Veröffentlichung zu

den Umweltproblemen traf die örtlichen und zentralen DDR-Behörden merklich. Nachdem über Jahre hinweg versucht worden war, die Probleme zu leugnen und zu verheimlichen, waren diese auf einen Schlag öffentlich gemacht worden. Der Rat des Bezirkes Halle wandte sich in einem Telegramm an das Ministerium für Umweltschutz und Wasserwirtschaft mit einer Stellungnahme zu den erhobenen Vorwürfen ([Q 3j](#)). Der Rat des Kreises Bitterfeld stellte „Argumentationsmaterial“ zusammen, um den Bericht zu widerlegen ([Q 3k](#)). In der Öffentlichkeit stritten Partei und Staat die in der Sendung „Bitteres aus Bitterfeld“ erhobenen Anschuldigungen weiter ab.

Q 3a: Eingabe einer Lehrerin an den VEB Mifa Sangerhausen wegen der mangelhaften Qualität ihres Fahrrads vom April 1989



Die vorliegende Eingabe einer Lehrerin vom 4. April 1989 zur mangelhaften Qualität ihres Fahrrads richtete sich an die Betriebsparteiorganisation des VEB Mifa Sangerhausen.

Die Betriebsparteiorganisation (BPO) war eine Organisationseinheit der SED auf der Ebene von Betrieben. Die BPO sicherte den Einfluss der Staatspartei vor Ort. Auf dem „11. Parteitag“ der SED im Jahr 1986 wurde der neue Fünfjahresplan verabschiedet. In dem Fünfjahresplan wurde unter anderem die Steigerung des technischen Fortschritts, der Arbeitsproduktivität und des Lebensstandards festgelegt.

4.4.89 32

Eingabe BPO 3/89

Chrenhain
7401

An die Parteileitung
des Mifa-Werks
Sangerhausen
4700

Betrifft: Zbruch eines Fahrradrahmens der Typs „mifa-topfit“

Ich wende mich an Sie mit einer bitteren Erkenntnis über Ihr Angebot, ein
19er Rennfahrrad des Typs „mifa-topfit“.
Am 3. Juli 1987 schenkte mir meine Eltern (es gibt genügend Zugen) dieses
Fahrrad mit der Nr. 5761567 zum Geburtstag. Bis dahin war ich
mit meinem nunmehr 32 Jahre alten 26er Damenfahrrad „Diamant“ mit
dem es mir Probleme gab, täglich zur Schule gefahren. Mein Vater wollte aber
[redacted] keine Tochter nicht auf dem allersten Drahtesel der Entwicklung über,
griff deshalb tief in die Geldbörse, um ein Fahrrad Ihres Betriebes zu kaufen.
Seit 1. September 1987 benutze ich also dieses Rad, um während der Schulzeit
ca. 8. bei solchem Wetter, wo das Fahrradfahren möglich ist, den knapp
500m langen Weg hin- und zurückzusteigen. Rein rechnerisch ergibt
das nicht einmal 100 km bisher.
Gestern nun brach der Rahmen mitten links, als ich wenige Meter
des Schulwegs zurückgelegt hatte. Zum Glück war mit nicht passiert, und
ich bin mit dem Schreck davongekommen.
Gleich nach Erhalt des Fahrrades haben sich die Pedale eigenartig
des Kettenstrahls, raselle. Alle die Felien konnte mein Mann vorbeir-
gehend beheben. Der Schubs „blingelt“ seit 3 Wochen so weiter.
Ich finde es empörend, daß nun - nach Ablauf der gültigen Garantie -



Anita Gehring
Friedensring 3
Ehrenhausen
7401

4.4.89

32

Eingabe B70 3/89

An die Parteileitung
des Jifa-Werks
Sangerhausen
4200

Betreff: Bruch eines Fahrradrahmens des Typs „Jifa-topfit“

Ich sende mich an Sie mit einer bittern Erkenntnis über Ihr Streben, ein
28er Rennfahrrad des Typs „Jifa-topfit“.

Am 3. Juli 1987 schenkten mir meine Eltern (es gilt genügend Zeugen) dieses
Fahrrad mit der Nr. **5761567** zum Geburtstag. Bis dahin war ich
mit meinem nunmehr 32 Jahre alten 28er Damenfahrrad „Diamant“, mit
dem es mir Probleme gab, täglich zur Schule gefahren. Mein Vater wollte aber

seine Tochter nicht auf dem ältesten Drahtesel der Einrichtung sehen,
griff deshalb tief in die Geldbörse, um ein Fahrrad Ihres Betriebes zu kaufen.
Seit 1. September 1987 benutze ich also dieses Rad, um während der Schultage
(d. h. bei solchem Wetter, wo das Fahrradfahren möglich ist) den knapp
500m langen Weg hin- und zurückzuradeln. Rein rechnerisch ergibt
das nicht einmal 100 km bisher.

gestern nun brach der Rahmen mitten links, als ich wenige Meter
des Schulweges zurückgelegt hatte. Zum Glück ist mir nichts passiert, und
ich bin mit dem Schreck davongekommen.

Gleich nach Erhalt des Fahrrades Arden sich die Pedalen eigenartig,
der Kettenanschub „fasselt“. All die Fehler konnte mein Mann vorüber-
gehend beheben. Der Schubb „klingselt“ seit 3 Wochen wieder.

Ich finde es empörend, daß nun - nach Ablauf der gültigen Garantie -
das Fahrrad mit diesem Totalschaden außer Betrieb gesetzt wurde. Da
ich als Kraftfahrer weiß, daß geschweißte Rahmen verrostet werden

müssen, bitte ich Sie nun, mein Fahrrad in Ihrem Werk zu reparieren.
Bitte teilen Sie mir mit, wann ich es per Bahn zuschicken kann.

Ich versichere, daß das Fahrrad nur von mir gefahren wurde und
nie überlastet worden ist (mein Gewicht: 60 kg | + Schultasche).

Wie kann es sein, daß ein Rahmen, der nie stark beansprucht wurde,
bricht? Wie ist es zu erklären, daß ein Fahrrad früherer Produktion
32 Jahre, aber eines der neuen nur 1 1/2 Jahre hält und keine Qualitäts-
maßstäbe zeigt; „Kopfit“ hingegen ein Fehlgriff der Namensgebung für
mich ist?

Es ist eine schlimme Zeit, sich ständig als DDR-Bürger „2. Wahl“ fühlen
zu müssen. Sie glauben vielleicht nicht, wie oft man als Lehrer
in den großen Klassen bei Diskussionen den Buchel hinhalten muß,
wenn man die Kinder zu witzlichen Idealen stören will und sie
ständig mit Gegenargumenten angreifen, die man gar nicht mehr
abweisen kann.

Was müht ein St. Parteitag, das hohe Ziel setzt, wenn die Produktion
mangelhafte Ergebnisse liefert? (Bsp. 1986 - Kauf einer Couchgarnitur -
6000 Mark - eine Couch falsch gepolstert; 1987 Kauf eines Wardautomaten - als
Fehlkonstruktion anerkannt, 1988 Kauf eines Fasoferschers - Fasofehler,
1987 Kauf eines Schleuder - Deckel öffnete sich beim Schleudervorgang)

Ich bin ein äußerst humorvoller Mensch, aber bei Unzufriedenheit -
kriegen konnte ich kein Pardon, weil ich auch von mir selbst und
meiner Einstellung zu Arbeit und Pflichterfüllung ausgehe.

Zufolge Nachlässigkeiten führen schon zu Unruhen in der Be-
völkerung. So kann man das DDR-Bewußtsein schnell kaputt-
machen. Und dann dürfen wir uns über falsche Einstellungen
nicht mehr wundern!

Ich bitte Sie, das zu überdenken, und mich recht schnell über Ihre
Entscheidung in Kenntnis zu setzen.

Anita Gekring

Schreiben geht an Parteisekretär und Direktor für Absatz.

Q 3b: Eingabe an die Arbeiter- und Bauern-Inspektion Dessau aufgrund zehnjähriger Wartezeit auf einen Fernmeldeanschluss vom Oktober 1981



Die vorliegende Eingabe vom 20. Oktober 1981 wegen zehnjähriger Wartezeit auf einen Fernmeldeanschluss richtete sich an die Arbeiter- und Bauern-Inspektion (ABI) Dessau.

Die ABI war eine Behörde zur Kontrolle der Einhaltung von Gesetzen, Beschlüssen und volkswirtschaftlichen Planvorgaben.

Uwe Götzing
4500 Dessau
Otto-Galle-Str. 17

Eintragungen

2. OKT 1981

6.10/81
K.

Dessau, d.20.10.81

Arbeiter- und Bauern-Inspektion
D e s s a u

Betr.: Zehnjährige Wartezeit für einen Fernmeldeanschluß

Wir meldeten uns 1972 für einen Fernsprecher bei der Post Dessau an, erhielten im Antwortschreiben die Auskunft, daß es bis 1975 nicht möglich wäre, einen Fernsprechanschluß zu erhalten. Wir haben diesen Antrag aufrecht erhalten. 1976 haben wir beim Fernmeldeamt nachgefragt und erhielten den Bescheid, daß es z.Zt. nicht möglich sei, es würden noch immer die technischen Voraussetzungen fehlen, aber der Antrag bleibe vorgemerkt.

Nun haben wir im September 1981 abermals nachgefragt (nach 10 Jahren!) und erhielten wiederum die Auskunft (6.10.81), daß es in absehbarer Zeit nicht möglich sei, unserem Antrag zu entsprechen, es würden die entsprechenden Voraussetzungen fehlen.

Eine Anmeldezeit von 10 Jahren, bin ich der Meinung, müßte doch bald ausreichend sein, denn in dieser Zeit bekommt man ganz offiziell ein Auto, aber in Dessau soll es nicht möglich sein, die Warteliste derer abzuarbeiten, die ganz legal und ruhig auf einen Fernsprechanschluß warten.

Die Begründung, es würden die technischen Voraussetzungen fehlen, kann man doch nicht jahrzehntelang anerkennen.

Erwähnen möchte ich noch, daß in unserem Haus bereits kurzfristig ein Anschluß vorhanden war, und zwar bis der Mieter **Kühne** 1977 auszog.

Ich möchte Sie höflichst bitten, diese Angelegenheit zu überprüfen, da unsere Geduld auf eine sehr lange Probe gestellt wird lt. Antwortschreiben der Deutschen Post.

Für Ihr Bemühen dankt Ihnen hochachtungsvoll

Uwe Götzing

Q 3d: Bericht des Volkskontrollausschusses Rehmsdorf zur Kontrolle der Versorgung der Bevölkerung vom Februar 1976



Der vorliegende Kontrollbericht des Volkskontrollausschusses (VKA) Rehmsdorf vom 12. Februar 1976 zur Versorgung der Bevölkerung richtete sich an die Arbeiter- und Bauern-Inspektion (ABI) Zeitz.



Beim VKA handelte es sich um ein Gremium zur Kontrolle der Einhaltung von Gesetzen, Beschlüssen und volkswirtschaftlichen Planvorgaben. Der VKA war der ABI unterstellt, welche die Durchführung der Beschlüsse von Partei und Staat überwachte. Aufschlüsselung der Kurzbezeichnungen: „HO“ (Handelsorganisation, staatliches Handelsunternehmen), „GHG Halle“ (Großhandelsgesellschaft Halle).

VKA - Rehmsdorf

1. Einweisung Rosa Dolmetsch und Agneta für den Auftrag mit 7 an J. Dörmel Einleitung in Kaufmanns Sprache in Rehmsdorf, den 12.2.1976

2. Dörmel Info fertig

AP 11/76

Kontrollbericht

zur Kontrolle "Versorgung der Bevölkerung"

Eingegangen
10. FEB 1976

In Durchsetzung des Arbeitsplanes für das 1. Halbjahr wurden drei Kontrollen durchgeführt :

Schwerpunkt der Kontrollen war die Bereitstellung der Waren durch den Großhandel.

Kontrollobjekt : Konsumverkaufsstelle 0402 und 4122
HD - Verkaufsstelle "Haushaltwaren"

An den Kontrollen nahmen insgesamt 8 Mitglieder des VKA teil.

Kontrollergebnisse :

1. Konsumverkaufsstelle 402

Die Bereitstellung der Waren durch den Großhandel kann noch nicht befriedigen.

Bei der Kontrolle der Bestellbücher wurden erhebliche Differenzen zwischen Bestellung und Auslieferung festgestellt. So wurden im 4. Quartal 1975 bei Tortenmehl nur 10 % der bestellten Mengen ausgeliefert.

Das gleiche gilt für Zitronette und Eierkuchermehl. Von sehr bestellten Mehlsorten kamen nur Weizenstübenmehl, Weizengries und Paniermehl 100 g/g zur Auslieferung.

Bei Perlgräuben kamen 10 % und bei Haferarzneiflocken nur 30 % der bestellten Mengen zur Auslieferung.

Babysan (250 g Packungen) wurden nur zu 20 % und Freiburger Krossmehl zu 8 % im IV. Quartal 1975 ausgeliefert.

Bei Makaronen, Spaghetti und Fadennudeln lag die Auslieferung im gleichen Zeitraum zwischen 40 und 60 %.

Knödelbrot wurde nur zu 2 % und Kantinasucker (4 Sorten, je 15 mal bestellt) nur zu 10 % ausgeliefert.

Bei kochfertigen Suppen kam Pilzsuppe (13 mal bestellt) überhaupt nicht, Kalbfleisch- und Champignonsuppe zu 2 % und Gemüseuppe, Blumenkohluppe mit Fleisch und Ochsenschwanzsuppe nur zu 20 % zur Auslieferung.

Eine ähnliche Situation liegt bei trinkfertigen Säften für Kinder vor.

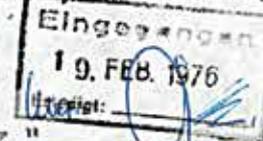
Von insgesamt 7 im Angebot enthaltenen Säften, die alle wöchentlich bestellt wurden, kamen im IV. Quartal 1975 4 überhaupt nicht, 2 nur teilweise und nur 1 Sorte 100 g/g zur Auslieferung. Bei Karottensaft lag die Auslieferung bei 16 %.

- 2 -

VKA - Rehmsdorf

1. Durchführung des. Kontrollplanes mit Hilfe
für stoff. Prüfung an f. Dämmen
Erlaubnis in Aufnahm. Besondere
2. Damm life fest
1976

Rehmsdorf, den 12.2.1976



Kontrollbericht

zur Kontrolle " Versorgung der Bevölkerung "

In Durchsetzung des Arbeitsplanes für das 1. Halbjahr wurden drei Kontrollen durchgeführt :

Schwerpunkt der Kontrollen war die Bereitstellung der Waren durch den Großhandel.

Kontrollobjekt : Konsumverkaufsstelle 0402 und 4122
HO - Verkaufsstelle " Haushaltwaren "

An den Kontrollen nahmen insgesamt 8 Mitglieder des VKA teil.

Kontrollergebnisse :

1. Konsumverkaufsstelle 402

Die Bereitstellung der Waren durch den Großhandel kann noch nicht befriedigen.

Bei der Kontrolle der Bestellbücher wurden erhebliche Differenzen zwischen Bestellung und Auslieferung festgestellt.

So wurden im 4. Quartal 1975 bei Tortenmehl nur 10 % der bestellten Mengen ausgeliefert.

Das gleiche gilt für Zitronette und Eierkuchenmehl.

Von zehn bestellten Mehlsorten kamen nur Weizenauszugsmehl, Weizengries und Paniermehl 100 %ig zur Auslieferung.

Bei Perlgrauen kamen 10 % und bei Haferschneeflocken nur 30 % der bestellten Mengen zur Auslieferung.

Babysan (250 g Packungen) wurden nur zu 20 % und Freiburger Kloßmehl zu 8 % im IV. Quartal 1975 ausgeliefert.

Bei Makkaronie, Spaghetti und Fadennudeln lag die Auslieferung im gleichen Zeitraum zwischen 40 und 60 %.

Knäckebrot wurde nur zu 7 % und Kandiszucker (4 Sorten, je 15 mal bestellt) nur zu 10 % ausgeliefert.

Bei kochfertigen Suppen kam Pilzsuppe (15 mal bestellt) überhaupt nicht, Kalbsfleisch- und Champignonsuppe zu 7 % und Gemüsesuppe, Blumenkohlsuppe mit Fleisch und Ochsenchwanzsuppe nur zu max. 30 % zur Auslieferung.

Eine ähnliche Situation liegt bei trinkfertigen Säften für Kinder vor.

Von insgesamt 7 im Angebot enthaltenen Säften, die alle wöchentlich bestellt wurden, kamen im IV. Quartal 1975 4 überhaupt nicht, 2 nur teilweise und nur 1 Sorte 100 %ig zur Auslieferung. Bei Karottensaft lag die Auslieferung bei 16 %.

- 2 -

Bei Marmeladen kamen Phirsisch, Brombeer und Johannisbeer schwarz und rot, trotz je 13 maliger Bestellung, nicht zur Auslieferung. Von 12 im Angebot enthaltenen Mehrfruchtarmeladen wurden im IV. Quartal 1975 11 Sorten wöchentlich bestellt. Zur Auslieferung kamen nur Pflaumen/Apfel, Aprikosen/Apfel und Kirsch/Apfel, sechs Sorten, wie z.B. Johannisbeer/Apfel, Kirsch - Gelee, kamen nicht zur Auslieferung.

Bei Konfitüre kamen Johannesbeer schwarz und rot (je 13 mal bestellt) nicht zur Auslieferung, Aprikose wurde zu 6 % und Erdbeer mit 50 % ausgeliefert.

Kräuteressig wurde im IV. Quartal 1975 nur zu 30 % und Mayonnaise zu 45 % ausgeliefert.

Bei Fleisch- und Wurstkonserven werden im Angebot 59 Sorten geführt. Von der Verkaufsstelle wurden im IV. Quartal 1975 wöchentlich im Durchschnitt 32 Sorten bestellt. Zur Auslieferung kamen 6 Sorten, 14 Sorten wurden nicht ausgeliefert und der Rest nur zu 10 %.

Im gleichen Zeitraum kamen von 16 bestellten Sorten Obstkonserven nur Mischobst, Apfelmus und Weintrauben zur Auslieferung.

Von 42 im IV. Quartal bestellten Kartons Mischgemüse kamen 2 zur Auslieferung.

Von 16 wöchentlich bestellten Sorten Obstsäften wurde im gleichen Zeitraum nur Apfelsaft ausgeliefert.

Im Januar hat sich bei den bisher aufgezeigten Schwerpunkten noch keine Verbesserung eingestellt.

Bei Genußmitteln sieht die Situation nicht viel anders aus.

Im 2. Halbjahr 1975 wurden von 46 bestellten Kartons Moccacafix Silber und Gold 11 ausgeliefert.

Von 28 bestellten Kartons Kaffee " Im Nu " kam im gleichen Zeitraum keiner zur Auslieferung.

Von 700 bestellten Flaschen Bowlewein kamen im 2. Halbjahr 24 zur Auslieferung.

Trotz wöchentlicher Bestellungen kamen Bulgarengold, Csardas, Mologa, Eselsmilch und Trakia nicht zur Auslieferung.

Keine Auslieferung erfolgte bei den Fruchtweinen Apfel und Harzer Juwel.

Alle übrigen bestellten Weinsorten wurden nur zum Teil ausgeliefert.

Nur Weinbrand (13,60 M) wurde zu 100 % ausgeliefert.

Alle bestellten weißen Sorten wurden im II. Halbjahr 1975 nur zu 20 % ausgeliefert.

Wodka (4,20 M) kam nicht zur Auslieferung.

Ebenfalls unbefriedigend ist die Bereitstellung bei Waren der Haushaltschemie.

- 3 -

Von 6 bestellten Kartons Stern-Schnellwäsche und 3 Kartons Swyt kamen im Januar 1976 keiner zur Auslieferung.

Spee gekörnt wurde im Januar nur mit 30 % ausgeliefert. λ

Vom Spülmittel Wofalor wurden von 30 im Januar bestellten Kartons noch keiner ausgeliefert.

Das gleiche trifft für Mundwasser Odol und 3 Sorten Haarwaschmittel zu.

Zur Zeit wird nur Zitt-grün ausgeliefert.

Bei Pflaster aller Sorten kamen im Januar nur 30 % zur Auslieferung.

Ebenfalls unbefriedigend sind die zu großen Zwischenräume zwischen Bestellung und Auslieferung. (teilweise 8 Wochen), die bei allen Waren auftreten, deren Auslieferungsquote unter 40 % liegt.

2. HO Verkaufsstelle " Haushaltswaren ".

Die Belieferung der Verkaufsstelle durch den GHG Halle mit Haushaltswaren ist sehr unterschiedlich und kam unter Berücksichtigung, daß es sich um eine Landverkaufsstelle handelt und die überwiegende Mehrzahl der Bürger auf diese Verkaufsstelle angewiesen sind, nicht befriedigen.

So kamen Geflügelscheren, Küchenwaagen, Durchschläge, Messerschärfer, Einzelbestecks, Holzleitern, Holzrechen, Wäschekörbe, Schneidebretter aus Holz, Kuchendecken, Kannenfilter, Schuhtablett, Schüsselsätze bis 10,00 Mark, Milchtöpfe, Kaffekannen, Keilfilter, Mehrzwecklampen, Filterkannen, Kosmetikschränke, Servus-Simer und Wein- und Sektkühler über 3 Monate nicht zur Auslieferung.

Die Auslieferungsquote lag im Zeitraum vom 27.11.1975 bis Ende Januar 1976 bei Holz-, Plaste-, Emaille-, Eisen- und Porzellanartikeln zwischen 20 und 35 %.

In der folgenden Tabelle sind die zur Zeit noch bestehenden Differenzen zwischen Bestellung und Auslieferung zusammengestellt :

Bestelltag	Anzahl der bestellten Artikel			Anzahl der ausgelieferten Artikel		
	Emaille/Eisen	Plaste	Porzellan	Emaille/Eisen	Plaste	Porzel.
6.11.75	30	33	Sonderab- kauf	8	20	0
27.11.75	37	19	18	10	2	2
16.12.75	20	16	11	3	7	0
15. 1.76	36	39	22	11	6	5



Noch vorhandene Schwerpunkte in der Belieferung des Einzelhandels durch den GHG sind in der folgenden Tabelle zusammengestellt:

Artikel	Bestellmenge (Stck.)				von GHG angenommen				Ausgeliefert			
	6.11.	27.11.	16.12.	15.1.	6.11.	27.11.	16.12.	15.1.	6.11.	27.11.	16.12.	15.1.
Kuchendecken	40	40	40	40	-	-	-	-	-	-	-	-
Leitern (3 Sorten)	6	6	6	6	-	-	-	-	-	-	-	-
Holzrechen	30	30	30	30	-	-	-	-	-	-	-	-
Wäschekörbe	2	2	2	2	-	-	-	-	-	-	-	-
Schneidebretter	100	100	100	100	-	-	-	-	-	-	-	-
Kompottsätze	20	10	10	10	-	10	-	10	-	10	-	10
Kosmetikschränke	2	2	2	2	-	-	-	-	-	-	-	-
Kannenfilter	10	10	10	10	-	-	-	-	-	-	-	-
Wäscheschürzen	10	10	10	10	-	-	-	10	-	-	-	10
Toilettengarnitur	5	10	5	10	-	-	-	10	-	-	-	10
Schuhablett	5	5	5	5	-	-	-	-	-	-	-	-
Tortensatz	10	10	10	10	15	10	-	-	15	10	-	-
Schüsselsätze (b. 10,-M)	30	30	30	30	-	-	-	-	-	-	-	-
Milchtöpfe	30	30	30	30	-	-	-	-	-	-	-	-
Kaffeekannen	20	20	20	20	-	-	-	-	-	-	-	-
Keilfilter	10	10	10	10	-	-	-	-	-	-	-	-
Mehrzweckkannen	10	10	10	10	-	-	-	-	-	-	-	-
Filterkannen	10	10	10	10	-	-	-	-	-	-	-	-

Der Aufenthaltsraum und die sanitären Einrichtungen des Verkaufspersonals sind vollkommen unbefriedigend. Als Aufenthaltsraum steht zur Zeit nur ein Abschlag vom Verkaufsraum zur Verfügung.

Landesarchiv Sachsen-Anhalt, M 550 Arbeiter- und Bauern-Inspektion, Kreiskomitee Zeit, Nr. 48, nicht paginiert.

3. Konsumverkaufsstelle 4122

Die Belieferung der Verkaufsstelle mit Textilien durch den Großhandel erfolgt befriedigend bis gut. Die Differenzen zwischen Bestellung und Auslieferung sind gering und wirken sich nicht auf die Versorgung der Bevölkerung aus.

Auswertung der Kontrollen

Aus den Kontrollergebnissen ist ersichtlich, daß zwischen Bestellung durch die Verkaufsstellen und Auslieferung durch den Großhandel erhebliche Differenzen bestehen und daß eine sortimentsgerechte und kontinuierliche Auslieferung, die ja mit entscheidend für die Versorgung der Bevölkerung ist, noch nicht gewährleistet ist. Obwohl die angeführten Prozentzahlen bei einer kontinuierlichen Auslieferung weitaus positiver ausfallen würden, ist die Anzahl der bestellten und nicht zur Auslieferung kommenden Waren zu groß. Vom Kollektiv wird vorgeschlagen, gemeinsam mit dem Kreiskomitee und dem Großhandel eine Auswertung der Kontrollen durchzuführen.

Desweiteren wird dem HO - Kreisbetrieb die Auflage erteilt, umgehend Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen in der HO - Verkaufsstelle einzuleiten.

Hartung
Vorsitzender

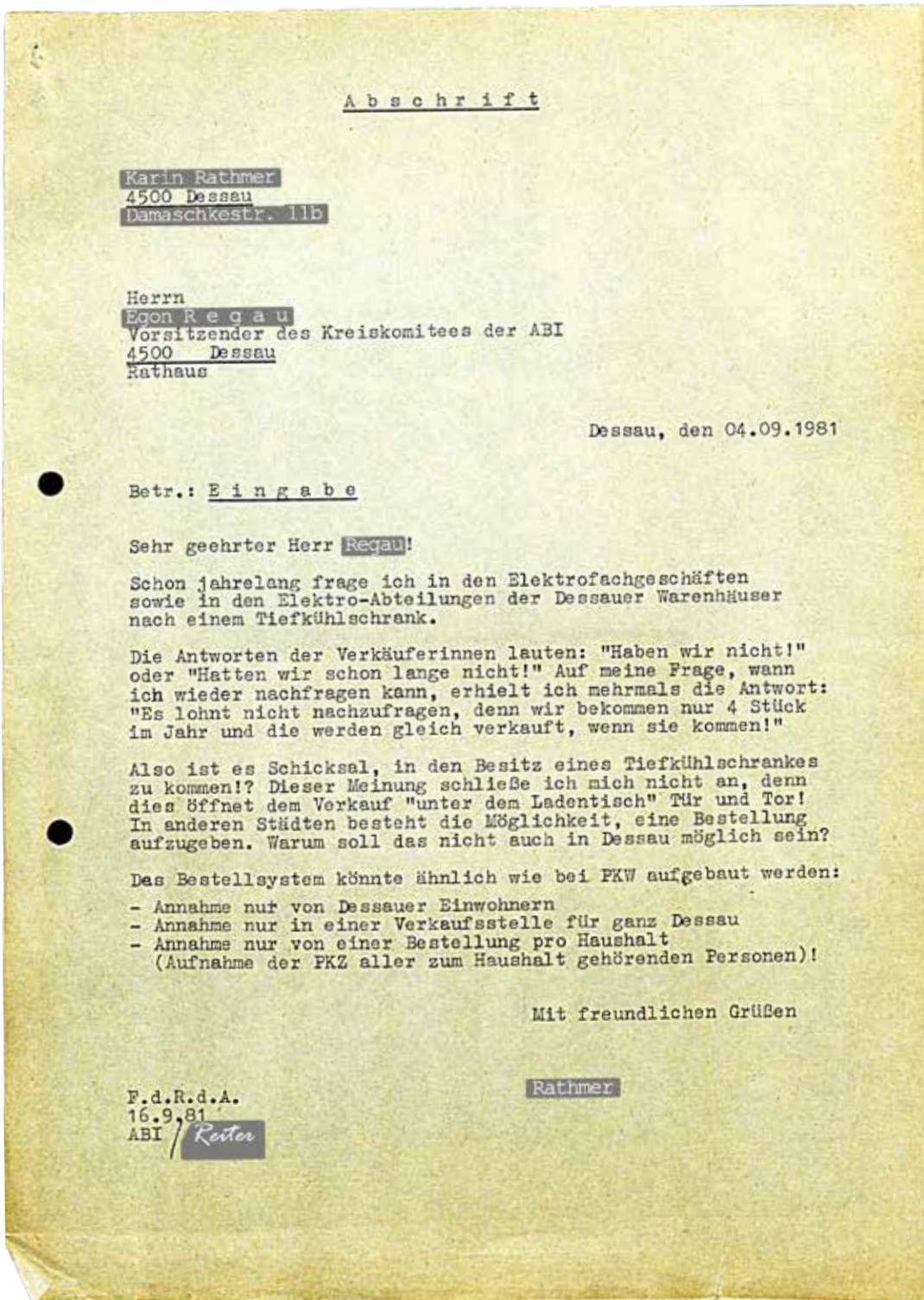
Landesarchiv Sachsen-Anhalt, M 550 Arbeiter- und Bauern-Inspektion, Kreiskomitee Zeit, Nr. 48, nicht paginiert.

Q 3e: Eingabe einer Bürgerin zur fehlenden Versorgung mit einem Tiefkühlschrank vom September 1981



Die als Abschrift vorliegende Eingabe einer Bürgerin zur fehlenden Versorgung mit einem Tiefkühlschrank vom 4. September 1981 richtete sich an die Arbeiter- und Bauern-Inspektion (ABI) Dessau.

Die ABI war eine Behörde zur Kontrolle der Einhaltung von Gesetzen, Beschlüssen und volkswirtschaftlichen Planvorgaben. Aufschlüsselung der Kurzbezeichnungen: „PKZ“ (Personenkennzahl, die DDR vergab seit 1970 an die Bürgerinnen und Bürger des Landes eine persönliche Kennziffer), „F.d.R.d.A.“ (für die Richtigkeit der Abschrift, der Kommentar bedeutet, dass die Abschrift dem Original entspricht).





Q 3f: Eingabe einer Familie zu gesundheitlichen Schäden infolge von Umweltverschmutzung vom Januar 1989

Die Eingabe einer Familie vom 12. Januar 1989 zu gesundheitlichen Problemen aufgrund von Umweltverschmutzung richtete sich an das Ministerium für Umweltschutz und Wasserwirtschaft in Berlin.

Bei der Krankheit „Tonsillitis“ handelt es sich um eine Entzündung der Mandeln im Rachenbereich. Als „Bronchitis“ wird eine Erkrankung der Atemwege bezeichnet.

Ministerium für
Umweltschutz und
Wasserwirtschaft
H.-Beimlerstr. 70-72
1026 Berlin

Abt. U W 3.2
E 54/89
E 15/89
36g.
706

Abg.: Familie
Karlheinz Haakert
J.-Gagarin-Str. 54
Bernburg
4350

RI 1/20
15

Eingabe

Seit 1978 bestand für uns ein akutes Wohnungsproblem. 1983 dachten wir, dieses durch einen Umzug nach Bernburg gelöst zu haben. Wir müssen jedoch feststellen, daß die Stadt Bernburg und ihre Umgebung zu jenen Industriezentren unseres Landes gehört, bei denen die Gesundheit der Bürger wahrscheinlich als zweitrangig gilt. Von den Rauchabzügen vieler privater Haushalte abgesehen, werden von den Zementwerken, dem Sodawerk u. ä. Betrieben hier seit vielen Jahren täglich Unmengen an Schadstoffen abgelassen, die von Mensch und Natur nur sehr schwer zu verkraften sind und nach unserer Meinung schon längst deutliche Spuren hinterlassen haben. Leider hat diese verantwortungslose Luft- bzw. Umweltverschmutzung auch in unserer Familie schon chronische Leiden verursacht und wir stellen uns ernsthaft die Frage, inwieweit sich dieses Verhalten der Verantwortlichen mit der Politik zum Wohle des Menschen vereinbart?

In der Uni-Klinik Halle wurde mir, A. Haakert eine chronische Tonsillitis sowie eine chronische Hinterwandentzündung diagnostiziert und bescheinigt (Mast liegt vor). Verbunden mit dem Hinweis, aus dieser umweltbelasteten Gegend wegehen zu müssen, was uns bis zum heutigen Zeitpunkt jedoch aus beruflichen u.a. Gründen nicht gelang. Auch die übrigen Familienmitglieder klagen ständig über Halsbeschwerden - bis hin zur Bronchitis bzw. anderen Erkrankungen der oberen Atemwege.

Sind Planerfüllung und Erhöhung der Arbeitsproduktivität in unserer Volkswirtschaft - im Zusammenhang mit der Belastung des Menschen durch Luftverschmutzung etc. - das Wichtigere? ... Ist das Recht auf Schutz unserer Gesundheit nur ein Recht auf dem Papier und nicht realisierbar?

Wir möchten hiermit unser verfassungsmäßiges Recht auf Schutz unserer Gesundheit geltend machen und wären an Ihrer Stellungnahme zum vorliegenden Problem interessiert.

A. Haakert

W. Haakert und Sohn

D. Haakert

Bernburg, den 12.01.89

Q 3g: Eingabe eines Lehrlings zur Verschmutzung der Umwelt in der DDR vom September 1989



Die Eingabe eines Lehrlings vom 27. September 1989 zu Umweltproblemen in der DDR richtete sich an das Ministerium für Umweltschutz und Wasserwirtschaft in Berlin.



Als „Ozonloch“ wird die Schwächung der Ozonschicht bezeichnet, die vor den UV-Strahlen der Sonne schützt. Die Ausdünnung der Ozonschicht erfolgte aufgrund der Verbreitung schädlicher Stoffe in der Atmosphäre.

E 12741/89
05/3801/9.10.89 Qg OT 27.9. 407
Liebe Mitarbeiter des
Umweltschutzes!
17.10.

Ich bin 17 Jahre alt und Lehrling.
Mich beschäftigt schon lange das
Problem »Umweltschutz«.
Ich habe regelrecht Angst.
Ich habe Angst einmal kranke
Kinder zu bekommen, ich habe
Angst das noch mehr Tiere aus-
sterben + Pflanzen, daß das Meer
eine Müllkippe wird, daß die Menschen
mehr Hautkrankheiten kriegen, die
es ja inzwischen schon genug gibt
und das eines Tages alles ver-
trocknet und verbleibt.
Man merkt doch von Jahr zu Jahr
die Auswirkungen der Umweltver-
schmutzung. (Robben- u. Pinguinsterven.



Fischsterben, Waldsterben.) Selbst ich habe es persönlich gemerkt.

Im Sommer hatte ich vom den Sonnenstrahlen eine Allergie auf den Armen. Man hat das von vielen Leuten gehört. Das liegt doch 100% ig am Ozonloch. Hier kommen die schädlichen UV-Strahlen noch mehr auf uns zu.

Ich würde so gerne alles tun, daß alles wieder in Ordnung kommt.

Ich wohne mitten in einer Industrie-Stadt, die grau vom Dreck ist. Es ist furchtbar. Es werden so viele große Töne erobert, aber was wird wirklich getan? Ich möchte, daß meine Kinder gesund aufwachsen und die Welt lebend und nicht halbtot kennenlernen. Ich habe große Angst. Ich warte auf Antwort.

Viele Grüße Simone

Q 3h: Protokoll des Beitrages „Bitteres aus Bitterfeld“ in der ARD-Sendung „Kontraste“ vom Herbst 1988



Das vorliegende Protokoll dokumentiert den in der ARD-Sendung „Kontraste“ vom 27. September 1988 gezeigten Beitrag „Bitteres aus Bitterfeld“.

Das „Netzwerk ‚Arche‘“ war ein Zusammenschluss von Umweltinitiativen in der DDR, der im Januar 1988 gegründet wurde. In der DDR standen Informationen über die Umweltsituation im Land aufgrund eines „Ministerratsbeschlusses“ von 1982 unter Geheimhaltung. Die DDR war auf die Einnahme von wertvollen westlichen Währungen – sogenannten „Westdevisen“ – angewiesen, um die Staatsschulden zu reduzieren. Die Krankheiten „Bronchitis“ und „Pseudokrapp“, welche die Atemwege betreffen, werden unter anderem durch Luftverschmutzung hervorgerufen. Bei „ORWO-Original Wolfen“ handelte es sich um den VEB Filmfabrik Wolfen in der Nähe von Bitterfeld.

193

ARD-Fernsehen, Sendung "Kontraste" am 27. 9. 1988

Moderator:

Wenn sie einen stechenden Schmerz im Hals und in den Bronchien verspüren, kehren sie um und rufen den Arzt, das war dann Schwefeldioxid.

Bitterfeld, eine Ortsbeschreibung,

Ausschnitte eines Films über die Umweltzerstörung in einer Industrieregion im Süden der DDR. Sein Titel

"Bitteres aus Bitterfeld"

Hergestellt vom Grünen Netzwerk "Arche" einem Zusammenschluß mehrerer DDR-Umweltgruppen.

Die Kreisstadt Bitterfeld liegt im Zentrum der Kohle- und Chemieindustrie des Bezirkes Halle. In der Umgebung dieser Wohnungen produzieren die Werktätigen mehr als 2000 unterschiedliche chemische Stoffe in überalterten Anlagen.

Dr. Uli Neumann: - Grünes Netzwerk "Arche" (seit Juli in West-Berlin)
"Es ist so, daß die DDR-Regierung jahrzehntelang die Bevölkerung über die Umwelt im Unklaren bzw. regelrecht getäuscht hat. Bisher gab es keine Verlautbarungen, dazu, den wahren Zustand über Luft, Wasser, Wald usw. Die "Arche" als Grünes Netzwerk: als ein Zusammenschluß von Ökologiegruppen landesweit in der evangelischen Kirche hat die Aufgabe, diese Umweltprobleme, ja Umweltskandale, anzusprechen und Öffentlichkeit herzustellen.

Dieser Film über Bitterfeld ist ein erster Anfang, Bitterfeld ist

gewühlt worden, weil dort die ökologischen Probleme äußerst gravierend sind."

Sprecherin:

Diese Mondlandschaft ist im Laufe von vielen Jahren entstanden.



Landesarchiv Sachsen-Anhalt, M 501 Bezirkstag und Rat des Bezirkes Halle, 3. Ablieferung, Nr. 6572, Bl. 193.

194

- 2 -

Bis 90 m tief wird nach Kohle gesucht. 2/3 der Landschaft um Bitterfeld sind so aufgewühlt. Ausgekohlte Tagebaue werden seit Anfang dieses Jahrhunderts als Müllkippen benutzt. Es ist gar nicht mehr nachzuvollziehen, was wo vergraben wurde. Erdreich, Kalk, Asche mit Wasser versetzt wurden schichtweise auf die chemischen Abfälle aufgetragen. So lagern irgendwo in den Tiefen die Altlasten des 2. Weltkrieges, die Versuchsproben der Kampfstoffe und andere Fehlproduktionen der Wissenschaften. Hier unter der vertrockneten Decke der Wasser-Asche-Mischung, schlummern Gift aus der Familie der halogenierten Kohlenwasserstoffe. Die sind Zwischenprodukte für Kunststoffe, Lösungsmittel, Schädlingsbekämpfungsmittel, Pharmazeutika, Treibgas, Feuerlöschermittel usw. usf. Zur selben chemischen Gruppe gehören auch die chlorierten Kohlenwasserstoffe, deren eines Endprodukt das unrühmlich bekannte Insektizid DDT ist. Niemand beaufsichtigt diese Deponien, niemand kontrolliert den ablaufenden chemischen Prozeß.

Altlasten

CKW

Kontrolle

Dr. Uli Neumann:

"Solche Deponien, wie wir sie hier in dem Film sehen, sind typisch für die DDR. Sie sind kein Einzelfall, sondern sie sind die Regel. Den staatlichen Betrieben wird die Müllbeseitigung durch den bekannten Ministerratsbeschuß erheblich erleichtert. Der Ministerratsbeschuß erklärt alle Umweltdaten als geheim und so können die Betriebe ihren Müll und ihren Abfall nicht unter ökologischen Gesichtspunkten, sondern unter dem Aspekt günstiger Kosten beseitigen. So wird für die Müllbeseitigung in der Regel ehemalige Tagebaulöcher oder sonstige Gruben benutzt.

Deponien

Das ist sicher nicht nur eine Schuld der staatlichen Betriebe



vor Ort, daß diese Müllbeseitigung in dieser Form hier stattfindet, sondern dieses wird auch von der DDR-Regierung zentral unterstützt. Erinnerung sei daran, daß die DDR-Regierung westeuropäischen Müll aufkauft gegen Westdevisen.

Sprecherin:

Freiheit III heißt diese Kippe. Sie liegt gut versteckt hinter einem aufgeforsteten Wäldchen etwa 1 km von der Fernstraße entfernt. Eine befahrbare Straße führt bis auf halbe Höhe der

Landesarchiv Sachsen-Anhalt, M 501 Bezirkstag und Rat des Bezirkes Halle, 3. Ablieferung, Nr. 6572, Bl. 194.

195

- 3 -

ehemaligen Tagebauanlage. Die Zufahrt ist umzäunt. Das Tor ist mal offen und mal geschlossen. Diese Kippe mußte eigentlich als Sondermülldeponie deklariert werden. Ist es aber nicht. Per LKW und per Eisenbahn transportiert das Chemiekombinat Bitterfeld seine Abfälle hier her.

Es wimmelt von Kanistern mit den Aufklebern "Vorsicht giftig", "Vorsicht feuergefährlich!", "Vorsicht leicht brennbar!", "Vorsicht bienengefährlich!". Es sind Transportbehälter mit den Resten der Schädlingsbekämpfungsmittel gegen Pilz, Insekten, Unkräuter.

Auf der Kippe stinkt es süßlich. Unsere Schleimhäute in den Augen, Nase und Mund waren gereizt. Die Augen tränen. Bei den Beschäftigten des Chemiekombinates treten die Phenylchloridkrankheit, die Fluorose und Graphitkrankheiten gehäuft auf. Sie äußern sich unter anderem in der Rückbildung der Knochen in den Fingerkuppen oder in Auswüchsen in Größe einer Tomate an den Handgelenken.

Reste laufen aus den Kanistern aus und bilden schillernde Pfützen. Die Aufschüttungen am Rande der Deponie sind naß von flüssigen Chemikalien. Es ist eine Frage der Zeit, wann diese giftige Soße bis zum Grundwasser vorgedrungen ist.

Auch diese Pipeline wird zum Abtransport von Chemikalien genutzt. - Pipeline
Kilometerlang windet sie sich entlang einer Straße bei Bitterfeld. Im Winter ist die Pipeline ein neuralgischer Punkt der Industrie, denn die Rohre frieren oft zu, platzen und die Brühe läuft unkontrolliert ins freie Gelände.
zur Hermine 2. oder Freiheit IV?
mit Asche!

Freiheit II

Angeblich wird mit dieser Pipeline nur die in Wasser gelöschte Asche der Braunkohleverbrennung abtransportiert. Tatsächlich finden wir auf dieser Kippe, einem ehemaligen Tagebau, auch Reste der Papier-, Plaste- und sonstigen Chemieindustrie.

Wofolil-muldenkomplex SB, kein Schadstoff

H. Neumann

Eine Neubausiedlung wurde am Rande dieser Kippe gebaut. Gesundheitliche Schäden der Einheimischen als Folgen der Chemieindustrie sind stadtbekannt. Die Häufigkeit von Bronchitis und Pseudokrapp

Landesarchiv Sachsen-Anhalt, M 501 Bezirkstag und Rat des Bezirkes Halle, 3. Ablieferung, Nr. 6572, Bl. 195.

196

- 4 -

ist fünf- bis achtmal höher als im Landesdurchschnitt. Im Bitterfelder Raum soll die mittlere Lebenserwartung um mehrere Jahre geringer sein.

Dr. Uli Neumann:

"Die Bitterfelder sind einer weiteren Vielzahl von Gefährdungen ausgesetzt. Als Beispiele möchte ich nennen:

Inmitten von Abwassergräben des Chemiekombinates befindet sich eine Schräbergartenanlage der Bitterfelder und immer wenn die Mulde Hochwasser führt, werden diese Niederungen von den Chemieabwässern überschwemmt. Das produzierte Gemüse und Obst aus diesen Schräbergärten gehört eher auf eine Sondermülldeponie, als daß es zum Verzehr in der Familie bestimmt ist. Ein anderes Beispiel für die Gefährdung von Bitterfeldern ist der zentrale Getreidespeicher für diese Region, der sich unmittelbar neben einer Chloranlage befindet; also inmitten der Chemieindustrie wartet das Getreide auf die Weiterverarbeitung zu Brot und Kuchen. In einem Wassergutachten des Grünen Netzwerkes konnte festgestellt werden, daß das Bitterfelder Chemiekombinat häufig gegen die Einleitung, gegen die Normwerte, gegen die bestehenden Normwerte verstößt, daß das Abwasser zur schlechtesten Abwasserkategorie gehört. Man kann vermuten, daß auch das Trinkwasser der Bitterfelder von diesen Belastungen nicht unbeschadet ist und man weiß bis heute nichts darüber, welche langzeiteinwirkungen diese gravierenden Probleme auf die Einwohner in Bitterfeld hat."



Sprecherin:
ORWO-Original Wolfen

Der größte Filmhersteller auf den Anlagen der früheren Firma Agfa Haupteinleiter in diesen ehemaligen Tagebau. In den Silbersee gelangen die gesamten Abwässer der fotochemischen Industrie aus Wolfen seit über 30 Jahren. Unkontrolliert und unbeaufsichtigt laufen hier inmitten unserer Umwelt chemische Reaktionen im Abwasser ab. Der Silbersee soll die Stärke der chemischen Reaktionen

Landesarchiv Sachsen-Anhalt, M 501 Bezirkstag und Rat des Bezirkes Halle, 3. Ablieferung, Nr. 6572, Bl. 196.

197

- 5 -

mindern, der Abwässer verdünnen, bevor auch sie in die Mulde geleitet werden. In der stinkenden Brühe sind Schwermetalle enthalten, und das Wasser ist stark sauer. Dies belegen unsere Analysen. Ebenso wie die Industrie schütten die Anwohner ihren Müll in die zahlreichen Tagebaulöcher. Nur durch eine Straße getrennt grenzen auf der einen Seite Gärten und Einfamilienhäuser an den Silbersee.

Wer inzwischen nicht aus Bitterfeld geflüchtet ist hat sich gewöhnt an die gefährliche Gegenwart der Chemie. Die "oben" machen sowieso, was sie wollen, ist die tägliche Erfahrung. Bei so viel staatlicher Entmündigung und Nachlässigkeit leidet auch die Arbeitsmoral. Da ist es nur eine schmale Wiedergutmachung, daß die Schichtarbeiter überdurchschnittliche Löhne bezahlt bekommen und im Winter verbilligten Schnaps, die Flasche zu 1,35. ?

Langjährige Einwohner berichten von einer Zunahme von Gewalt gegen Menschen und Natur, dem Steigen der Kriminalität und einer Zunahme von Alkoholismus, besonders bei Jugendlichen. Auch das Ausreiseproblem hat Bitterfeld verstärkt heimgesucht.

Moderator:

Das Grüne Netzwerk "Arche", das den Film "Bitteres aus Bitterfeld" produzierte, ist der Versuch von über 30 Ökogruppen in der DDR, ihre Aufklärungsarbeit unter dem Dach der evangelischen Kirche zu



bündeln, zu verbreitern, auf ein neues, wissenschaftliches Fundament zu stellen. Ein Beweis dafür, daß die Umweltschutzbewegung, geboren aus ganz kleinen Anfängen, in der DDR dabei ist, eine Gegenöffentlichkeit zu bilden.

Mündigkeit statt Vormundschaft, das ist heute das Verlangen der jungen nachgewachsenen Generationen in der DDR. Kinder dieser Republik verstehen unter Umweltschutz viel mehr als saubere Flüsse und gesunde Wälder. Zum Umweltschutz gehören für sie Vielfalt des Meinens und Wollens, gehören Rechtssicherheit, Berufungsinstanzen, Teilhabe am Gestalten des Gemeinwesens. Weil

Landesarchiv Sachsen-Anhalt, M 501 Bezirkstag und Rat des Bezirkes Halle, 3. Ablieferung, Nr. 6572, Bl. 197.

198

- 6 -

aber die Mächtigen auf Vormundschaft beharren, Mündigkeit verweigern, sehen viele ihr einziges Heil nur noch in der Ausreise, und wenn die verwehrt wird, in der Flucht.

Landesarchiv Sachsen-Anhalt, M 501 Bezirkstag und Rat des Bezirkes Halle, 3. Ablieferung, Nr. 6572, Bl. 198.

Q 3i: Eingabe eines Bürgers anlässlich des Beitrages „Bitteres aus Bitterfeld“ in der ARD-Sendung „Kontraste“ vom Oktober 1988



Die Eingabe eines Bürgers aus Freiberg in Sachsen an das Ministerium für Umweltschutz und Wasserwirtschaft vom 2. Oktober 1988 nimmt Bezug auf den in der ARD-Sendung „Kontraste“ vom 27. September 1988 gezeigten Beitrag „Bitteres aus Bitterfeld“ und verweist auf ähnliche Umweltsünden im Freiburger Gebiet.

Das „Netzwerk ‚Arche‘“ war ein Zusammenschluss von Umweltinitiativen in der DDR, der im Januar 1988 gegründet wurde. In der DDR standen Informationen über die Umweltsituation im Land aufgrund eines Beschlusses des Ministerrats von 1982 unter Geheimhaltung.

E 1001/88 RJ 14. 10. 204

Georg Dürr
9200 Freiberg, den 02.10.88
Straße der Befreiung 4

Ministerium für Umweltschutz
und Wasserwirtschaft
H.-Beimler-Straße 70/72
Berlin
1026

Sehr geehrter Herr Minister!

Der Beitrag "Bitteres aus Bitterfeld" von der Umweltschutzvereinigung "Arche" der evangelischen Kirche in der DDR, der am 27.09.88 in der Sendung "Kontraste" vom BRD-Fernsehen ausgestrahlt wurde, hat mich und meine Freunde zutiefst erschüttert. Es ist ja ein offenes Geheimnis, daß in bezug auf den Umweltschutz in der DDR, genau wie in anderen Ländern, vieles im argen liegt. Man braucht nur die Kammlagen des Erzgebirges oder unsere Flüsse Elbe, Mulde oder Werra anzusehen, die selbst für jeden Laien sichtbare Schäden aufweisen. Dabei läßt sich die Liste der Objekte beliebig fortsetzen. Dies sind unserer Meinung nach alles Schäden, deren Ursachen sich mit einem gewissen Aufwand an Forschung, Technologie und Technik in einem, für ein Menschenleben erträglichen Zeitraum, eindämmen und beseitigen lassen.

Was uns in dem Beitrag "Bitteres aus Bitterfeld" vor Augen geführt wurde, überschreitet bei weitem das Maß des Erträglichen. Es ist unvorstellbar, daß hochgiftiger Müll in Behältern oder als Flüssigkeit durch Rohrleitungen in derart unverantwortlicher Weise deponiert wird. Die dadurch entstandene Situation läßt sich nur mit einer Zeitbombe vergleichen. Die Verseuchung des Grundwassers mit Nitraten ist da vergleichsweise harmlos. Aber nicht genug damit, daß man eine unzulässige Deponie betreibt, man baut auch noch in unmittelbarer Nähe dieser Deponie neue Wohnhäuser. Da mir Standortgenehmigungsverfahren bekannt sind, frage ich mich, wie diesem Standort durch Gutachten und Stellungnahmen zugestimmt werden konnte. Ebenso verhält es sich mit der dort bestehenden Kleingartenanlage.

Da wir selbst in einem stark schadstoffbelasteten Gebiet wohnen, beunruhigt uns dieser leichtfertige und verantwortungslose Umgang mit Schad- und Giftstoffen besonders. Freiberg gehört durch die Hütte des Bergbau- und Hüttenkombinates zu den am stärksten mit Schwermetallen belasteten Gebieten in der DDR. Dies haben die veröffentlichten Untersuchungsergebnisse der 70-er Jahre im Vergleich Freiberg/ Jena bewiesen. Der Zustand hat sich seither nicht verbessert, sondern er ist, durch die gestiegene Produktion und die weiter veralteten

Anlagen, noch schlechter geworden. Dies wird auch durch die neu errichtete Hütte nicht kompensiert, da diese, durch welche Mängel auch immer, nicht in dem erforderlichen Maße produktionswirksam wird.

- 2 -

Landesarchiv Sachsen-Anhalt, M 501 Bezirkstag und Rat des Bezirkes Halle, 3. Ablieferung, Nr. 6572, Bl. 204.

- 2 -

205

Es ist bekannt, daß im Raum Freiberg zahlreiche Messungen durchgeführt worden. Warum werden die Ergebnisse und Schlußfolgerungen daraus nicht den Bürgern mitgeteilt? Mit regierungsseitigen Beschlüssen, solche Ergebnisse einer Geheimhaltungsstufe zu unterstellen, kann einfach keine Vertrauensbasis geschaffen werden. Der Bürger ist damit entmündigt und kann sich den Angriffen auf seine Gesundheit und damit sein Leben nicht wehren.

Ich muß Ihrer Institution unterstellen, daß Ihr die Mülldeponie und somit wahrscheinlich viele ähnlich gelagerte Fälle nicht bekannt sind. Ich möchte Ihnen diesbezüglich empfehlen, eng mit den unabhängigen Umweltschutzgruppen zusammenzuarbeiten und deren Wissen und Material für Ihr aktiv werden zu verwenden. Sie sollten diese Gruppen bei weiterer Unabhängigkeit sogar finanziell unterstützen.

Weiterhin finden wir es sehr bedauerlich, daß solche Informationen nur durch westliche Massenmedien und nie durch die eigene Presse die Menschen in der DDR erreichen. Daraus kann ich nur schließen, daß Sie diesen Dingen ohnmächtig gegenüberstehen oder, wie ich schon unterstellte, Sie von diesen Dingen keine Kenntnis haben.

Wir möchten von Ihnen wissen, was Sie bezüglich dieser Giftmülldeponie unternehmen und wie Sie die Bürger vor gesundheitlichen Schäden schützen wollen.

Wir möchten von Ihnen weiterhin wissen, was Sie unternehmen wollen, daß wir, als Einwohner von Freiberg, regelmäßig über den aktuellen Stand der Schadstoffbelastung informiert werden, und darüber, welche Maßnahmen zur Beseitigung eingeleitet werden und wie wirksam diese Maßnahmen geworden sind.

Wir möchten wissen, was Sie unternehmen, um den Geheimhaltungsgrad von Umweltmeßergebnissen aufzuheben und endlich ein Vertrauensverhältnis zu den Bürgern herzustellen.

Wir sind der Meinung, daß alle Werktätigen, die mit ihrer Arbeit die Voraussetzungen schaffen, daß eine so wichtige Institution, wie die Ihre, existieren kann, ein Recht haben, Antworten auf diese Fragen zu erhalten.

Betrachten Sie das Schreiben bitte auch als Eingabe.

Hochachtungsvoll

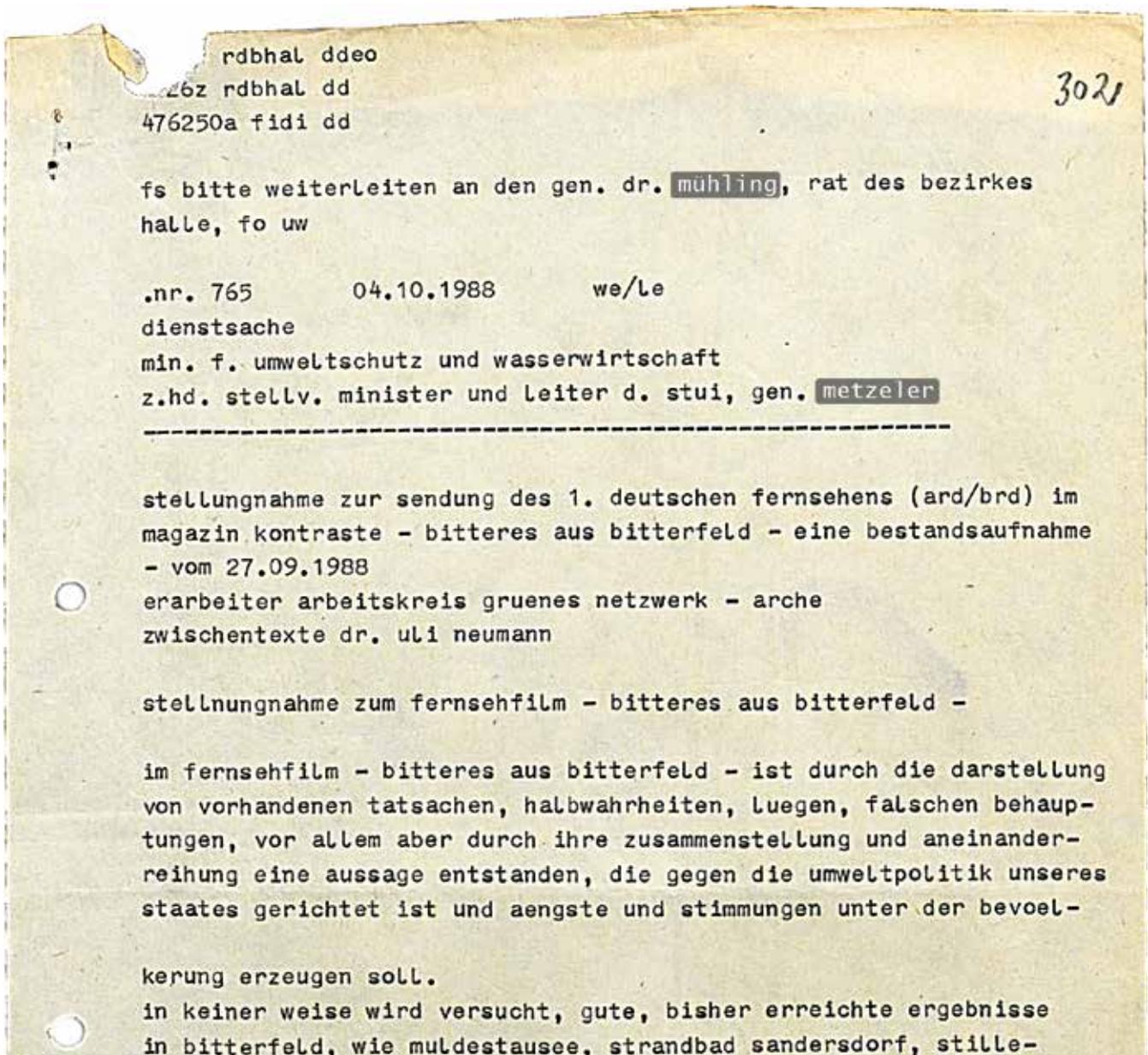
Dür

Q 3j: Telegramm des Rates des Bezirkes Halle mit einer Stellungnahme zum Beitrag „Bitteres aus Bitterfeld“ in der ARD-Sendung „Kontraste“ vom Oktober 1988



Die vorliegende Stellungnahme des Rates des Bezirkes Halle vom 4. Oktober 1988 zu dem in der ARD-Sendung „Kontraste“ gezeigten Beitrag „Bitteres aus Bitterfeld“ richtete sich an das Ministerium für Umweltschutz und Wasserwirtschaft.

Das „Netzwerk ‚Arche‘“ war ein Zusammenschluss von Umweltinitiativen in der DDR, der im Januar 1988 gegründet wurde. In der DDR standen Informationen über die Umweltsituation im Land aufgrund eines Beschlusses des SED-Politbüros von 1982 unter Geheimhaltung. Die „6. Durchführungsverordnung zum Landeskulturgesetz“ regelte unter anderem die schadlose Beseitigung von Abfallprodukten. Aufschlüsselung der Kurzbezeichnungen: „min. f. umweltschutz und wasserwirtschaft“ (Ministerium für Umweltschutz und Wasserwirtschaft), „z.hd.“ (zu Händen), „stui“ (Staatliche Umweltinspektion), „ddt“ (Dichlordiphenyltrichlorethan wird als Insektizid verwendet), „lindan-produktion“ (Lindan wird als Insektizid verwendet), „mfuw“ (Ministerium für Umweltschutz und Wasserwirtschaft), „ckb“ (Chemiekombinat Bitterfeld, Zusammenschluss von Industriebetrieben), „bkk bitterfeld“ (Braunkohlenkombinat Bitterfeld), „sga“ (Staatliche Gewässeraufsicht), „hch“ (Hexachlorcyclohexan), „o. g.“ (oben genannte), „mfc“ (Ministerium für Chemische Industrie), „ossd“ (Ordnung, Sauberkeit, Sicherheit und Disziplin), „orwo“ (ORWO-Original Wolfen, Filmfabrik), „sz“ (= „ß“; „ß“ und Umlaute wie „Ä“ standen bei der Übermittlung von Telegrammen nicht zur Verfügung und wurden daher ersetzt durch „sz“, „ae“ etc.).



rdbhal ddeo

26z rdbhal dd

476250a fidi dd

3021

fs bitte weiterleiten an den gen. dr. **mühling**, rat des bezirkes halle, fo uw

.nr. 765 04.10.1988 we/le
dienstsache

min. f. umweltschutz und wasserwirtschaft

z.hd. stellv. minister und leiter d. stui, gen. **metzeler**

stellungnahme zur sendung des 1. deutschen fernsehens (ard/brd) im magazin kontraste - bitteres aus bitterfeld - eine bestandsaufnahme - vom 27.09.1988

erarbeiter arbeitskreis gruenes netzwerk - arche
zwischenstexte dr. uli neumann

stellungnahme zum fernsehfilm - bitteres aus bitterfeld -

im fernsehfilm - bitteres aus bitterfeld - ist durch die darstellung von vorhandenen tatsachen, halbwahrheiten, luegen, falschen behauptungen, vor allem aber durch ihre zusammenstellung und aneinanderreihung eine aussage entstanden, die gegen die umweltpolitik unseres staates gerichtet ist und aengste und stimmungen unter der bevoel-

kerung erzeugen soll.

in keiner weise wird versucht, gute, bisher erreichte ergebnisse in bitterfeld, wie muldestausee, strandbad sandersdorf, stille-

gung kraftwerk sued, chlorfabrik, kontaktfabrik u. a. auch unter der bevoelkerung bekannte tatsachen zu wuerdigen oder hervorzuheben.

durch eine reihe von sinngebraechen formulierungen wie - es ist nicht nur schuld der betriebe -, - aufkaufen von abfaellen aus der brd - oder - die vorhandene gesetzlichkeit soll die ablagerung erleichtern und eine kontrolle gibt es nicht - wird der angriff eindeutig gegen die staatlichen organe gerichtet und versucht, einen keil zwischen die partei und staatsorgane und die buerger zu treiben.

die tatsachen werden letztlich in vollem umfang durch den kometator genutzt, um eine flucht aus dem industriegebiet und letztlich aus der ddr anzuregen.

dies wird u. a. an folgendem deutlich, in dem man die kombinate aus der schusrichtung nimmt.

Landesarchiv Sachsen-Anhalt, M 501 Bezirkstag und Rat des Bezirkes Halle, 3. Ablieferung, Nr. 6572, Bl. 302.

keine veroeffentlichung von umweltdaten ...-
aussage im film

standpunkt

303

das argument musz anerkannt werden.

wir haben es in der vergangenheit nicht immer verstanden, die vorzuege und erfolge unserer umweltschutzpolitik in den massenmedien der ddr ueberzeugend darzustellen.

wer weis schon, dasz im raum bitterfeld die staub- bzw. so2-emission in den zurueckliegenden 10 jahren um mehr als 50 o/o gesenkt wurde oder durch einstellung der ddt - bzw lindanproduktion die deponie von abprodukten aus dem herstellungsprozess nicht mehr erfolgt.

zur verbesserung der oeffentlichkeitsarbeit wurde 1988 vom rat des bezirkes halle ein entsprechender beschlusz gefasst, den es gilt planmaeszig und zielstrebig umzusetzen.

aussage im film - ausgekohlte tagebaue werden seit 1900 als muellkippen ... fuer fehlchargen, abriszmassen, rueckstaende ... genutzt, ... es gibt keine ueberblick, was in der tiefe der tagebaue schlummert -

standpunkt

die aussage trifft nur in teilen zu.

die altlastenproblematik befindet sich auf der basis von beschluesen des mfuw in der bearbeitung. acht altlasten des bezirkes befinden sich unter kontrolle der stui halle. am beispiel der sanierung



der altlast heideloh (anschnitt einer altdeponie des ckb durch den tagebau koeckern) in zusammenarbeit zwischen dem rat des bezirkes halle, bkk bitterfeld, ckb, stui und sga zeigt sich das konsequente herangehen der staatlichen und betrieblichen organe an die altlastenproblematik.

aussage im film - abgelagerte halogenierte kohlenwasserstoffe aus der deponie, davon ausgehend grundwasser- und umweltgefaehrung ... -

Landesarchiv Sachsen-Anhalt, M 501 Bezirkstag und Rat des Bezirkes Halle, 3. Ablieferung, Nr. 6572, Bl. 303.

standpunkt

bei den dargestellten bildern handelt es sich um aufnahmen der grube antonie. dort wurden bis vor ca. 10 jahren halogenierte kohlenwasserstoffe (rueckstaende aus der hch-produktion) in groeszenordnungen abgelagert. eine grundwasserbeeinflussung ist jedoch ausgeschlossen, da eine grundwasserspiegelabsenkung durch brunnen des ckb und die hereinahme des wassers in die brauchwassergewinnung des ckb erfolgen.

aussage im film - niemand beaufsichtigt die deponien ... -

standpunkt

die in der umgebung des ckb liegenden deponien freiheit iii, freiheit iv, grube antonie, sind berichtspflichtige deponien gegenueber dem rat des bezirkes halle und damit kontrollpflichtig durch die stui halle. sie werden zweimal jaehrlich durch die stui befahren und auf einhaltung der rechtsvorschriften des umweltschutzes kontrolliert. dabei wurde weder 1987 noch 1988 eine ablagerung von abprodukten festgestellt, deren deponierung nicht durch eine genehmigung gemaesz 6. dvo zum landeskulturgesetz gestattet war noch sonstige abweichungen vom festgelegten betriebsregime. auch die 1987 auf der basis zentraler weisungen des mfuw durchgefuehrter wasserschadstoffkontrolle auf den o.g. deponien ergab keine rechtsverletzungen.

im ckb herrscht auf dem gebiet der erfassung und dokumentation von abprodukten eine hohe betriebliche ordnung.

aussage im film - ein ministerratsbeschluss erleichtert den betriebe die deponie von abprodukten, es kann abgelagert werden, was und wie die betriebe moechten ... -

3
304

Versorgungsmangel und Umwelterstoerung

standpunkt

diese behauptung ist ein glatte luege.
in der ddr ist die schadlose beseitigung von abprodukten,
gemaesz 6. dvo zum landeskulturgesetz eindeutig geklaert.
im bezirk halle wird entsprechend dieser rechtsvorschrift voll
inhaltlich verfahren.

Landesarchiv Sachsen-Anhalt, M 501 Bezirkstag und Rat des Bezirkes Halle, 3. Ablieferung, Nr. 6572, Bl. 304.

eine ungenehmigte ablagerung von abprodukten konnte von der
stui halle in den zurueckliegenden kontrollen nicht nachge-
wiesen werden.

4
305

aussage im film - berge von faessern/kanister ...
kippe stinkt sueszlich, reizungen treten
auf ..., reste laufen aus, bilden schil-
lernde pfuetzen ... -

standpunkt

die aussage ist zutreffend, es handelt sich jedoch in jedem
fall um genehmigte verkippungen. diese verkippungen waren
jedoch teilweise nicht notwendig, wenn fuer die chemische in-
dustrie des bezirkes halle von seiten des mfc entscheidungen
zum bau einer zentralen rueckstandsverbrennungsanlage, wie seit
jahren vom rat des bezirkes gefordert, getroffen wurden waeren.
hier bestehen im bereich des mfc leitungsmaeszige maengel und
eine unterschaeztung der bedeutung der abproduktenwirtschaft.

ein einbringen der faesser in mulden und deren ueberschieben
wuerde die situation nur - kaschieren - jedoch nicht beseitigen.
bezuglich der ossd konnten bei kontrollen der stui keine
maengel nachgewiesen werden. die dargestellten fasz-bzw. ka-
nisterberge befinden sich am fusz der kippe freiheit iii und
entstehen technologiebedingt durch das entleeren/kippen z.b. der
eisenbahnwaggons. sie werden dann mit fortlaufen der kippen-
boeschung ueberkippt.

masznahmen und schluszfougerungen

1. in auswertung der ard fernsehsendung ist in einer geziel-
ten oeffentlichkeitsarbeit ueber die kombinate orwo, ckb,
bkk hinaus die umweltproblematik im bitterfelder raum in
abstimmung mit den industrie- und kreisleitungen der sed,
abt. agitation/propaganda zu realisieren.



dabei ist insbesondere darzustellen, welche masznahmen zur beseitigung der erhoehten umweltbelastung im territorium durchgefuehrt wurden und welche masznahmen, ausgehend von den verbleibenden gefaehrungen, realisiert werden.
v: gd der o.g. kombinat t: sofort.

Landesarchiv Sachsen-Anhalt, M 501 Bezirkstag und Rat des Bezirkes Halle, 3. Ablieferung, Nr. 6572, Bl. 305.

2. vom veb chemiekombinat bitterfeld und vom veb fotochemisches kombinat wolfen sind langfristige konzeptionen zur entsorgung von abprodukten vorzulegen.

im rahmen dieser konzeptionen ist der bau von abproduktenverbrennungsanlagen (einschlieszlich faszausbrennung) im bezirk halle vorzusehen und deren realisierung abzusichern.

v: mfc t: konzeption 31.12.88

3. nachfolgende masznahmen und schwerpunktvorhaben des umweltschutzes sind durch die kombinat im zusammenwirken mit den ministerien beschleunigt durchzusetzen.

3.1. veb fck wolfen

- sanierung der grube johannes mit den vorhaben
 - . bau einer umgehungsleitung
 - . sanierung des restloches
- stillegung der sulfatzellstoffproduktion
- reko futterhefe teil i und druckaufgasung
- erfassungsanlage fuer sulfitablaue und reko futterhefe teil ii.

3.2. veb ckb bitterfeld

- senkung der nox-emissionen im ckb
- chlorabsorption - chlorscrubber
- so₃-senkung gipsschwefelsaeure
- einordnung der zentralen abwasserbehandlung

letzgenannte masznahmen sind seit jahren forderungen der staatlichen organe, konnten aber aus verschiedenen gruenden nicht eingeordnet werden.

4. die kontrollen der stui auf den industriedeponien des bezirkes halle sind bis 31.12.88 verstaerkt durchzufuehren. dabei ist insbesondere auf eine hohe ossd zu achten und die einhaltung der deponieornungen zu kontrollieren.

v: stui halle t: 31.12.88

5. die erfassungsunterlagen fuer altlasten sind unter aktiver

beteiligung der stui halle fertigzustellen, mit der erfassung von altlasten und deren sanierung ist - ausgehend vom musterbeispiel heideloh - im bitterfelder raum zu beginnen.
v: stui halle t: 31.12.88



Landesarchiv Sachsen-Anhalt, M 501 Bezirkstag und Rat des Bezirkes Halle, 3. Ablieferung, Nr. 6572, Bl. 306.

6. bei verstoeszen gegen die 6. dvo zum Landeskulturgesetz
- schadlose beseitigung nicht nutzbarer abprodukte -
tgl 37597 - oberirdische deponie von toxischen abprodukten
und schadstoffen - sowie anderer rechtsvorschriften sind
die mittel zur durchsetzung der soz. rechtsordnung
(zwangsgeld, ordnungsstrafen, disziplinarmaßnahmen usw.)
konsequent gegen die jeweiligen leiter und verursachenden
werktaetigen durchzusetzen.

v: rat des bez./uw
stui halle

t: sofort
t: sofort

dr. mühling
sektorenleiter uws
rat des bez.

dr. ing. stratmann
leiter des arbeitsbe-
reiches d/a
staatliche umweltinsp.

fs bitte weiterleiten an den gen. dr. stratmann
staatl. umweltschutzinspektor halle

ok alles klar+++

6
307

Q 3k: „Argumentationsmaterial“ des Rates des Kreises Bitterfeld in Reaktion auf den Beitrag „Bitteres aus Bitterfeld“ in der ARD-Sendung „Kontraste“ vom November 1988



Das vom Rat des Kreises Bitterfeld zusammengestellte „Argumentationsmaterial“ vom 9. November 1988 zu dem in der ARD-Sendung „Kontraste“ gezeigten Beitrag „Bitteres aus Bitterfeld“ wurde der Abteilung Umweltschutz und Wasserwirtschaft des Rates des Bezirkes Halle übermittelt.



Aufschlüsselung der Kurzbezeichnungen: „STUI“ (Staatliche Umweltinspektion), „SGA“ (Staatliche Gewässeraufsicht), „KHI“ (Kreishygieneinspektion), „Sero“ (VEB Kombinat Sekundär-Rohstoffeffassung), „TGL“ (Technische Normen, Gütevorschriften und Lieferbedingungen, staatlicher Standard), „PVC“ (Polyvinylchlorid, Kunststoff).

40

Rat des Kreises Bitterfeld
(Bezirk Halle)
Abt. Umweltschutz, Wasserwirt -
schaft und Erholungswesen

4400 Bitterfeld, den 09.11.1988
Leninstraße 22/23
Fernsprecher 400
Betriebsnummer 04 22 30 04
AZ ZB-VO

Rat des Bezirkes Halle
Abt. Umweltschutz und
Wasserwirtschaft
- Koll. Hopf -
W.-Lohmann-Str. 7

H a l l e
4020

Argumentationsmaterial zur Sendung "Kontraste" am 27.09.1988

- von 1971 bis 1987 erfolgte im Chemiekombinat eine Senkung
 - . der Emission von Einheitsschadstoffen um 60 %
 - . des Staubauswurfes um 79 %
 - . Senkung der SO₂-Emission um 69 %
- Ein Beschluß des Kreistages - das langfristige Programm zur Entwicklung der Umwelt bis 1990 unter den Gesichtspunkten
 - . Reinhaltung der Luft
 - . Reinhaltung der Gewässer und
 - . schadlose Deponierung von Abfallprodukten
 wurde erarbeitet und ist gleichzeitig Bestandteil für die Arbeit mit den Bürgern.
- Ausgekohte Tagebaue werden mit Abfallstoffen verfüllt und wiederurbar gemacht, damit landwirtschaftliche Nutzfläche zurückgegeben werden kann.
Deponien werden ständig kontrolliert von der
 - . STUI
 - . SGA
 - . Bergbehörde
 - . KHI und den
 - . Staatsorganen.
 Eine Deponiegenehmigung erfolgt nach Prüfung und Genehmigung durch die STUI und durch Sero.
Deponien gibt es in allen Ländern der Welt, das beweisen die Skandale in der BRD, wo unkontrolliert Giftstoffe deponiert werden und wo sogar Deponien als Bauhand für Eigenhelme vergeben werden.
- Alle Umweltdaten werden nicht geheimgehalten, wie Emissionswerte.
- Alle Grundwasserfassungsanlagen der Wasserwerke im Kreisgebiet und auch in der Stadt Bitterfeld wird durch die Kreishygieneinspektion überwacht. Das aufbereitete Trinkwasser ist TGL-gerecht.
- Phenylchloridkrankheiten
Laut Aussage der Mediziner ist im Chemiekombinat bzw. unter der Bevölkerung kein Krankheitsfall aufgetreten. Durch die Produktion von PVC ist die Phenylchloridkrankheit bekannt. Seit 1968

Vinyel

FJO 003-67 30 000 IV-2-23 1054

ist kein Krankheitsfall aufgetreten.

- Fluoroseerkrankungen treten nur bei Werkträgigen, die langjährig in der Aluminium-Produktion tätig sind, auf.

- Die Graphitkrankheit ist nicht bekannt.

- Die Aussage, daß die Häufigkeit von Bronchitis- und Pseudokrupperkrankungen fünf bis achtmal höher als im Landesdurchschnitt liegt, ist falsch.

Kreisarzt
Dr. Merker

Die Krankheitsfälle bei unspezifischer Bronchitis liegen im Raum Bitterfeld um 25 % höher als der Republikdurchschnitt.

- Pseudokrupp ist einer Krankheit, die im Kindesalter unabhängig von chemischer Industrie auftritt. Sie kann ebenso durch eine normale neblige Wetterlage hervorgerufen werden.

- Zur Lebenserwartung kann gesagt werden, daß der Anteil der älteren Bürger im Kreis Bitterfeld von etwa 65 bis 85 Jahren und darüber um 2 bis 3 % höher als der Anteil dieser Altersgruppe im Landesdurchschnitt liegt.
Die mittlere Lebenserwartung ist nicht geringer als in der gesamten Republik.

- Der Alkoholismus in Bitterfeld hat allgemein zugenommen und bewegt sich in der Zunahme wie in der gesamten Republik.

Nehmen wir das Argument der wachsenden Kriminalität in unserem Kreis, so sei vorweg gesagt, daß derjenige, der im Glashauss sitzt, am besten nicht mit Steinen werfen sollte.

Denn: In der BRD werden 1987 beispielsweise 7.269 Straftaten pro 100.000 Bürger begangen. Das ist das 7 - 8fache an Straftaten, die in unserem Kreis pro 100.000 Bürger ausgewiesen werden.

Selbst der sogenannte ~~Sicherste~~ sicherste Kreis der BRD hat mehr Straftaten pro 100.000 Bürger als unser Kreis. Nimmt man die Stadt Frankfurt am Main, so ist es sogar das 15fache der Straftaten pro 100.000 Bürger unseres Kreises. Die Statistik weist aus, daß nicht nur in der DDR die Kriminalität im Sinken begriffen ist, sondern auch in unserem Kreis. Vergleichen wir das 1. Halbjahr 1988 mit dem 1. Halbjahr 1987, so sank die Anzahl der Straftaten von 507 auf 425 und darunter der Jugendlichen von 91 auf 36.

Auch hier stellt sich die Frage: Wo haben die Leute dieses Machwerkes ihre Info's her und was bezwecken sie mit der Lüge von der steigenden Jugendkriminalität in Bitterfeld?

F r i t s c h e

Mitglied des Rates für
Umweltschutz, Wasserwirt-
schaft und Erholungswesen

Der Weg zur deutschen Einheit und die wirtschaftliche Krise zu Beginn der 1990er Jahre



Von der Friedlichen Revolution zur deutschen Einheit

Nachdem über Jahrzehnte hinweg in der DDR das gesellschaftliche Leben in sehr eingefahrenen Mustern verlaufen war, überschlugen sich 1989/90 die Geschehnisse. Die öffentlichen Proteste 1989 brachten das von Krisen geschwächte Regime im Herbst 1989 zum Fall. Der politische Wandel, der sich nun Bahn brach, schuf neue Möglichkeiten: Die Idee einer reformierten DDR kam auf, die den Sozialismus mit der Demokratie verbindet.

Doch schon bald kündigte sich ein weiterer Umbruch an. Auf den wöchentlichen Protesten, die sich im Winter 1989/90 fortsetzten, wandelte sich der Ruf „Wir sind das Volk“ zur Parole „Wir sind ein Volk“. Bereits zwanzig Tage nach der Grenzöffnung verlangten Demonstrierende in Halberstadt am 29. November 1989 die deutsche Einheit. Nachdem es der ostdeutschen Bevölkerung anfangs um demokratische Reformen und die Gewährung der Reisefreiheit gegangen war, setzte die Mehrheit nun auf die Vereinigung mit der Bundesrepublik. Die Bundesrepublik unter Bundeskanzler Helmut Kohl leitete Schritte hin zur deutschen Vereinigung ein. Bei der Volkskammerwahl am 18. März 1990 stimmte die Mehrheit der Wählerinnen und

Wähler in den Bezirken Halle und Magdeburg für die deutsche Einheit. Die „Allianz für Deutschland“ (CDU, Demokratischer Aufbruch, Deutsche Soziale Union), die für eine schnelle Vereinigung stand, erhielt ca. 48 Prozent der Stimmen. Im Zuge der Entwicklung hin zur Vereinigung gewannen auch nationalistische Haltungen an Auftrieb. Daraus entsprang eine Welle rechter Gewalt, die sich unter anderem gegen ausländische Arbeitskräfte richtete (**Q 4a**). Die Entwicklung zur deutschen Einheit nahm an Fahrt auf und führte schließlich innerhalb weniger Monate zur Unterzeichnung des Einigungsvertrags am 3. Oktober 1990, der die Einheit Deutschlands besiegelte. Die rasanten Geschehnisse, die von großen Teilen der ostdeutschen Bevölkerung euphorisch begleitet wurden, trafen jedoch auch auf Zweifel (**Q 4b**). Im Zentrum der Unsicherheit stand die Sorge, dass ein übereilter Beitritt der DDR zur Bundesrepublik soziale und wirtschaftliche Probleme bereiten könnte.

Die Wiedereinrichtung des Landes Sachsen-Anhalt

Im Zuge des politischen Umbruchs entstand die Idee, das Land Sachsen-Anhalt wiederzugründen. Das Land Sachsen-Anhalt hatte bereits von 1947 bis 1952



Sprengung an der Karbidfabrik der Buna-Werke vom 10. Januar 1991, LASA, I 529, FS Nr. FN A 8767-76.

bestanden und war schließlich in den Bezirken Halle und Magdeburg aufgegangen. Am 28. März 1990 traten die Runden Tische der Bezirke Halle und Magdeburg sowie der Stadt Dessau zu einem gemeinsamen Runden Tisch zusammen, um die angedachte Wiedereinrichtung des Landes zu debattieren (Q 4c). Das Gremium sprach sich dafür aus, das Land Sachsen-Anhalt neu zu gründen. Die Wiedereinführung der früheren Länder rückte in den folgenden Wochen auf die Agenda der Volkskammer der DDR. Im Juli 1990 beschloss die Volkskammer das „Ländereinführungsgesetz“. Das Gesetz sah die Gründung von fünf neuen Bundesländern in Ostdeutschland vor: Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt.

Bei der Wiedereinrichtung des Landes Sachsen-Anhalt taten sich jedoch Probleme auf. Das Land, das vor mehr als drei Jahrzehnten in die Bezirke Magdeburg und Halle aufgelöst worden war, ließ sich nicht einfach wieder zusammenführen. Die Regionen hatten in der Zwischenzeit ihre eigene Verwaltung aufgebaut und Traditionen begründet. Im Fall des im Bezirk Halle gelegenen Landkreises Artern stimmten die Bewohnerinnen und Bewohner im Sommer 1990 in einer Bürgerbefragung dafür, dass der Kreis zum Bundesland Thüringen wechseln sollte. Zeitgleich sprach sich die Bevölkerung im Landkreis Jessen, der bislang zum Bezirk Cottbus gehörte, für das Land Sachsen-Anhalt aus. Große Debatten löste die Frage aus, welche Stadt zur Landeshauptstadt von Sachsen-Anhalt werden sollte (D 4d). Sowohl Halle als auch Magdeburg beanspruchten den Sitz der Landeshauptstadt für sich. Beide Städte erhofften sich Ansehen und Einfluss vom Titel der Landeshauptstadt. Dessau als drittgrößte Stadt im Land blieb in der Debatte indessen weitestgehend außen vor. Öffentliche Umfragen im Sommer 1990 ergaben, dass sich die Hälfte der Bevölkerung im angedachten Land Sachsen-Anhalt für Magdeburg als Landeshauptstadt aussprach, während für Halle nur 39 Prozent stimmten und Dessau von lediglich 11 Prozent gewünscht wurde. Da sich Halle und Magdeburg nicht auf eine Lösung einigen konnten, wurde im August 1990 eine Abstimmung über den Sitz der Landeshauptstadt durchgeführt. An der Wahl nahmen die Mitglieder der Kreistage und Stadtverordnetenversammlungen teil. In der Abstimmung setzte sich Magdeburg mit 2.743 Stimmen gegen Halle mit 2.175 Stimmen durch (gewichteter Stimmenergebnis). Das Abstimmungsergebnis, das nicht rechtsgültig war, wurde dem ersten Landtag des Landes Sachsen-Anhalt als Empfehlung für die endgültige Entscheidung übergeben. Der Landtag, der sich am 28. Oktober 1990 zur konstituierenden Sitzung in Dessau zusammenfand, bestimmte schließlich Magdeburg zur neuen Landeshauptstadt von Sachsen-Anhalt.

Die wirtschaftlichen Folgen der deutschen Einheit

Die deutsche Vereinigung bedeutete für Ostdeutschland neben den politischen Veränderungen einen grundlegenden wirtschaftlichen Umbruch. In der DDR war die Wirtschaft über 40 Jahre hinweg zentral vom Staat gelenkt worden. Der deutsche Einheitsprozess zielte auf die rasche Umstellung von der Planwirtschaft hin zur sozialen Marktwirtschaft der Bundesrepublik. Am 1. Juli 1990 trat zu diesem Zweck der Vertrag über die Schaffung einer **Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion** zwischen der DDR



Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion

Die DDR und die Bundesrepublik schlossen im Frühjahr 1990 einen Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion. Der Staatsvertrag, der am 1. Juli 1990 in Kraft trat, bedeutete die wirtschaftliche Eingliederung der DDR in die Bundesrepublik. Die DDR führte die westdeutsche D-Mark als alleinige Währung in der DDR ein. Zugleich sicherte die DDR die Einführung der Marktwirtschaft zu. Darüber hinaus übernahm die DDR die sozialstaatliche Ordnung der Bundesrepublik, wie zum Beispiel die Arbeitslosenversicherung.

und der Bundesrepublik in Kraft. Folge der wirtschaftlichen Öffnung der DDR war, dass die ostdeutschen Betriebe sich nun plötzlich der weltweiten Konkurrenz stellen mussten. Die Wirtschaft litt unter der geringen Produktivität der oftmals veralteten Betriebe. Zeitgleich brach die Nachfrage nach ostdeutschen Produkten weg, da die Konsumentinnen und Konsumenten nun lieber Waren aus der Bundesrepublik kauften. Die Konsequenz war der Zusammenbruch der Wirtschaft in Ostdeutschland zu Beginn der 1990er Jahre. Die ehemaligen Volkseigenen Betriebe der DDR wurden von der **Treuhandanstalt** an private Investo-



Treuhandanstalt

Die Treuhandanstalt war eine Bundesbehörde, die zwischen 1990 und 1994 die ehemaligen staatlichen Betriebe der DDR an private Investoren verkaufte. Diese Privatisierung galt als ein zentraler Schritt auf dem Weg zur Marktwirtschaft. Im Fall, dass der Verkauf eines Unternehmens nicht zustande kam, wurde es stillgelegt. Die steigende Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland zu Beginn der 1990er Jahre wurde vor allem der Treuhandanstalt angelastet. Die Privatisierung und Schließung von Betrieben wurde als „Ausverkauf“ der ostdeutschen Wirtschaft wahrgenommen.

ren verkauft und notfalls stillgelegt. Bis 1993 verloren rund drei Millionen Menschen in Ostdeutschland ihre Arbeit. In Sachsen-Anhalt stieg die Arbeitslosigkeit besonders stark: 1994 betrug die Arbeitslosenquote

hier 16,7 Prozent. Das Bundesland führte die negative Statistik im ostdeutschen Vergleich über Jahre hinweg an. Vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Entwicklung wich die Einheitseuphorie von 1989/90 einer breiten Unzufriedenheit.

Der wirtschaftliche Wandel gestaltete sich im wiedergegründeten Sachsen-Anhalt äußerst schwierig. Die Bezirke Halle und Magdeburg waren zu Zeiten der DDR von großen Kombinatn geprägt, die sich für das wirtschaftliche Überleben nun stark verändern mussten. Vom Umbruch waren sowohl der Schwermaschinenbau in Magdeburg als auch das „Chemiedreieck“ im Umfeld der Städte Halle, Merseburg und Bitterfeld besonders betroffen. Die Chemieindustrie im südlichen Sachsen-Anhalt erwirtschaftete keinen Gewinn und verursachte zugleich große Umweltschäden. Die Leuna-Werke als der größte Chemiebetrieb der Gegend verloren innerhalb weniger Jahre einen Großteil der ehemals etwa 27.000 Beschäftigten (Q4e). Die

Belegschaften reagierten mit Protesten auf die Schließung von Betriebsteilen und Massenentlassungen (Q4f). Um einen Zeichen für den Erhalt der Arbeitsplätze zu setzen, schlossen sich im März 1991 mehrere tausend Menschen zu einer Lichterkette um das Werksgelände zusammen. Im Mai 1991 besuchte Bundeskanzler Helmut Kohl die nahegelegenen Buna-Werke in Schkopau und gab dort das sogenannte „Kanzlerversprechen“, dass das gesamte Chemiedreieck erhalten bleiben werde. Ein Schwerpunkt der folgenden Privatisierung der Chemiebetriebe war das Investment des französischen Konzerns Elf Aquitaine, der in Leuna eine Raffinerie errichtete und 2.500 Arbeitsplätze garantierte (Q4g). Langfristig machte sich die Übernahme des Raffineriegeschäfts durch Elf Aquitaine bezahlt: Der Neubau der Raffinerie durch den französischen Konzern setzte das Startsignal für die Privatisierung des Chemiestandorts.



Bundeskanzler Helmut Kohl bei seinem Besuch der Buna-Werke in Schkopau am 10. Mai 1991, LASA, I 529, FS Nr. FN A 8870 C-32.

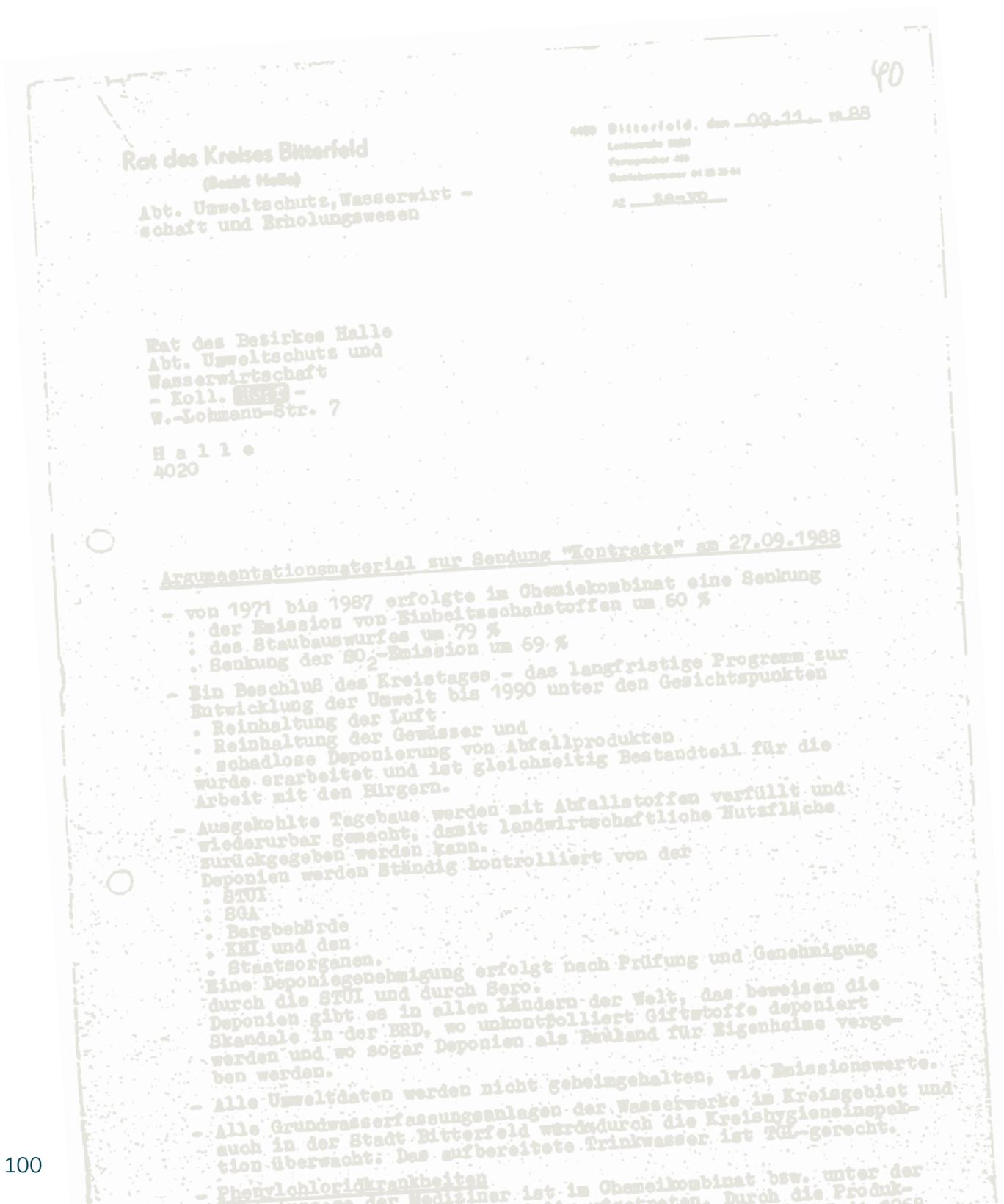
Q 4a: Mitteilung der Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei Magdeburg zu Übergriffen auf ausländische Bürger vom Mai 1990



Die vorliegende Mitteilung der Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei vom 31. Mai 1990 zu Übergriffen auf ausländische Bürger wurde über einen Verteiler an die Volkspolizei-Kreisämter verbreitet.



Die Notiz am unteren Seitenrand lautet: „VP-Kom. [Diehl; Pseudonym], wörtlich verlesen u. Aufgaben erläutert u. Eingewiesen“. Aufschlüsselung der Kurzbezeichnungen: „bdvp mbg“ (Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei Magdeburg), „VP-Kom.“ (Volkspolizei-Kommissar).





7

US. DM line
Abh. & Aufg
ODH

VZA Haldensleben - Fernschreibstelle -	
Versandnummer	Nr. 946
Empfänger / Adressat	31.5 am 1028 Sign. 004
Empfänger / Absender verständigt	
um	Sign

Beer

Sam =
+ bdvp mbg 946 owz 31.05.90 1010 ti =

verteiler a - leiter =

zu ihrer information teile ich ihnen mit, dass in letzter zeit in einigen bezirken ein verstaerktes auftreten extremistischer gruppen und einzelpersonen gegen in der deutschen demokratischen republik lebende buerger der volksrepublik mocambique und anderer auslaendischer buerger zu verzeichnen ist, besonders in bereichen von wohnunterkuenften und anderen aufenthaltsorten wurden provokationen und ueberfaelle durchgefuehrt. darueber hinaus haeuften sich drohungen und beleidigungen gegeneuber auslaendischen buergern in der oeffentlichkeit, die oftmals zu taetlichen auseinandersetzungen fuehrten, bei denen erhebliche personen- und sachschaeden verursacht wurden, verschiedentlich wurden solche provokationen waehrend bzw. nach veranstaltungen veruebt.

ausgehend von dieser entwicklung und der lage in ihrem kreis haben sie in enger zusammenarbeit mit den oertlichen raeten, den auslaenderbeauftragten und leitern von betrieben, in denen auslaendische buerger arbeiten, erforderliche massnahmen zum schutz dieser buerger und zur vorbeugung und verhinderung von angriffen extremistischer personen bzw. - gruppen zu veranlassen. bei taetlichen und anderen auseinandersetzungen sind unverzueglich wirksame massnahmen zur gefahrenabwehr und beweisicherung einzuleiten.

wohnunterkuenfte und andere objekte, in denen sich auslaendische buerger aufhalten, sind besonders zu den schwerpunktzeiten in die streifentaetigkeit einzubeziehen.

zu den leitern von wohnunterkuenften sowie betrieben und einrichtungen sind staendige informationsbeziehungen aufrechtzuerhalten. =

bdvp magdeburg stv. d. chefs f/sv vp-oberrat **finke** +

VP-Kom. **Diehl**, waertlich verlesen u. Aufgelesen
abwaert u. Engewesen

- 1028

Seitz

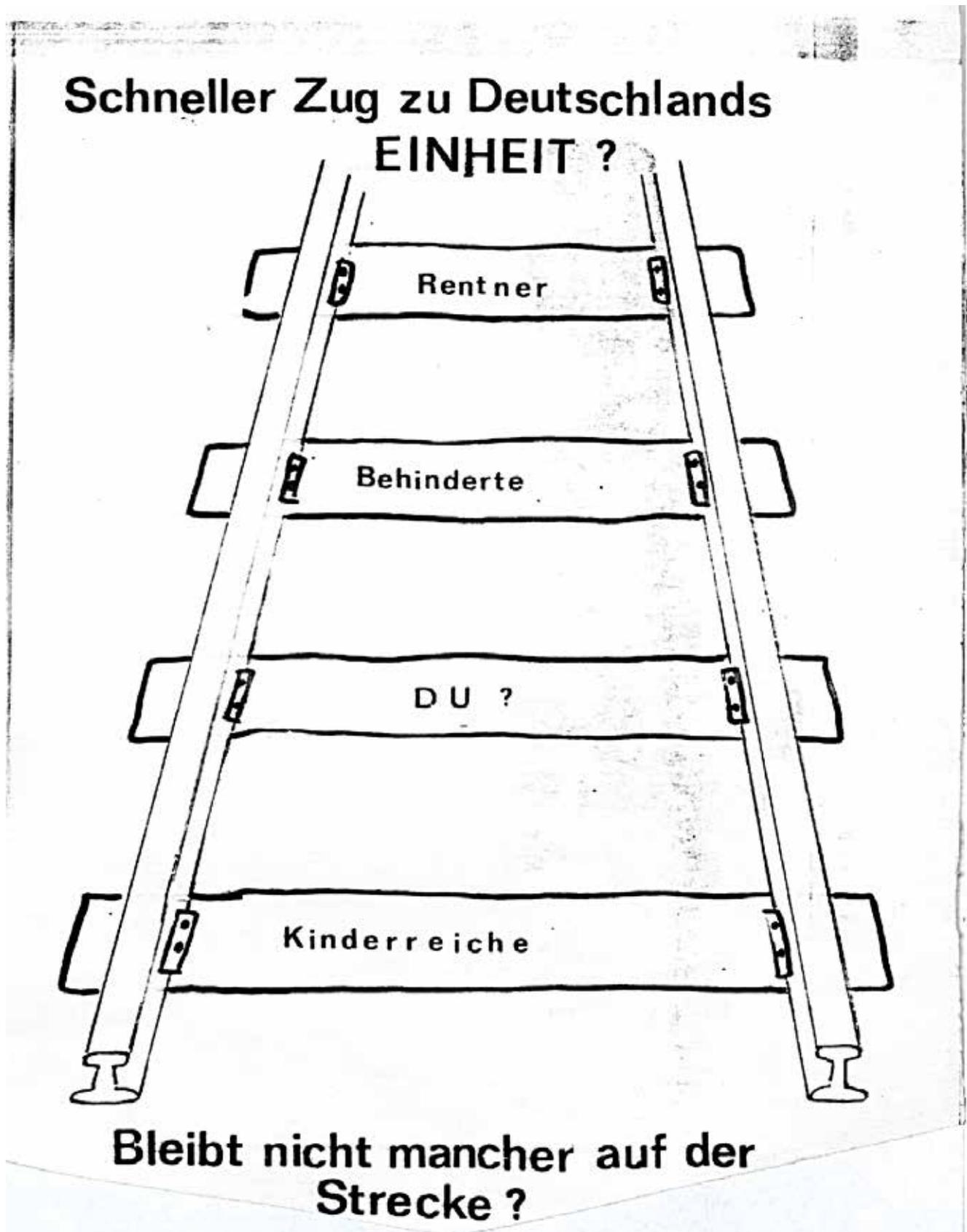
mbg sam 946 31.05. 1028 ti +

as weiter

Q 4b: Flugblatt zur deutschen Einheit aus den Jahren 1989/90



Das Flugblatt von einem unbekanntem Urheber aus dem Zeitraum 1989/90 thematisiert den Prozess zur deutschen Vereinigung.



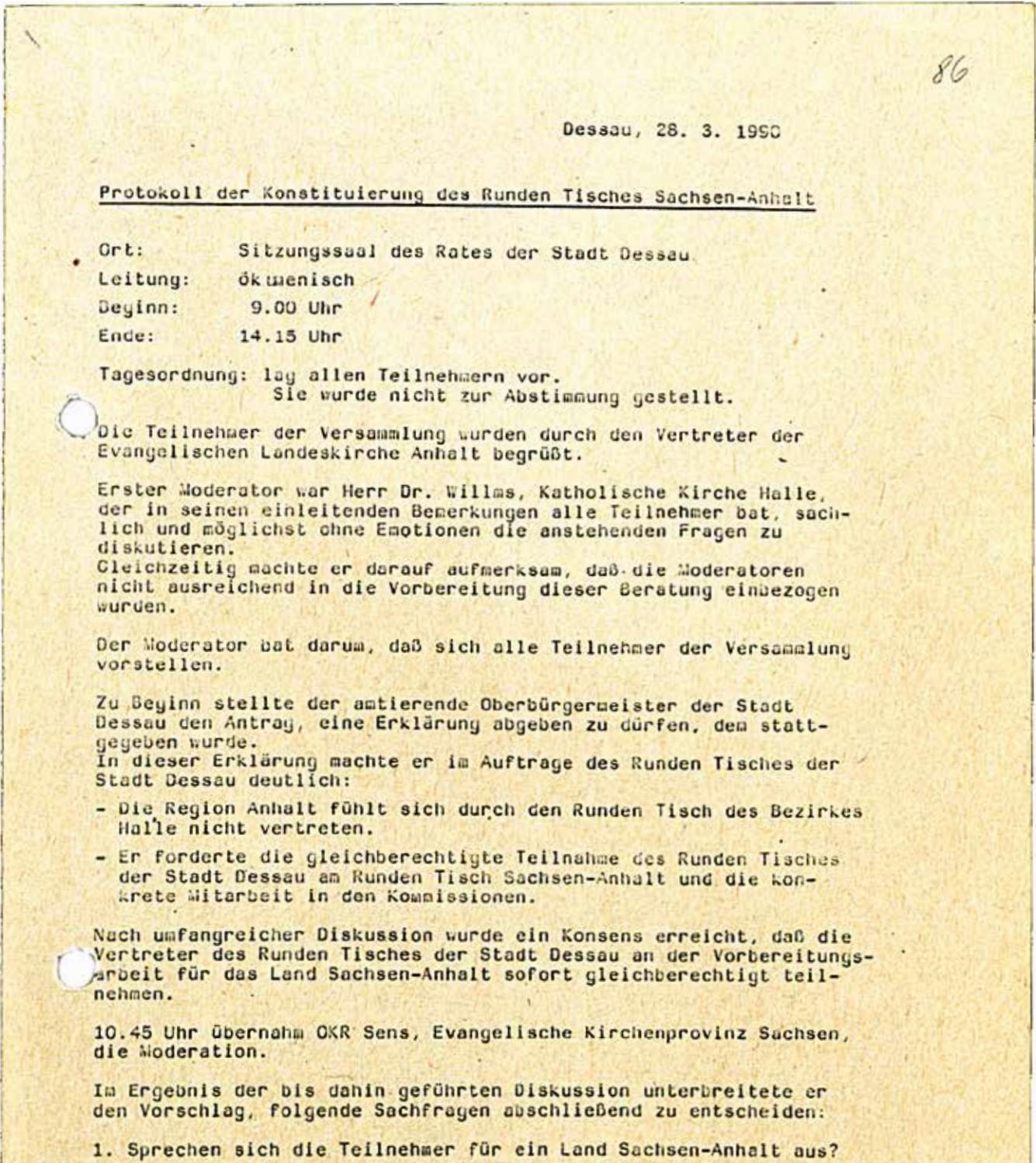
Q 4c: Protokoll der Gründungssitzung des Runden Tisches Sachsen-Anhalt vom März 1990



Das vorliegende Protokoll dokumentiert die erste Sitzung des Runden Tisches Sachsen-Anhalt am 28. März 1990.



Die „ökumenisch[e]“ Leitung der Sitzung bedeutet, dass das Treffen sowohl von einem katholischen als auch einem evangelischen Kirchenvertreter angeleitet wurde. Das „Neue[s] Forum“ war eine oppositionelle Initiative, die im Herbst 1989 in der DDR entstand und sich im Weiteren an den Runden Tischen beteiligte. Der Vorsitzende des Rates des Bezirkes Magdeburg stand dem höchsten staatlichen Organ auf Bezirksebene vor. Aufschlüsselung der Kurzbezeichnung: „OKR“ (Oberkirchenrat).



2. Im Zusammenhang mit den Vorbereitungsarbeiten sollte auf die Termini Bezirke bzw. Regierungsbezirke verzichtet und dafür der Begriff Regionen (Dessau, Halle Magdeburg) verwandt werden.



Landesarchiv Sachsen-Anhalt, P 563 Freie Deutsche Jugend (FDJ), Bezirksleitung Halle, Nr. 700, Bl. 86.

2

In der darauffolgenden Diskussion stellte Herr Westphal, Neues Forum Magdeburg, den Antrag, daß sich in der Beratung die Vertreter der Parteien/Organisationen/Gruppierungen im Interesse einer einheitlichen Abstimmung zusammensetzen sollten. Diesem Antrag wurde mehrheitlich zugestimmt. Er wurde sofort realisiert.

Anschließend wurde der Antrag bestätigt (bei 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung), allen Teilnehmern mit Ausnahme der Moderatoren für diese Beratung Stimmbrecht einzuräumen.

Mehrheitlich (mit einer Enthaltung) votierten die Anwesenden für ein Land Sachsen-Anhalt.

Unterschiedliche Auffassungen gab es zu den Möglichkeiten, die öffentliche Meinung zum Land Sachsen-Anhalt zu erfragen. Vorschläge, die z. B. eine Volksbefragung zum Inhalt hatten, wurden zum gegenwärtigen Zeitpunkt zurückgestellt. Letztlich einigten sich die Anwesenden darauf, in einem Brief an die Regierung die Auffassung dieses Gremiums zum Ausdruck zu bringen.

Die Koordinierungsgruppe wurde beauftragt, den Brief zu verfassen.

Der Antrag des Vorsitzenden des Rates des Bezirkes Magdeburg, Herrn Grünwald, alle Grenzfragen, die im Zusammenhang mit dem Land Sachsen-Anhalt zu klären sind, an die Arbeitsgruppe Landesstruktur zu verweisen, wurde bei drei Stimmenthaltungen befürwortet.

Nach der Mittagspause übernahm Kreis-Oberpfarrer Radeloff aus Dessau die Moderation.

Die Teilnehmer berieten die Aufgabenstellung und Arbeitsweise der Koordinierungsgruppe und ihrer Arbeitsgruppen für die Vorbereitung des Landes Sachsen-Anhalt. Das Material lag den Teilnehmern als Entwurf vor.

Im Ergebnis der Diskussion kam es zu nachstehenden Veränderungen:

1. Generell ist aus dem Material der Begriff Bezirk durch den Begriff Region zu ersetzen. An den vorgeschenen Punkten ist neben den Namen Halle und Magdeburg auch Dessau zu benennen.

2. Die Koordinierungsgruppe wird paritätisch geleitet durch

Herrn Cappallo	Erster Stellvertreter des Vorsitzenden des Rates des Bezirkes Magdeburg
Herrn Frönicke	Stellvertreter des Vorsitzenden für kommunale Organe des Bezirkes Halle
Herrn Broda	Sekretär des Rates der Stadt Dessau

Mitglieder sind:

die Leiter der Arbeitsgruppen, die Moderatoren,
die Sekretäre des Runden Tisches Sachsen-Anhalt.

Die Veränderungen wurden einstimmig bestätigt.



87

3

Termin!
 Bis zum 10. 4. 1990 haben die Parteien, politischen Organisationen und Gruppierungen namentliche Vorschläge für die Mitarbeit in den Arbeitsgruppen und Unterarbeitsgruppen der Koordinierungsgruppe zu übergeben.

Die Koordinierungsgruppe unterbreitet dem Runden Tisch am 24. April die Vorschläge zur Zusammensetzung der Arbeitsgruppen. Auch dieser Beschluß wurde einstimmig gefaßt.

Nach dem Beispiel der Arbeitsgruppe Landesregierung/Regierungsbezirke haben die Arbeitsgruppen Landtag und Landesstruktur einen Orientierungsrahmen für die Arbeit unverzüglich vorzulegen. Die 3 Materialien sind den Runden Tischen bis Dienstag, der 10. April zu übergeben.

Dem Antrag, eine Quotenregelung für den Tisch Sachsen-Anhalt in Anwendung zu bringen, wurde nicht entsprochen.

Einstimmig wurde der vorliegende Entwurf des Briefes an den Runden Tisch, Kreistage und Räte der Kreise, die von der Gebietsreform 1952 berührt wurden, verabschiedet. In seinem Inhalt ist die Mitwirkung des Runden Tisches Dessau sichtbar zu machen.

Die nächste Beratung des Runden Tisches Sachsen-Anhalt findet am 24. 4. 1990 um 9.00 Uhr im Klubhaus der Gewerkschaften in Halle statt.

Für die Richtigkeit:

[Handwritten signature]

[Handwritten signature]
 Moderator

[Handwritten signature]
 Moderator

Kontaktadressen der Sekretäre des Runden Tisches Sachsen-Anhalt:

Herr Wolfgang Wagner
 Rat des Bezirkes Halle
 Willy-Lohmann-Str. 7
 Halle
 4020

Tel.: 347(0)
 2257

Herr Horst Gläßl
 Rat des Bezirkes Magdeburg
 Olvenstedter Str. 1/2
 Magdeburg
 3080

Tel.: 382(0)
 2238

Q 4d: Telegramm des Oberbürgermeisters der Stadt Dessau zum anhaltenden Streit um den Sitz der künftigen Landeshauptstadt Sachsen-Anhalts vom September 1990



Das vorliegende Telegramm des Oberbürgermeisters der Stadt Dessau vom 7. September 1990 zur Auseinandersetzung über den Sitz der Landeshauptstadt von Sachsen-Anhalt richtete sich an einen weiten Adressatenkreis von Ministerien, Behörden und Presse.



Auf der Ebene einer größeren Stadt handelte es sich bei einem „Magistrat[es]“ um den Oberbürgermeister sowie die beigeordneten Bürgermeister. Aufschlüsselung der Kurzbezeichnungen: „ratds dd“ (Rat der Stadt Dessau), „cdu“ (Christlich Demokratische Union Deutschlands), „fdp“ (Freie Demokratische Partei), „spd“ (Sozialdemokratische Partei Deutschlands), „mz-veroeffentlichung“ (Veröffentlichung der Mitteldeutschen Zeitung).

168
Akzept LR
11/8/90
Bezirksverwaltungsbehörde Halle
Der Bürgerbeauftragte
07.09.90
3734190 LKW

-n-
488225 ratds dd 424-429 07.09. 1510 so

stadtverwaltung dessau
oberbuergemeister

amt des ministerrates berlin
minister fuer kommunale u. regionale
angelegenheiten -normal-

bezirksverwaltungsbehoerde halle
regierungsbeauftragter
dr. keitel -normal-

bezirksverwaltungsbehoerde magdeburg
regierungsbeauftragter
herr braun

allgemeiner deutscher nachrichtendienst halle
adn und weiterleitung an dpa halle

amt des ministerrates berlin
minister fuer umwelt, naturschutz,
energie und reaktorschutz

gemeinsame erklaerung des magistrates und der drei groeszten
koalitionsparteien der stadt dessau cdu, fdp und spd zu der
mz-veroeffentlichung vom 07.09.1990 zur problematik der
Landeshauptstadt von sachsen-anhalt.

wir teilen die befuerchtungen vieler menschen im kuenftigen
land, dasz durch den anhaltenden streit der bisherigen bezirks-
staedte halle und magdeburg um den status der landeshauptstadt
entscheidungen zur strukturierung des landes nicht gefaellt



werden koennen. dadurch entstanden dem kuenftigen Land bereits nachteile.

wir sind der meinung, dasz diese auseinandersetzung auch nach einer entscheidung zu gunsten einer dieser staedte die schweren anfangsjahre des Landes ueberschatten und belasten wird.

es ist hoechste zeit, diesen zweikampf zu beenden und einen vernuenftigen konsens zu finden.

im interesse des Landes sachsen-anhalt und seiner bevoelkerung ist die stadt dessau bereit, die aufgaben der Landeshauptstadt zu uebernehmen.

dieses anbot ist getragen, von der sorge um die zukunft unseres kuenftigen Landes und seiner entwicklung.

dessau bietet neben seiner zentralen lage den vorteil, dasz es aufgrund seiner groesze keine dominanz im kuenftigen Land sachsen-anhalt ausueben wird.

die ministerien koennten auf die drei groeszten staedte des Landes verteilt werden.

die stadt dessau ist bereit, ihrerseits die erforderlichen voraussetzungen zu schaffen.

oberbuergemeister der stadt dessau
dr. neubert

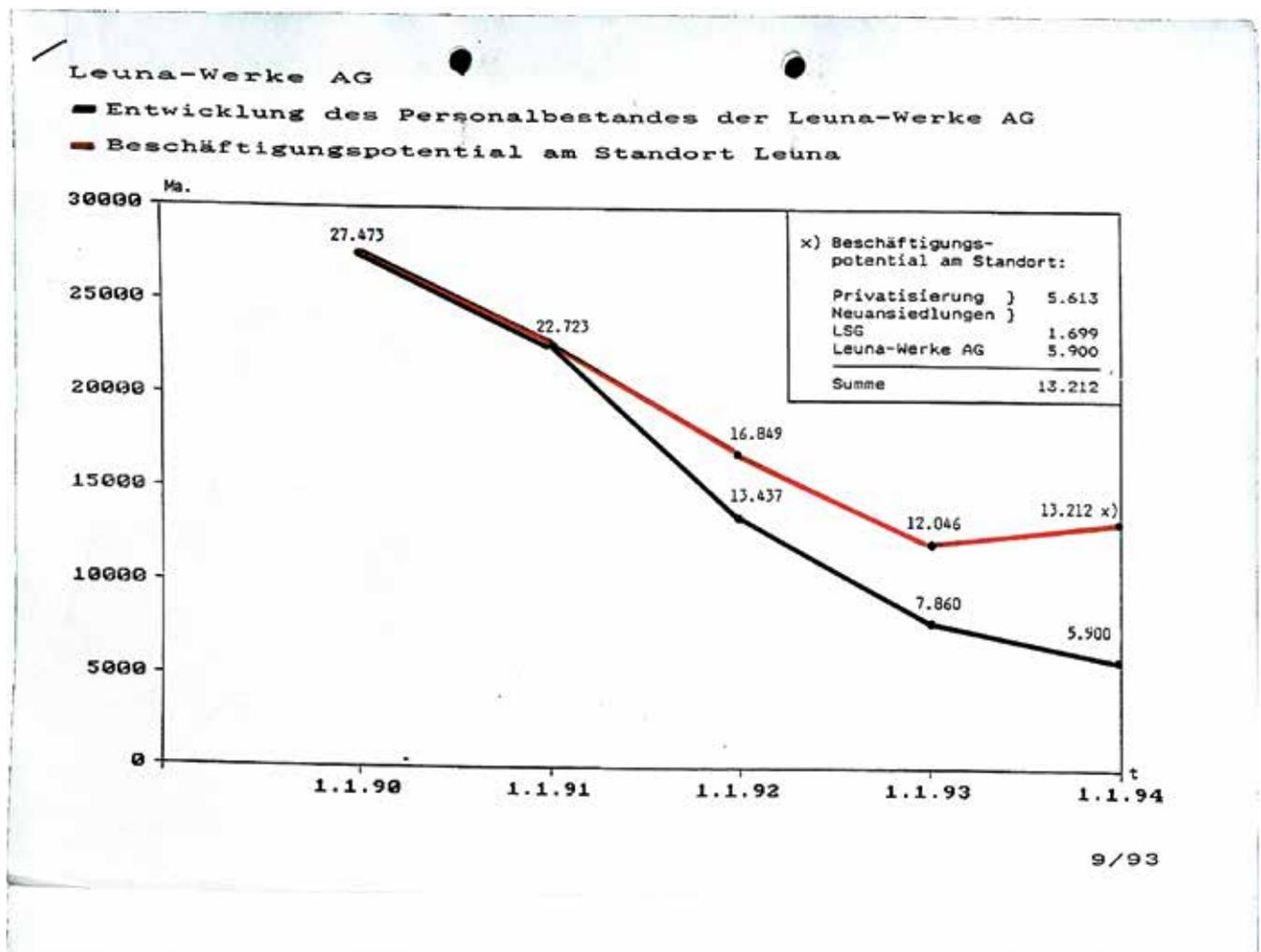
Landesarchiv Sachsen-Anhalt, M 501 Bezirkstag und Rat des Bezirkes Halle, 3. Ablieferung, Nr. 319, Bl. 168.

Q 4e: Grafik zur Beschäftigungsentwicklung der Leuna-Werke AG und am Standort Leuna vom September 1993



Die Grafik der Leuna AG vom September 1993 dokumentiert die Personalsituation des Unternehmens sowie die Möglichkeiten zur Beschäftigung am Standort Leuna.

Bei Arbeitsplätzen, die im Zuge von „Privatisierung[en]“ entstanden, handelt es sich um Unternehmen, die ehemals Teil des VEB Leuna-Werke bzw. der nachfolgenden Leuna AG waren und dann ausgegliedert wurden. Aufschlüsselung der Kurzbezeichnung: „LSG“ (Leuna-Sanierungsgesellschaft, zuständig für die Beseitigung von veralteten Industrieanlagen der Leuna-Werke).



Landesarchiv Sachsen-Anhalt, I 525 Leuna-Werke, Nr. 30411, nicht paginiert.

Q 4f: Fotografien zum Protest von Beschäftigten der Chemieindustrie gegen Betriebs-schließungen und Stellenabbau aus den frühen 1990er Jahre



Die Fotografien zeigen Demonstrationen von Beschäftigten der Chemieindustrie, insbesondere der Leuna-Werke, gegen die Stilllegung von Betrieben und den Abbau von Arbeitsplätzen in den frühen 1990er Jahren.



Landesarchiv Sachsen-Anhalt, I 525 Leuna-Werke, FS Nr. FNc 91/174/1a.



Landesarchiv Sachsen-Anhalt, I 525 Leuna-Werke, FS Nr. FN 92/10/3.



Landesarchiv Sachsen-Anhalt, I 525 Leuna-Werke, FS Nr. FN 93/232/51.

Q 4g: Titelblatt der Betriebszeitung „Leuna-Echo“ zum Baubeginn einer neuen Raffinerie am Standort Leuna vom Mai 1994



Das vorliegende Titelblatt der offiziellen Betriebszeitung der Leuna-Werke AG vom 25. Mai 1994 behandelt den Start der Baumaßnahmen für eine neue Erdölraffinerie.

Das französische Unternehmen „Elf Aquitaine“ kaufte im Juli 1992 die Raffinerie der früheren Leuna-Werke. Dabei sagte das Unternehmen den Neubau einer Raffinerie zu. Die neu geschaffene Raffinerie sollte die Grundlage legen für die Sicherung des Industriestandorts. Die Baumaßnahmen wurden von der „Thyssen Handelsunion“ durchgeführt.

Weg zur deutschen Einheit und wirtschaftliche Krise

Zeitung für die Mitarbeiter der LEUNA-WERKE GMBH
25. Mai 1994

LEUNA-*extra*ECHO

Die Stationen:

23. Juli 1992:
Vertragsunterzeichnung

10. Februar 1993:
Senatspräsident René Monory in Leuna

15. November 1993:
Beginn der Aufschlußarbeiten

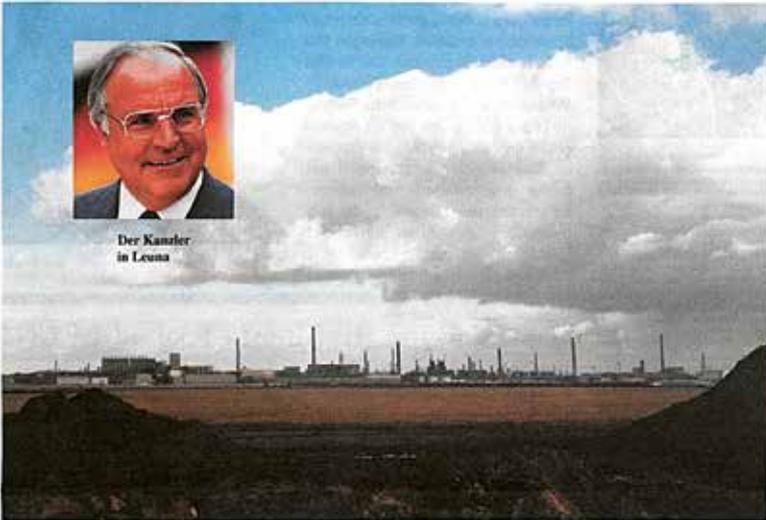
09. Februar 1994:
Spitzengespräch Breuel – Jaffré

25. Mai 1994:
Feierlicher 1. Spatenstich

Im angeregten Gespräch: René Monory, Präsident des Senats der Französischen Republik (Rekv), und Dr. Jürgen Dittler anlässlich des Informationsbesuches in Leuna am 10. Februar 1993.



Der Kanzler in Leuna



25.
MAI
'94

LEUNA-Raffinerie:

Countdown für 4,3 Mrd.-Projekt läuft

Leuna. Mehrere hundert internationale Gäste, an der Spitze der deutsche Bundeskanzler, geben heute dem ersten Spatenstich für die neue Raffinerie den Rahmen, der diesem gewaltigen Vorhaben, dem größten deutsch-französischen Gemeinschaftsprojekt in Deutschland, angemessen ist. Hochrangige Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft der beiden Partnerstaaten Deutschland und Frankreich, Repräsentanten der gastgebenden Elf Aquitaine, Vertreter der Landes- und Regionalpolitik, von Ämtern und Institu-

tionen, Bürgervertreter aus den umliegenden Kommunen werden an diesem herausragenden Ereignis teilnehmen. Ein riesiges Aufgebot an Journalisten von Presse, Funk und Fernsehen widerspiegelt das große öffentliche Interesse. Neben Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl werden Philippe Jaffré, Präsident Directeur Général der Elf Aquitaine, und Dr. Christoph Bergner, Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt, den ersten Spatenstich und damit den offiziellen Beginn der Bauaktivitäten symbolisch vollziehen.



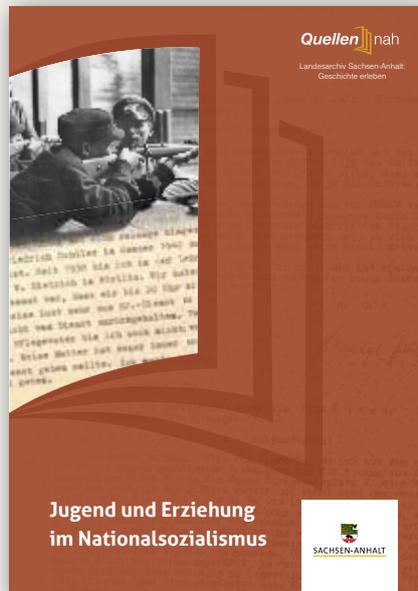
Foto: Muen

Bei der Vertragsunterzeichnung am 23. Juli 1992 in Berlin:
Dr. Dieter Vogt, Vorstandsvorsitzender der Thyssen Handelsunion AG, Treuhandvortrag Dr. Klaus Schödt, die Präsidentin der Treuhandanstalt Birgit Breuel, der ehemalige Bundeswirtschaftsminister Jürgen Mühlmann und der damalige IEF-Präsident Lothar Fleck-Prigent (v. r. n. l.)





Bausteine zur Geschichte und Gesellschaft im Nationalsozialismus



HEFT 1: Repression und Handlungsspielräume im Nationalsozialismus

Themen:

- Machtübernahme und frühe NS-Verbrechen: „Eisleber Blutsonntag“
- Entmachtung der Opposition
- Machtübernahme und „Gleichschaltung“: Unterdrückung oppositioneller Vereine und Verbände
- Novemberpogrom 1938
- Formen des Widerstandes und der Hilfe für Verfolgte
- Polizei im Nationalsozialismus: Terror- und Verfolgungsapparat
- Im Namen der Gerechtigkeit? Justiz im Nationalsozialismus
- Lager und Haftanstalten als Orte des Ausschlusses und der Verfolgung

HEFT 2: Jugend und Erziehung im Nationalsozialismus

Themen:

- Schule und Universität
- Nationalpolitische Erziehungsanstalten (NPEA) und Nationalpolitische Bildungsanstalten (NAPOBI)
- Außerschulische Bildung und Freizeitangebote der Hitlerjugend (HJ) und des Bundes Deutscher Mädel (BDM)
- Reichsarbeitsdienst (RAD)
- Unangepasste sowie „rassisch“ verfolgte Kinder und Jugendliche
- Mütter, Schwangerschaft und die NS-„Rassenideologie“

HEFT 3: Wirtschaft und Arbeit im Nationalsozialismus

Themen:

- Gleichschaltung in Wirtschaft und Arbeitswelt sowie Ausschluss von Oppositionellen
- Arbeitseinsatz und Arbeitsbeschaffung
- „Volksgemeinschaft“ und „Betriebsgemeinschaft“
- Ausschluss von Jüdinnen und Juden aus der Wirtschaft
- Aktion „Arbeitsscheu Reich“
- „Arbeitserziehungslager“ der Gestapo
- Zwangsarbeit im Nationalsozialismus

Informationen zur Bestellung

Die Materialien sind kostenfrei über die Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt zu beziehen.

Bausteine zur Geschichte und Gesellschaft in der Deutschen Demokratischen Republik (DDR)



HEFT 4: Repression und Handlungsspielräume in der DDR

Themen:

- Aufbau der Ein-Parteien-Herrschaft der SED
- Polizei in der SED-Diktatur
- Aufstand vom 17. Juni 1953 in Magdeburg
- Verfolgung und Diskriminierung in der DDR
- Flucht und Ausreise aus der DDR
- Kommunalwahl im Mai 1989
- Friedliche Revolution 1989 in Halle (Saale)

HEFT 5: Jugend und Erziehung in der DDR

Themen:

- Bildung in der DDR
- „Freie Deutsche Jugend“
- Jugendkulturen in den 1970er und 80er Jahren
- „Umerziehung“ von Kindern und Jugendlichen

HEFT 6: Wirtschaft und Arbeit in der DDR

Themen:

- Aufbau der sozialistischen Planwirtschaft
- Arbeiten im Volkseigenen Betrieb
- Versorgungsmangel und Umweltzerstörung
- Der Weg zur deutschen Einheit und die wirtschaftliche Krise zu Beginn der 1990er Jahre

Digitales Angebot

Unter <https://landesarchiv.sachsen-anhalt.de/onlineangebote/quellennah/> können die Hefte als PDF heruntergeladen werden.



← ... oder einfach den QR-Code scannen.

dem 12.9.53
Sabine
Kommunales Die für mittlere,
abrechnende Währungsche
zu Erlangen hat sich erfüllt
sich mir noch einmal eine
eine Exkursion auf und werde
Familie nachholen. Fortschal
ste meinen Schritt, ich dürfte
niemalen etwas erzählen.
be mich mit Dir immer gut

ALDENBURG
2900
Frau
Sabine Blum



Landräte und Oberbürgermeister des Bezirkes.
um sofortige telegraphische Beantwortung bis spätestens
Abend folgender Fragen:
1. Wieviel Großgrundbesitzer sind enteignet? 87
2. Wieviel sind flüchtig? 6
3. Wieviel sind verhaftet? 8
4. Wieviel müssen wegen aktiven kommunistischen oder militärischen
oder volkverfehlender Tätigkeit aus der Provinz ausgewiesen
werden? 6
5. Wieviel sind schon aus dem Bezirk ausgewiesen und wohnt? 28
6. Wieviel müssen nach aus dem Bezirk ausgewiesen werden?
Frage 5 und 6 handelt es sich um Verweisung von einem Bezirk
andern.
7. Wieviel enteignete Großgrundbesitzer sind von einem Kreis
zum andern verweisen worden? Wohin sind sie verweisen worden?
8. Wieviel Gutbesitzer sind in Kreis von einer Gemeinde zur
anderen verweisen worden? 4
9. Wieviel von den enteigneten Grundbesitzern
wandrerer entfaschist
verbleiben?

- 6 -

Zusammenfassung und Wertung durch BS1:

- Die Direktorin hat insgesamt einen guten Überblick und hat den Auswahlprozess persönlich geführt. Dabei gibt es eine Reihe Reserven:
 - in gründlicherer Lesekompetenz (erst 17 Jahre auf Schule)
 - in noch konsequenterer, prinzipiellerer Durchsetzung der schulpolit. Aufgabenstellung; in größerer Sicherheit beim Argumentieren mit Eltern und Pädagogen
 - in exaktem Erfüllen der Weisungen der OB (z.B. 1/10 an alle Pö... hier gibt es eine Reihe...
- Der Klassenleiter hat päd. psychol. Aufzeigung Führung seiner Schülerkenntnis. Er machte vorschlagene Schüler... Da, Herangehen des Kl...
- Unzulänglichkeiten... als staatliche Dokumente werden abgestellt. Nach...

**Befehl
des Militärkommandanten
Magdeburg**

Für die Herbeiführung einer festen öffentlichen Ordnung wird befohlen:

- Ab 14 Uhr des 17. Juni 1953 wird für die Stadt Magdeburg der Ausnahmezustand verhängt.
- Alle Demonstrationen, Versammlungen und Ansammlungen über drei Personen in Straßen, Plätzen sowie vor öffentlichen Gebäuden sind verboten.
- Jeglicher Verkehr von Fußgängern, Fahrzeugen wird von 21 Uhr abends bis 5 Uhr morgens verboten.

SOZIA
An die
Bezirksleitung d...
zu Hdn. des Gen...
H a l l e /Saale

Bez.: Einschränkung kapitalistischer Elemente auf dem Lande.
Werte Genossen!

Auf der Grundlage der Verordnung des Ministerrats vom 27.3.53 zur Sicherung der landwirtschaftlichen Produktion, beauftragte das Sekretariat der Kreisleitung in seiner Sitzung am 27.3.53 den Stand der Frühjahrseinstellung, sowie mit dem Stand der Abbl... trieb im gesamten Kreisbetrieb.
Anhand einer Analyse wurde festgestellt, dass 61 großbäuerliche Betriebe noch große Mengen von Sollrückständen aus dem Jahre 1952 ten und demzufolge für das 1. Quartal 1953 ihren Verpflichtungen ebenfalls nicht nachkommen sind.
Außerdem gab es unter diesen Großbauern eine ganze Reihe die erliche Steuerrückstände aufzuweisen hatten.
Eine Übersicht über den Viehbestand zeigte, dass auch hier die setze beizuliegen nicht eingehalten wurden, sondern größtenteils gegen den Viehhalteplan verstoßen worden ist.
Aufgrund dieser Tatsache beschloß das Sekretariat, 18 Großbauern die die gesetzliche Ablieferungsspflicht sabotierten durch ungenutzte Staatsorgane zur Verantwortung zu ziehen.
Am Mittwoch, den 1.4.53 wurden von der VP in 6 Orten des Kreises in denen sich landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften be finden, diese sabotierenden Elemente verhaftet und dem Kreis-Staatsanwalt **SCHOCH**, am Saengerhaus vorgeführt.
In einer Vorbesprechung, die mit dem Genossen **S.** geführt wurde, be trug er seine Bedenken zum Ausdruck und formulierte etwa so: "es käme einer Bauerzverfolgung gleich". Erst, als wir ihn darauf hi wiesen, dass diese Elemente, wenn man sie nicht zur Verantwortlich keit zum Ausdruck, brachte er seine Bereitwilligkeit zum Ausdruck.
Bei einer Vernehmung durch den Kreisstaatsanwalt wurden 4 Großbau ern (Tbc), sowie einen Großbauern, dem in der Zwischenzeit, ohne dass dieses uns von der VEB mitgeteilt worden war, einige Sollrück stände abgeliefert hatte. Bei letzterem handelt es sich um den Größtba uer **Amerschnig**, Odisleben, welcher wenige Tage nach seiner Haftentlassung republikflüchtig wurde.
Am Freitag, den 1.4.53 befand sich der Gen. **SCHOCH** bei uns in der Kreisleitung, und es wurden von ihm die die von uns eingeleiteten Maß nahmen für richtig befunden und daraufhin erfolgte die Durchführung des Beschlusses.
Um eine politische Ausrüstung dieser Aktion in der Bevölkerung vor zunehmen, fasste das Sekretariat in der gleichen Sitzung am Aben des selben Tages, an dem die Verhaftungen stattfanden, be treffenden 6 Gemeinden öffentliche B...
Gen. **M...**



Achtung! Leute
keine Angst vor
ehrliche Inter
ger Leute im Leuna-Kombin
r sind NEU, LINKS und SOZIALISTISC
ir kämpfen deswegen konsequent für

- Ehrlichkeit, Sachlichkeit, Offenheit, Freiwilligkeit
- Unterstützung junger Rehabilitanden und älterer Bürger
- eine unabhängige Jugendredaktion

FRAUEN-SONDERKLASSEN

Die Anordnung des Ministeriums für das Hoch- und Fachschulwesen vom 15. 7. 1967 ermö glicht die Ausbildung der Frauen zu mittleren Kadern, denen ein

- Direkt-
- Fern- oder
- Abendstudium

in der üblichen form nicht möglich ist



Ab September 1968 hat im VEB Leuna - Werk 'Walter Ulbricht' die Ausbildung von

- 30 Frauen der Fachrichtung Chemische Technologie
- 26 Frauen der Fachrichtung Ing.-ökonomie, Chemie,
- Vertiefungsrichtung
- Datenverarbeitung
- gehonnen.

GESETZBLATT
der Deutschen Demokratischen Republik
1967